BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Menschenrechtsrisiken für deutsche Unternehmen in ausgewählten Ländern und Sektoren – Fallstudien und Empfehlungen

Herausgegeben von giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Zusammenarbeit maplecroft

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sektorvorhaben Zusammenarbeit mit der Wirtschaft/ Unternehmerische Verantwortung für Entwicklung

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

info@giz.de
www.giz.de

Autor
Maplecroft
1 Henry Street
Bath
BA1 1JS
United Kingdom

Gestaltung
Maplecroft
www.maplecroft.com

Bildnachweis
Ölfeld in Kasachstan - © yevgeniy11 - Fotolia.com
Erntearbeiter in einem Weizenfeld, Türkei - © jahmaica - Fotolia.com
Verkehr in Istanbul, Türkei - © derege - Fotolia.com
ArbeiterInnen in Elektrofabrik - © Kadmy - Fotolia.com
Wasserverschmutzung in Varanasi, Indien - © Aleksandr Zykov / Flickr
Metallarbeiter in Myanmar - © Vladimir Melnik - Fotolia.com

Stand
First Edition, November 2014

Im Namen von
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung;
Referat Zusammenarbeit mit der Wirtschaft; Servicestelle
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Postanschriften der Dienstsitze
BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 228 99 535-0
F +49 228 99 535-3500

BMZ Berlin | im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 30 18 535-0
F +49 30 18 535-2501

Einleitung **4**

1. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Elektronikprodukte **5**

1.1 Import von Elektronikprodukte aus Malaysia....6

1.2 Import von Elektronikprodukte aus Mexiko....11

1.3 Import von Elektronikprodukte aus den Philippinen....15

1.4 Import von Elektronikprodukte aus Vietnam....20

2. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Metallen **25**

2.1 Import von Metallen aus der Demokratischen Republik Kongo....26

2.2 Import von Metallen aus Indonesien....31

2.3 Import von Metallen aus der Türkei....36

3. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Öl und Gas **40**

3.1 Import von Öl und Gas aus Angola....41

3.2 Import von Öl und Gas aus Kolumbien....46

3.3 Import von Öl und Gas aus Kasachstan....51

4. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Chemikalien **56**

4.1 Export von Chemikalien nach Brasilien....57

4.2 Export von Chemikalien nach Indien....62

4.3 Export von Chemikalien in die Vereinigten Arabischen Emirate....67

5. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Maschinen **71**

5.1 Export von Maschinen nach Mexiko....72

5.2 Export von Maschinen nach Saudi-Arabien....76

5.3 Export von Maschinen in die Türkei....81

6. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Fahrzeugen **85**

6.1 Export von Fahrzeugen nach Saudi-Arabien....86

6.2 Export von Fahrzeugen in die Türkei....90

Menschenrechtsrisiken für deutsche Unternehmen in ausgewählten Ländern und Sektoren – Fallstudien und Empfehlungen

Dieser Bericht enthält 18 Dokumente zu den diesbezüglichen Risiken in für deutsche Unternehmen wichtigen Import- und Exportsektoren und -märkten.

In jedem Dokument werden die Risiken in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsrechte, das sozioökonomische Umfeld und andere für die Einhaltung von Sozialstandards relevante Aspekte jedes Marktes analysiert und mit den Auswirkungen auf Unternehmen und ihre Lieferketten im relevanten Sektor in Verbindung gebracht.

Die Dokumente enthalten außerdem Vorschläge und Empfehlungen zur verantwortungsvollen Geschäftstätigkeit, um Unternehmen bei der Implementierung von Strategien zu Risikomanagement und -minderung sowie Investitionen in Entwicklungsprojekte zu unterstützen. Es werden außerdem potenzielle Partner und Dialogstrategien für Unternehmen, die auf dem betreffenden Markt tätig sind oder von dort importieren, identifiziert.

1. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Elektronikprodukte

Die für Deutschland wichtigsten Herkunftsländer für Elektronik im Jahr 2013 waren China, Tschechien, Japan, die USA und die Niederlande. In diesen fünf Märkten ist der Export von Elektronikartikeln nach Deutschland seit 2009 leicht gewachsen (bis zu 15 %); mit Ausnahme von China, wo die deutschen Elektroimporte um 38 % zugenommen haben. In Wachstumsmärkten ist der Elektronikhandel mit Deutschland seit 2009 bedeutend gestiegen. Zu diesen Ländern gehören Vietnam (Elektronikimporte aus Vietnam sind seit 2009 um 2662 % gewachsen), Rumänien (+94 %), Singapur (+81 %), Slowenien (+63 %) und Polen (+62 %). Länder wie die Philippinen, China, Vietnam, Mexiko und Thailand bieten Wachstumschancen für deutsche Unternehmen, die Elektronikprodukte importieren, stellen aber auch ein Risiko hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Elektronikprodukte aus folgenden Ländern importieren:

1. Malaysia (Seite 6)

2. Mexiko (Seite 11)

3. Philippinen (Seite 15)

4. Vietnam (Seite 20)

Foto: ArbeiterInnen in Elektrofabrik

1.1 Import von Elektronikprodukte aus Malaysia

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	67	→	
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	72	→	
Menschliche Sicherheit:	62	→	
Rechte Indigener Völker:	44	→	
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	104	→	
Korruptionsrisiko:	93	→	
Rechtsstaatlichkeit:	104	→	
Konflikte und Politische Gewalt:	55	↘	
Innere Unruhen:	42	→	
Energiesicherheit:	136	→	
Lebensmittelsicherheit:	193	→	
Wasserversorgungssicherheit:	158	→	

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Nach Jahren rasanten Wachstums befindet sich die malaysische Wirtschaft weiterhin im Aufschwung. Unterstützt wird dieser Prozess durch Richtlinien, die ausländische Investitionen erleichtern, sowie die steigende Exportnachfrage. Als eine der stabilsten und florierendsten Wirtschaftssysteme Asiens hat sich Malaysia als wettbewerbsfähiges Zielland für ausländische Investitionen, insbesondere in exportorientierten High-Tech-Branchen, strategisch positioniert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigte im letzten Quartal 2013 und im ersten Halbjahr 2014 ein signifikantes Wachstum mit einer Steigerung von 5,1 % bzw. 6,2 % im Vergleich zu den entsprechenden Zeiträumen im Vorjahr. Die Elektronik- und Elektroindustrie ist eine der führenden malaysischen Exportbranchen. Auf den Elektroniksektor entfielen 2013 41 % der gesamten Exporte. Es wird erwartet, dass dieser Anteil bis 2017 auf 65 % steigt.[1]

Entsprechend seiner Position als bedeutende Exportindustrie wurde im Rahmen des Economic Transformation Programme (ETP) der Elektroniksektor zum wichtigen nationalen Wirtschaftsbereich erklärt. Das ETP ist eine Regierungsinitiative, die Malaysia bis 2020 in eine ertragreiche Wirtschaft verwandeln will. Deutschland ist in der EU mit Gesamteinfuhren im Wert von 7,98 Milliarden USD im Jahr 2011 Malaysias wichtigster Handelspartner.[2] Die Einfuhr von Elektronikprodukten aus Malaysia stieg von 2009 (Gesamtvolumen von 3,16 Milliarden USD) bis 2013 (3,43 Milliarden USD) um 8 %.

Aufgrund der unzureichenden Um- und Durchsetzung der Arbeitsstandards bleiben die Risiken in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und Sozialstandards für Unternehmen, die aus Malaysia importieren, hoch. Auch wenn das malaysische Recht einen grundlegenden Schutz der Arbeitsrechte bietet, herrschen aufgrund der schwachen Durchsetzung schlechte Arbeitsbedingungen mit unzureichendem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Unternehmen laufen aufgrund von Menschenhandel und Zwangsarbeit sowie anderer Formen von Ausbeutung innerhalb ihrer Lieferkette oder ihres Vertragsnetzwerks Gefahr, Reputationsschäden zu erleiden. Das malaysische Recht bietet zwar grundlegenden Schutz der Vereinigungsfreiheit und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie allgemeine Regelungen der zulässigen Arbeitszeit, aber wegen Gesetzeslücken und mangelnder staatlicher Durchsetzung wird es in der Praxis laufend gebrochen.

Foto: Vietnamesische WanderarbeiterInnen versammeln sich zum Mittagessen in ihrem Wohnheim in Taiping, Perak, Malaysia. Bildquelle: Nguyen Thanh Lam

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

WanderarbeiterInnen sind besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit zu werden

Diskriminierende Praktiken und der weitverbreitete Einsatz illegaler ArbeiterInnen bedeuten unzählige Arbeitsrechtsverletzungen, die der Zwangsarbeit gleichkommen. Malaysia wurde aufgrund des staatlichen Versagens, Menschenhandel zu bekämpfen, im Bericht „Trafficking in Persons" des Außenministeriums der USA aus dem Jahr 2014 auf Kategorie 3 (Tier 3) herabgestuft. Ein Großteil der geschätzten 1,9 Millionen dokumentierten und 2 Millionen illegalen WanderarbeiterInnen in Malaysia ist Opfer von Menschenhandel geworden. Viele arbeiten unter Bedingungen, die der Zwangsarbeit gleichkommen.

Die US-amerikanische Arbeitsrechtsorganisation Verite veröffentlichte 2014 einen Bericht zu Zwangsarbeit in der malaysischen Elektronikindustrie, die laut Verite in diesem Sektor weit verbreitet ist. Von den geschätzten 350.000 WanderarbeiterInnen in der Elektronikindustrie arbeiten 32 % unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen.[3] Die Schuldknechtschaft, bei der Arbeiter Schulden mit sehr hohen Zinssätzen zurückzahlen müssen, ist eine der am weitesten verbreiteten Arten von Zwangsarbeit in diesem Sektor.

Das malaysische Produktionsmodell basiert hauptsächlich auf der Zuwanderung von billigen, gering qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Aufgrund ihrer Außenseiterrolle in der Gesellschaft müssen WanderarbeiterInnen oft schlechte und unsichere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Darüber hinaus sind sie meist nicht über ihre Arbeitsrechte informiert, insbesondere darüber, dass ihre Arbeitsbedingungen denen von Zwangsarbeit gleichkommen.

Ein vom niederländischen Forschungszentrum SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations) als Teil der 'MakeITfair'-Kampagne 2013 herausgebrachter Bericht hebt die zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen in drei malaysischen Elektronikwerken, die bekannte internationale Marken wie Hitachi, JVC, Panasonic und Sony beliefern, hervor.[4] Die Reports von SOMO und Verite führten zu einer umfassenden Berichterstattung in den Medien, in der die Probleme in der malaysischen Elektronikindustrie beleuchtet wurden. Dementsprechend erhalten Unternehmen, die mit Zwangsarbeit assoziiert werden oder daran Mitschuld tragen, negative Schlagzeilen, die den Ruf und die Marke schädigen können.

Vollzugsbehörden begegnen dem Problem der Zwangsarbeit nicht mit der nötigen Konsequenz, wodurch für viele Geschäftsaktivitäten Reputationsrisiken bestehen. Fünf staatliche Behörden, einschließlich des Ministry of Human Resources, sind für die Durchsetzung der Gesetze gegen Zwangsarbeit zuständig. Jedoch sind die Standardverfahren nicht geeignet, versteckte Fälle von Zwangsarbeit festzustellen.[5] Es ist zwar unwahrscheinlich, dass gegen multinationale Konzerne strafrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Zwangsarbeit umgesetzt werden, aber die Reputationsrisiken sind sehr hoch. Unternehmen müssen ihre eigenen Aktivitäten zur Sorgfaltspflicht durchführen, um das Risiko, mit Zwangsarbeit assoziiert zu werden, zu senken.

WanderarbeiterInnen sind schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt

Der malaysische Elektroniksektor verlässt sich stark auf WanderarbeiterInnen, die häufig schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, einschließlich ungleicher Entlohnung und langer Arbeitszeiten. Die meisten WanderarbeiterInnen im Elektroniksektor werden in arbeitsintensiven Positionen mit niedriger erforderlicher Qualifikation eingesetzt. Aufgrund Diskriminierung, Sprachbarrieren und beschränktem Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten haben WanderarbeiterInnen häufig lange Arbeitszeiten und erhalten niedrigere Löhne als malaysische Bürger.[6] Die für den SOMO-Bericht von 2013 durchgeführte Recherche ergab, dass WanderarbeiterInnen in der Elektronikindustrie regelmäßig bis zu 72 Stunden und sechs Tage pro Woche arbeiten.[7] Das liegt wesentlich über dem in der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) festgelegten Limit von 48 Stunden pro Woche.

Darüber hinaus sind WanderarbeiterInnen oft Opfer von Lohndiskriminierung. Laut SOMO beträgt das monatliche Mindestgehalt für WanderarbeiterInnen bei ausgewählten Elektronikherstellern etwa 620 MYR (189 USD). Dieser Lohn liegt deutlich unter der Armutsgrenze von 800 MYR (244 USD). Jegliche positive Auswirkungen des im Januar 2014 eingeführten gesetzlichen Mindestlohns werden höchstwahrscheinlich durch Lohnabzüge für Unterkunft und andere Abgaben fast vollständig aufgehoben. Laut einem Bericht der UNO aus dem Jahr 2014 sind WanderarbeiterInnen trotz Einführung des Mindestlohns häufig von Unterbezahlung und Lohnabzügen zum Ausgleich von Betriebskosten betroffen.[8]

Unternehmen, die aus Malaysia importieren, tragen unter Umständen eine Mitschuld an den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen im Elektroniksektor. Die aktuelle nationale Gesetzgebung bietet den Rechten von WanderarbeiterInnen keinen Schutz. Malaysia hat die internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller WanderarbeiterInnen und ihrer Familienangehörigen nicht ratifiziert, was den unzulänglichen gesetzlichen Rahmen widerspiegelt. Darum können sich Unternehmen, die aus dem malaysischen Elektroniksektor importieren, mitschuldig an den schlechten Arbeitsbedingungen der WanderarbeiterInnen machen. Unternehmen, die aus Malaysia importieren, laufen Gefahr, die prekäre Situation von WanderarbeiterInnen zu verschärfen, wenn sie nicht der Mindestlohnregelung nachkommen und nicht dieselben Rechtsvorschriften wie bei malaysischen Arbeitskräften anwenden. Durch Nichteinhaltung entstehen Risiken wie Strafen, Arbeitskonflikte und Reputationsschäden.

Das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen wird von der Gesetzgebung und in der Praxis eingeschränkt.

Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit in Malaysia stellen für Unternehmen, die an Gewerkschaftsdiskriminierung beteiligt sind, Reputationsrisiken dar. Gemäß dem Industrial Relations Act haben ArbeitnehmerInnen das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten. Arbeitgebern ist es nicht gestattet, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern oder gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen zu diskriminieren. Die IAO hat jedoch Bedenken hinsichtlich der unzulässigen Belastungen von Gruppen, die Gewerkschaften gründen möchten. 2011 hat der Sachverständigenausschuss der IAO die zur Registrierung einer Gewerkschaft erforderliche Durchschnittszeit von neun Monaten als „unverhältnismäßig lang“ bezeichnet.[9]

Die Gesetzmäßigkeit von Gewerkschaften hängt auch von der erfolgreichen Registrierung ab, die vom Director General of Trade Unions (DGTU) willkürlich abgelehnt oder zurückgezogen werden kann. Innerhalb eines Unternehmens, Gewerbes oder einer Branche ist nur eine Gewerkschaft erlaubt. Allgemeine (branchenübergreifende) Gewerkschaften sind verboten. Die rechtlichen und praktischen Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen wurden international kritisiert, wodurch wesentliche Reputationsrisiken für aus Malaysia importierende Elektronikunternehmen entstehen können.

Gewerkschaften auf nationaler Ebene sind verboten. Gewerkschaftsverbände dürfen zudem keine Kollektivverhandlungen oder Streiks organisieren, wodurch die Fähigkeit der ArbeitnehmerInnen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, behindert wird. Zum Beispiel wurden 2009 und 2010 in der Elektronikindustrie vier regionale Gewerkschaften gegründet. Nach der Registrierung begannen die Gewerkschaften, auf Unternehmensebene Zweigstellen in Fabriken einzurichten. Jedoch konnte nur eine Gewerkschaft auf Unternehmensebene, STMicroelectronics in Maur, Johor, etabliert werden.[10] Diese Einschränkungen von Gewerkschaften und Kollektivverhandlungen machen es für die ArbeitnehmerInnen schwierig, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Auch werden durch das Gesetz Peaceful Assembly Act 2012 spontane Versammlungen kriminalisiert. Zur Auflösung von Demonstrationen sind Sicherheitskräfte mit übermäßiger Gewalt, teilweise mit Todesfolge vorgegangen. Diese Faktoren unterdrücken Arbeitsproteste, und Unternehmen können mit dem Vorwurf konfrontiert werden, aus fehlenden Streiks und der Unfähigkeit der ArbeitnehmerInnen, ihren Sorgen Ausdruck zu verleihen, ungewollt Vorteile zu ziehen.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Festlegung von verantwortungsvollen Beschaffungsrichtlinien, um die Einstellung zu Zwangsarbeit zu verdeutlichen

Aus Malaysia importierende Unternehmen sollten klare Richtlinien haben, die Zwangsarbeit in ihrer Lieferkette verbieten. Durch Festlegung von Richtlinien und Verfahren, die Zwangsarbeit ausdrücklich verbieten, nehmen Unternehmen eine eindeutige Position ein. Unternehmen sollten Geschäftspartnern, Lieferanten und anderen Interessengruppen ihre Richtlinie deutlich darlegen und diese auffordern, ‘über Compliance hinauszugehen’ und dafür zu sorgen, dass Zwangsarbeit in ihren Geschäftsanlagen nicht vorkommt.

Unternehmen können von speziellen Richtlinien bezüglich der Probleme von WanderarbeiterInnen profitieren und sicherstellen, dass alle ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte informiert sind. Die aktuelle nationale Gesetzgebung schützt die Rechte von WanderarbeiterInnen in Malaysia nicht. Aus diesem Grund müssen multinationale Konzerne die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von WanderarbeiterInnen, sowohl in ihren Richtlinien als auch in der Praxis, durch Entwicklung eines gezielten und integrierten Ansatzes priorisieren. Dieser Ansatz kann unter anderem die Bereitstellung von Beschwerde- und Lösungsmechanismen, die Verbesserung des Verhaltenskodex für Lieferanten und die Implementierung wirksamer Überwachungs- und Prüfungssysteme umfassen.

Diese Mechanismen werden Unternehmen dabei helfen, versteckte Verletzungen des Arbeitsrechts wie beispielsweise unzureichende Entlohnung, zu hohe Vermittlungsgebühren, unbezahlte Überstunden, Lohnabzüge, eingeschränkten Zugang zu Gewerkschaften oder Arbeitnehmervertretungen und schwerwiegendere Verstöße wie Zwangsarbeit anzugehen. Unternehmen können auch sicherstellen, dass WanderarbeiterInnen die gleiche Entlohnung wie malaysische ArbeiterInnen erhalten und die ArbeiterInnen über ihr Vereinigungsrecht informieren. Darüber hinaus können Richtlinien, die die direkte Anstellung von WanderarbeiterInnen (anstelle der Einstellung über Agenturen) fördern, das Risiko von Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und übermäßigen Vermittlungsgebühren senken.

Potenzieller Partner

LaborVoices

LaborVoices wurde 2010 als Startup-Unternehmen gegründet, das globalen Marken ein Frühwarnsystem und einen Beschwerdemechanismus zur Verfügung stellt, um ArbeitnehmerInnen dabei zu unterstützen, angemessene Arbeitsbedingungen in Fabriken durchzusetzen. Das System gibt den ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, per Mobiltelefon anonym schlechte Arbeitsbedingungen in ihrer Fabrik zu melden. Das Sprachaufzeichnungssystem sammelt die Meldungen und schickt diese Informationen an Hilfsorganisationen vor Ort, zum Beispiel Gesundheitsbehörden oder Gewerkschaften. LaborVoices kann als Werkzeug zur Verwaltung der Lieferkette eingesetzt werden, um die Arbeitsbedingungen in Fabriken zu überwachen und die Beschwerdemechanismen zu verbessern.

http://www.laborvoices.com/

Fallstudie

NGO fördert ethisches Rahmenwerk für die Anwerbung von WanderarbeiterInnen

2012 haben der internationale Personaldienstleister ManpowerGroup und die NGO Verite ein Rahmenwerk zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsarbeit veröffentlicht – das Ethical Framework for Cross Border Labor Recruitment. Dieses Rahmenwerk bietet Unternehmen, die an der internationalen Anwerbung von ArbeitnehmerInnen beteiligt sind, eine Checkliste bestimmter ‘Standards für ethische Verhaltensweisen’, die darauf ausgelegt ist, „diese ArbeitnehmerInnen vor spezifischen Verletzbarkeits- und Missbrauchsmustern zu schützen”. Die Standards sollen von einem System zur Verifikation der Compliance von Unternehmen unterstützt werden und bieten Informationen, „wie den Positionen von Verbrauchergruppen, Regulierungsbehörden und anderen Dritten zur Durchsetzung verholfen werden kann”.[11]

Aktive Zusammenarbeit mit wichtigen Interessengruppen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Unternehmen sollten mit relevanten Interessengruppen zusammenarbeiten und eine Überwachung der Lieferkette durchführen, um Einfluss auf die wichtigen systemischen Probleme, die zur Ausbeutung von ArbeiternehmerInnen führen, auszuüben. Sowohl die Unternehmen, die Elektronik aus Malaysia beziehen, als auch die Lieferanten profitieren von Transparenz, dem Austausch von Best Practice-Lösungen und der Etablierung gemeinsamer Arbeitsstandards, die über die in der nationalen Gesetzgebung festgelegten hinausgehen. Durch Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erhalten aus Malaysia importierende Unternehmen ein umfassenderes Verständnis für die zentralen Probleme und Auslöser ausbeuterischer Arbeitsbedingungen im Elektroniksektor.

Multi-Stakeholder-Initiativen wie z. B. der niederländische Hague Process on Refugees and Migration geben vielen Organisationen und Fachleuten eine Plattform, um sich zu treffen und innovative Ideen und Best Practices zu entwickeln.[12] Die International Labour Migration Focus Group (ILM) ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Unternehmen zusammenarbeiten können, um Richtlinien zu stärken und sich mit anderen Interessengruppen auszutauschen, um verantwortungsvolle Geschäftspraktiken bei der internationalen Arbeitsmigration zu etablieren.

Apple, Hewlett-Packard und Nordstrom sind einige der Teilnehmer an der ILM.[13] Darüber hinaus sollten Unternehmen ihre Lieferanten und Geschäftspartner durch von Dritten durchgeführte Prüfungen überwachen, wodurch mögliche Verletzungen festgestellt und beseitigt werden können, bevor diese einen Reputationsschaden oder Arbeitskonflikte bewirken.

Fallstudie

Nike implementiert ein Programm zur Verbesserung der Bedingungen von WanderarbeiterInnen

Nike ist zwar nicht direkt mit dem Elektroniksektor verbunden, ist aber ein gutes Beispiel, da das Unternehmen erfolgreich ein Managementsystem zum Schutz der Rechte von WanderarbeiterInnen in der malaysischen Lieferkette eingeführt hat. Ein australischer Fernsehkanal beschuldigte im Juli 2008 die Fabrik der Hytex Group in Kuala Lumpur der Ausbeutung von WanderarbeiterInnen. Die Anlage, die T-Shirts für Nike herstellt, behielt die Pässe der ArbeitnehmerInnen ein und führte zu hohe und ungerechtfertigte monatliche Lohnabzüge durch. Als Antwort darauf hat Nike einen Maßnahmenplan zum Schutz der Rechte der ArbeitnehmerInnen in seiner malaysischen Lieferkette umgesetzt. Nike verlangte von der Fabrik folgende Änderungen:

- Rückerstattung der mit der Anstellung verbundenen Gebühren an die WanderarbeiterInnen
- Zahlung aller zukünftigen mit der Anstellung verbundenen Gebühren
- Zahlung des Rückflugs für ArbeitnehmerInnen, die in ihr Heimatland zurückkehren wollen
- Umsiedlung der ArbeitnehmerInnen in neue, von Nike inspizierte und genehmigte Unterkünfte
- Unverzüglicher und unbeschränkter Zugriff der ArbeitnehmerInnen auf ihre Pässe
- Zugangsmöglichkeit für ArbeitnehmerInnen zu einer rund um die Uhr verfügbaren Hotline von Nike, um Verstöße zu melden[14]

Nike nahm auch die Dienste einer lokalen NGO, Tenaganita, in Anspruch, um Management-Schulungsprogramme, die sich auf die bessere Behandlung von WanderarbeiterInnen bei Lieferanten von Nike konzentrieren, zu bieten.[15]

1.2 Import von Elektronikprodukte aus Mexiko

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	33	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	34	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	18	→	Extrem
Rechte Indigener Völker:	12	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	123	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	64	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	112	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	51	→	Mittel
Innere Unruhen:	54	→	Hoch
Energiesicherheit:	172	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	114	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	62	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Der Handel zwischen Mexiko und Deutschland wird weiter wachsen, da beide Regierungen an der Stärkung der bilateralen Beziehungen interessiert sind. Laut der Weltbank macht die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen, hauptsächlich Fahrzeuge und Elektronikprodukte, über 30 % von Mexikos BIP aus.[16] Als exportgetriebene Wirtschaft verfolgt Mexiko aktiv Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements, FTAs) mit seinen wichtigsten Handelspartnern. Nahezu 90 % der Exporte Mexikos werden im Rahmen von FTAs durchgeführt,[17] einschließlich Exporte nach Deutschland durch ein FTA aus dem Jahr 2000.[18]

Deutschland ist der wichtigste europäische und insgesamt der fünftgrößte Handelspartner von Mexiko. Etwa 1.300 deutsche Unternehmen mit insgesamt über 120.000 Beschäftigten sind in Mexiko tätig.[19] Außenminister Frank-Walter Steinmeier gab am 18. Juli 2014 die Schaffung einer gemeinsamen Regierungskommission zwischen Mexiko und Deutschland bekannt, um den bilateralen Handel weiter zu stärken.

Der Elektroniksektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche Mexikos. Geräte für die Radio- und Fernsehübertragung stellen einen der größten Exportbereiche Mexikos dar. Die Exporte sollen zwischen 2012 und 2016 um durchschnittlich 9,6 % pro Jahr wachsen.[20] Zwischen 2013 und 2020 werden Informations- und Kommunikationstechnologien (Information and Communication Technology, ICT) voraussichtlich durchschnittlich 13 % im Jahr zu Mexikos BIP beitragen.[21] Die mexikanischen Ausfuhren von elektrischen Geräten nach Deutschland sind im Laufe der letzten fünf Jahre bedeutend gewachsen (+46 %) und machen nun fast ein Fünftel der deutschen Importe aus Mexiko aus (18,91 %).[22]

Die schlechten Arbeitsbedingungen in Mexikos Elektroniksektor bedeuten für deutsche Importeure hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und Sozialstandards. Die Menschenrechtsprobleme in der mexikanischen Lieferkette umfassen unter anderem die weitverbreitete Nutzung von Zeitverträgen und ein zu geringes Lohnniveau. Diese Praktiken bedeuten für die ArbeitnehmerInnen Jobunsicherheit und können zu Armut führen. Zusätzlich verschärft die übermäßige Nutzung von Zeitverträgen gemeinsam mit der hohen Armut soziale Spannungen, die zu Betriebsunterbrechungen führen können. Außerdem stellt die Diskriminierung von Gewerkschaftsvertretern eine besondere Herausforderung dar, selbst wenn Unternehmen sich um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Mexikos Elektroniksektor bemühen.

Foto: Guadalajara ist Standort Dutzender internationaler Elektronikhersteller. Bildquelle: Ari Helminen/Flickr

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Zeitverträge verhindern Zusatzleistungen für ArbeitnehmerInnen

LeiharbeiterInnen mit Zeitarbeitsverträgen leiden unter hoher Anstellungsunsicherheit. Das Outsourcing von Personal durch Nutzung von Personaldienstleistern ist nach wie vor eine weitverbreitete Praxis im mexikanischen Elektroniksektor. Laut Daten von 2010 beschäftigt die Branche 400.000 ArbeitnehmerInnen, von denen 60 % von Arbeitsvermittlungsagenturen bereitgestellte LeiharbeiterInnen mit Zeitverträgen waren.[23] Auch werden die Zeitverträge immer kürzer: Einige Verträge laufen gerade mal sieben Tage lang. Üblicherweise wird der Zeitvertrag laufend erneuert, auch wenn er anfänglich nur für eine Woche ausgestellt wird. Die ArbeitnehmerInnen werden auf diese Art jahrelang unter prekären Bedingungen in Beschäftigung gehalten.

In anderen Fällen werden ArbeitnehmerInnen mit unbegrenzten Verträgen gekündigt, um danach auf Zeitvertragsbasis wieder eingestellt zu werden. Zum Beispiel hat die Nokia-Niederlassung in Reynosa im ersten Halbjahr 2012 780 Angestellte mit unbefristeten Verträgen gekündigt. Zum Jahresende war ungefähr die Hälfte wieder mit Zeitverträgen eingestellt.[24] Diese Praktiken nehmen den ZeitarbeiterInnen die Jobsicherheit, wodurch die betroffenen Haushalte häufig keine stabile Einkommensquelle haben.

Auch wenn das mexikanische Arbeitsgesetz allen Beschäftigten die gleiche Behandlung bietet, werden ZeitarbeiterInnen häufig in Bezug auf Entlohnung und Zusatzleistungen diskriminiert. ZeitarbeiterInnen können sowohl von der Arbeitsvermittlungsagentur als auch von dem Unternehmen, für das sie arbeiten, diskriminiert werden. Sie erhalten üblicherweise eine niedrigere Entlohnung als Festangestellte sowie geringere Gesundheits- und Zusatzleistungen.

LeiharbeiterInnen, die häufig auf Zeitvertragsbasis angestellt werden, durchlaufen auch oft umfangreiche Einstellungsverfahren, deren Ergebnisse die Grundlage für diskriminierende Handlungen durch Arbeitgeber oder Arbeitsvermittlungsagenturen bieten können. JurastudentInnen oder Personen mit Verbindungen zu Anwälten oder Gewerkschaften können beispielsweise gekündigt oder gar nicht erst eingestellt werden. Weiblichen ZeitarbeiterInnen werden oft diskriminierende Fragen zu ihrer Familienplanung und sexuellen Beziehungen gestellt.

LeiharbeiterInnen wird oft der Zugang zu ihren Arbeitsverträgen vorenthalten, wodurch es für sie schwierig ist, ihre Rechte durchzusetzen. LeiharbeiterInnen, die über Arbeitsvermittlungsagenturen angestellt sind, haben häufig keine Informationen zu ihren Rechten und Zusatzleistungen. Darüber hinaus können Unternehmen sie unter Druck setzen, Kündigungen oder Vertragsbeendigungen zu unterschreiben. Aufgrund des fehlenden Zugangs zu ihren ursprünglichen Verträgen kennen ArbeitnehmerInnen häufig ihre Rechte nicht und lehnen nur selten die Vertragsbedingungen ab, da sie Angst haben, nicht wieder eingestellt zu werden.[25] Die Verwirrung hinsichtlich des Verbleibs des Arbeitsvertrags macht es schwierig für sie, ihre Rechte durchzusetzen oder Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

Extrem niedrige Löhne führen zu Armut trotz Erwerbstätigkeit

Auch wenn die Löhne in der Elektronikbranche generell über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, so reichen sie häufig nicht für einen angemessenen Lebensstandard. Der Mindestlohn für 2014 beträgt 67,29 MXN (5,14 USD) pro Tag in Zone A (das umfasst Mexico City, Baja California und Baja California Sur und einige Bevölkerungsgruppen in den nördlichen Staaten wie Chihuahua, Nuevo León und Tamaulipas, in denen sich der Großteil der Elektronikfertigung befindet), und 63,77 MXN (4,87 USD) in Zone B.[26] Jedoch schätzt der Nationalrat zur Evaluierung der Politik der sozialen Entwicklung (Consejo Nacional de Evaluación de la Política de Desarrollo Social, CONEVAL), dass ArbeitnehmerInnen mit einem geringeren Verdienst als 77,60 MXN (6 USD) pro Tag unter der nationalen Armutsgrenze leben.[27] Dementsprechend verhindert der Mindestlohn nicht, dass ArbeitnehmerInnen in Armut leben.

Der Durchschnittslohn im Elektroniksektor betrug 2012 8,92 USD pro Tag, lag aber in vielen Fällen unter 6 USD.[28] Elektronikunternehmen verweigern häufig Lohnerhöhungen, insbesondere wenn sie bereits mehr als den gesetzlichen Mindestlohn bezahlen. Dennoch reicht das Durchschnittsgehalt der mexikanischen Elektronikbranche in vielen Regionen Mexikos gerade einmal für einen bescheidenen Lebensmitteleinkauf. Daher leben viele Familien in schlechten Unterkünften ohne Grundausstattung und leiden unter Mangelernährung. Unternehmen, die Elektronikprodukte aus Mexiko beziehen, laufen Gefahr, diese sozioökonomischen Verhältnisse zu verschärfen, wenn ihre Lieferanten keine Löhne zahlen, die die grundlegenden Lebenshaltungskosten abdecken.

ArbeitnehmerInnen in der Elektronikbranche könnten von den Plänen, den Mindestlohn für 2015 zu erhöhen, profitieren. Der Bürgermeister von Mexico City, Miguel Ángel Mancera, machte am 28. August 2014 den Vorschlag, den staatlichen Mindestlohn für 2015 auf 82,86 MXN (6,33 USD) pro Tag zu erhöhen, damit sich die ArbeitnehmerInnen zumindest die Grundnahrungsmittel leisten können. Unter Berücksichtigung der Inflation wurde der Mindestlohn seit 1976 nicht erhöht. Dieser von den mexikanischen Oppositionsparteien unterstützte Vorschlag könnte mittelfristig zu besseren Gehältern im Elektroniksektor führen. Aber gleichzeitig würde er höhere Kosten bei den Unternehmen verursachen, wodurch weitere Sparmaßnahmen, einschließlich der Umwandlung von unbefristeten Anstellungen in Zeitarbeitsstellen, möglich sind.

Pseudogewerkschaften‘ untergraben Kollektivverhandlungen

Der Mangel an rechtmäßigen Gewerkschaften unterstützt Arbeitsrechtsverletzungen und untergräbt den Fortschritt bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die meisten Elektronikfirmen haben unternehmensspezifische Gewerkschaften (‘gelbe Gewerkschaften’). Diese werden häufig von der Unternehmensleitung gegründet und bleiben unter ihrer Kontrolle. Manche Elektronikunternehmen verbieten den ArbeitnehmerInnen ausdrücklich, Mitglied bei nicht genehmigten Gewerkschaften zu werden, um die Schaffung von unabhängigen Vereinigungen zu verhindern. Nach dem mexikanischen Arbeitsgesetz müssen Gewerkschaften nicht repräsentativ sein, d. h. sie müssen nicht einen bestimmten Anteil der ArbeitnehmerInnen repräsentieren.

Auf dieser Basis gründen Unternehmensleitungen häufig Pseudogewerkschaften. Diese Pseudogewerkschaften bestehen nur auf dem Papier und treten in der Praxis nicht für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Darüber hinaus sind die meisten ArbeitnehmerInnen nicht über deren Existenz informiert. Insgesamt kennen 90 % der ArbeitnehmerInnen ihre Gewerkschaft nicht oder wissen nicht, dass sie von ihrem Unternehmen als Mitglied registriert wurden.[29]

Gewerkschaftsfunktionäre und ArbeitnehmerInnen, die versuchen, Kollektivverhandlungen zu organisieren, werden häufig von der Unternehmensleitung schikaniert oder gekündigt. Die ArbeitnehmerInnen trauen sich häufig aus Angst vor Repressalien und Kündigung nicht, die Beschwerdemechanismen zu nutzen. Laut einer von der Arbeitsrechtsorganisation CEREAL (siehe ‘Potenzielle Partner’ unten) unter ArbeitnehmerInnen durchgeführten Studie war keiner der TeilnehmerInnen der Meinung, dass ArbeitnehmerInnen in seinem/ihrem Unternehmen eine Gewerkschaft ohne Repressalien gründen könnten.[30]

In manchen Unternehmen werden laut MitarbeiterInnen Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn abgezogen. Laut der Studie von CEREAL haben insbesondere ArbeitnehmerInnen bei Nokia und Dell dieses Problem genannt (100 % bzw. 90 % der bei diesen Firmen angestellten befragten ArbeitnehmerInnen bestätigten Lohnabzüge für Gewerkschaftsbeiträge).

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Lieferanten dazu anhalten, langfristige Arbeitsverträge zu vergeben

Durch langfristige Verträge und angemessene Löhne können Unternehmen das Potenzial für streikbedingte Produktionsausfälle senken und damit finanzielle Risiken und Reputationsrisiken reduzieren. Unternehmen führen oft an, dass Zeitarbeit aufgrund schwankender Produktnachfrage notwendig ist. Jedoch beschäftigen manche Unternehmen bis zu 90 % ihrer Belegschaft auf Zeitvertragsbasis. Manche Unternehmen behaupten auch, dass sie durch die Nutzung von Arbeitsvermittlungsagenturen ihr Risiko, bei rückläufiger Auftragslage Abfindungen zahlen oder Sozialpläne durchführen zu müssen, auslagern können. Nach der Reform des Arbeitsgesetzes von 2012 ist jedoch der Zeitarbeitgeber der direkte Arbeitgeber und demzufolge für jegliche Verletzungen der Arbeitsrechte von ZeitarbeiterInnen verantwortlich.

Unternehmen, die Elektronik aus Mexiko beziehen, sollten sicherstellen, dass ArbeiterInnen in ihrer Lieferkette langfristige Verträge und angemessene Entlohnung erhalten. Dementsprechend können Unternehmen die Aufnahme einer Klausel in den Verhaltenskodex für Lieferanten in Betracht ziehen, die diese dazu anhält, ihren Angestellten langfristige Verträge zu geben. Damit können Elektronik-Importeure Reputationsrisiken in Verbindung mit unangemessenen Arbeitsbedingungen vermeiden. Das kann auch das Risiko finanzieller Verluste durch Betriebsunterbrechungen senken und die Liefersicherheit erhöhen.

Potenzielle Partner

Zentrum für Arbeitsmaßnahmen und -studien (CEREAL)

Das Zentrum für Arbeitsmaßnahmen und -studien wurde 1997 eröffnet und bietet Rechtsbeistand, Schulungen und organisatorische Unterstützung für ArbeitnehmerInnen der mexikanischen Maquiladora-Industrien (Montagebetriebe in zollfreien Produktionszonen), mit speziellem Fokus auf den Elektroniksektor. CEREAL bringt jährliche Berichte zur Elektronikbranche heraus, die sich auf die Arbeitsbedingungen konzentrieren. CEREAL ist unter den ArbeiternehmerInnen in der Elektronikindustrie sehr bekannt und wird häufig direkt von ArbeitnehmerInnen im Elektroniksektor kontaktiert. Dadurch ist das Zentrum der ideale Ansprechpartner für ausländische Unternehmen, die verantwortungsvoll aus Mexiko importieren wollen.

http://www.cerealgdl.org/index.php/es/

Nationale Kammer der Elektronikindustrie für Telekommunikation und Informationstechnologie (Camara nacional de la industria electronica de telecomunicaciones e informatica, CANIETI)

CANIETI ist eine private, selbstbestimmte Institution des öffentlichen Interesses, die als Vertreter von über 900 Elektronik- und IT-Unternehmen in Mexiko einschließlich Acer, Canon Mexico, Nextel und Panasonic agiert. Neben der Arbeit zur Stärkung des mexikanischen Wirtschaftswachstums und der globalen Wettbewerbsfähigkeit stellt CANIETI sicher, dass seine Mitglieder Geschäftstätigkeiten auf sozial verantwortliche Art und Weise durchführen. CANIETI ist für in Mexiko tätige Unternehmen ein wichtiger Partner, um das weitere Wachstum der Elektronikbranche sowie sozial verantwortliche Geschäftspraktiken zu fördern.

http://www.canieti.org/Inicio/English/englishcan/about.aspx

Potenzielle Partner

Koalition der ArbeitnehmerInnen und ehemaligen ArbeitnehmerInnen der nationalen Elektronikindustrie (Coalicion de Extrabajadoras(es) y trabajadoras(es) de la Industria Electronica Nacional, CETIEN)

CETIEN konzentriert sich auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der Elektronikbranche, mit einem speziellen geografischen Fokus auf Jalisco und die nördlichen Regionen Mexikos, wo sich die meisten Elektronikhersteller des Landes angesiedelt haben. Insbesondere bietet CETIEN Unterstützung bei ungerechtfertigter Entlassung, sexueller Belästigung, Diskriminierung, mangelnder Gewerkschaftsfreiheit und Arbeitsunsicherheit. CETIEN führte im September 2013 einen dreitägigen Workshop zur effizienten Zusammenarbeit mit Unternehmen hinsichtlich Arbeitsrechtsproblemen durch.[31] Unternehmen, die in den nördlichen Regionen Mexikos tätig sind, können eine Zusammenarbeit mit CETIEN in Betracht ziehen, um eine Multi-Stakeholder-Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere in Zusammenhang mit Arbeitsverträgen im Elektroniksektor, zu entwickeln.

http://cetienmexico.wordpress.com/

Fallstudie

Arbeitsbedingungen bei Sanmina und HP wurden als die besten im mexikanischen Elektroniksektor bewertet

Die Arbeitsrechtsorganisation CEREAL bewertet jährlich in Mexikos Elektroniksektor tätige multinationale Konzerne anhand der Anzahl und dem Schweregrad gemeldeter Verletzungen, sowie der Anzahl der betroffenen ArbeitnehmerInnen. CEREAL berücksichtigt auch die Bereitschaft der Unternehmen, in einen Dialog mit Gewerkschaften und NGOs zu treten, ihre Transparenz und strukturelle Änderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Firmengeländen.

Laut der CEREAL-Bewertung für 2013 schnitten Sanmina und HP am besten ab und waren die einzigen Elektronikunternehmen, die als ‘gut’ bewertet wurden. USI, Celestica, Jabil, Benchmark, Blackberry, Flextronics und Foxconn lagen in der niedrigsten Kategorie auf der Skala von CEREAL. Kein einziges Unternehmen erhielt 2013 eine Bewertung mit ‘ausgezeichnet’.[32]

1.3 Import von Elektronikprodukte aus den Philippinen

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	39	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	23	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	26	→	Extrem
Rechte Indigener Völker:	22	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	73	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	60	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	65	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	18	→	Hoch
Innere Unruhen:	35	→	Hoch
Energiesicherheit:	108	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	59	→	Hoch
Wasserversorgungssicherheit:	46	↗	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die Expansion des deutschen Fertigungssektors und bilaterale Bemühungen um engere Handelsbeziehungen erhöhen die Nachfrage nach Elektronikprodukten aus den Philippinen. Deutschland ist der größte Exportpartner der Philippinen. Der Handel zwischen den beiden Ländern zeigte in den letzten Jahren ein starkes Wachstum. Deutschlands Importe von Elektronikprodukten stiegen zwischen 2009 und 2013 um 35 %. 2013 erreichten sie einen Wert von 1,28 Milliarden USD. Das Wachstum des deutschen Fertigungssektors in Kombination mit der wirtschaftlichen Erholung und der steigenden Nachfrage nach deutschen Produkten in den USA und Europa werden die Position der Philippinen als wichtigen Lieferanten von Elektronikprodukten weiter festigen.

Aufgrund des großen Handelspotenzials zwischen den beiden Ländern wurde im September 2014 in Manila die Deutsch-Philippinische Industrie- und Handelskammer (German-Philippine Chamber of Commerce and Industry, GPCCI) zur Förderung des Handels und von Investitionen gegründet. Bundeskanzlerin Angela Merkel ermunterte darüber hinaus Präsident Aquino, sich zur Stärkung der bilateralen Beziehungen für ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union einzusetzen.

Jedoch stehen ausländische Unternehmen aufgrund der beschränkten Fertigungskapazitäten, der tief verwurzelten Korruption und der mangelnden Infrastruktur vielen Herausforderungen gegenüber. Der philippinische Elektroniksektor hängt nach wie vor von Importen elektronischer Komponenten ab, und die Entwicklung zu einer Produktion mit höherer Wertschöpfung macht nur langsam Fortschritte. Diese Faktoren schränken die Lieferfähigkeiten des Landes ein und machen die Lieferketten sehr anfällig für externe Faktoren. Darüber hinaus wird die Entwicklung des Sektors durch unzuverlässige Energieversorgung und die unzureichende Export-Infrastruktur, die sich beispielsweise am ständig überfüllten Hafen von Manila zeigt, behindert.

Aus diesem Grund müssen sich deutsche Unternehmen bei Importen aus den Philippinen auf mangelnde Effizienz und Verlässlichkeit der Lieferketten einstellen. Ein weiteres Problem stellt die tief verwurzelte Korruption der Behörden dar, die Investitionsausgaben und das Tempo der Reformen hemmt. Daher ist trotz eines voraussichtlich stabilen politischen Umfelds damit zu rechnen, dass sich die Infrastruktur und regulatorischen Rahmenbedingungen nur sehr langsam verbessern.

Foto: ArbeitnehmerInnen demonstrieren im Juli 2014 gegen die Entlassung von Gewerkschaftsführern in einer Fabrik von NXP Semiconductors. Bildquelle: Annette Bernhardt

Die geringe sozioökonomische Entwicklung erhöht das Potenzial der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, wodurch langfristig die Betriebs- und Reputationsrisiken steigen. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Linderung der Armut und menschliche Entwicklung werden dadurch behindert, dass Fortschritte nicht in der Bevölkerung ankommen. Die wachsende Unzufriedenheit der ArbeitnehmerInnen zeigt sich in vermehrten Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, wie z. B. in der Region Calabarzon, in der sich der Großteil der Elektronikindustrie angesiedelt hat. Ohne grundlegende Strukturreformen und eine bessere Durchsetzung der Arbeitsrechte wird sich die Situation nicht ändern, was langfristig gesehen ein unsicheres Geschäftsumfeld bedeutet.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Der weit verbreitete Einsatz von VertragsarbeiterInnen erhöht das Risiko, an Verletzungen des Arbeitsrechts beteiligt zu sein

VertragsarbeiterInnen sind durch den mangelnden Schutz besonders anfällig für Arbeitsrechtsverletzungen. VertragsarbeiterInnen, die rund 80-90 % der Arbeitskräfte in der Elektronikindustrie ausmachen, genießen nicht den gleichen Schutz ihrer Rechte wie fest angestellte MitarbeiterInnen. Beispielsweise haben sie kein Koalitionsrecht, und Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, ihnen die gleichen Leistungen zu bieten wie fest angestellten ArbeitnehmerInnen. Zu deren Leistungen gehören z. B. die Gesundheitsversorgung oder Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit. Dementsprechend leiden VertragsarbeiterInnen unter schlechten Arbeitsbedingungen, Jobunsicherheit und fehlenden Sozialleistungen.

Die mangelhafte Durchsetzung der Gesetze und fehlende Transparenz in Bezug auf die Nutzung von Arbeitsagenturen erhöhen das Potenzial der Beteiligung an Arbeitsrechtsverletzungen. Die Philippinen haben reine Arbeitskraftverträge verboten, und dementsprechend haben Unternehmen bei VertragsarbeiterInnen, die in gleichen Rollen wie reguläre ArbeiterInnen beschäftigt sind, die gleiche Verantwortung wie bei fest angestellten MitarbeiterInnen. Jedoch wird das Verbot kaum kontrolliert, und Lieferanten und Arbeitsagenturen weisen sich gegenseitig die Verantwortung für die Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen zu. Darüber hinaus werden die von den Lieferanten benutzten Agenturen selten Prüfungen unterzogen. Daher ist Unternehmen unter Umständen nicht bekannt, wie stark der Einsatz von Vertragsarbeitern in ihren Lieferketten verbreitet ist.

Aufgrund der möglichen Arbeitsrechtsverletzungen und des undurchsichtigen Einsatzes von VertragsarbeiterInnen sind Unternehmen Haftungs- und Betriebsrisiken ausgesetzt. Trotz der uneinheitlichen Durchsetzung der Bestimmungen können den importierenden Unternehmen aufgrund der mangelnden Transparenz bei Arbeitsagenturen rechtliche Verpflichtungen in Bezug auf reine Arbeitskraftverträge entstehen. Da Vertragsarbeiter den Großteil der Arbeitskräfte ausmachen, können Proteste gegen die Arbeitsbedingungen außerdem zu gravierenden Betriebsstörungen führen. Durch die hohe, mit Vertragsarbeit verbundene Mitarbeiterfluktuation können die Produktivität und Kompetenzgrundlage von Unternehmen leiden.

Die Mindestlöhne sind ein Problem in Bezug auf die Einhaltung von Sozialstandards, da sie nicht den Lebensunterhalt decken

Die Lebenskosten übersteigen häufig den Lohn der ArbeitnehmerInnen im Elektroniksektor, wodurch diese zu exzessiven Überstunden gezwungen sind. Die regelmäßig angepassten Mindestlöhne sind üblicherweise in den Wirtschaftszonen geringer, um Investitionen anzuziehen. Zum Beispiel beträgt der Mindestlohn pro Tag in der Hauptstadtregion ungefähr 10,45 USD, während er in den Wirtschaftszonen von Calabarzon, dem Zentrum der Elektronikfertigung, zwischen 7 und 8 USD liegt.[33] Gestiegene Kosten für Transport oder Lebensmittel werden nicht in die Mindestlöhne eingerechnet und decken nicht die Lebenshaltungskosten von Familien ab (z. B. geschätzte 27 USD für eine sechsköpfige Familie in Metro Manila).[34]

Aus diesem Grund sind ArbeitnehmerInnen zu exzessiven Überstunden gezwungen, die sowohl gegen nationale als auch internationale Arbeitsgesetze verstoßen (die Internationale Arbeitsorganisation legte fest, dass die normale Arbeitszeit nicht mehr als 8 Stunden pro Tag betragen sollte).[35] Ein weiteres Problem sind obligatorische Überstunden, insbesondere während Spitzenzeiten, in denen die ArbeitnehmerInnen 7 Tage die Woche bis zu 12 Stunden täglich arbeiten müssen. Generell ist es ArbeiternehmerInnen nicht möglich, Überstunden zu verweigern, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstehen. Zusätzlich setzen Hersteller zur Senkung der Lohnkosten in manchen Abteilungen nur Auszubildende ein, da es rechtlich möglich ist, ihnen ein unter dem Mindestlohn liegendes Gehalt zu zahlen.

Die Kombination aus niedrigen Löhnen und exzessiven Überstunden stellt für Unternehmen, die in den Philippinen tätig sind oder von dort Produkte beziehen, ein Reputations- und Betriebsrisiko dar. Die unzulässigen Überstunden und niedrigen Löhne wirken sich negativ auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Produktivität der ArbeitnehmerInnen aus und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Unfällen am Arbeitsplatz. Darüber hinaus führen sie zu Anschuldigungen hinsichtlich der Ausbeutung von ArbeiternehmerInnen. Die geringere Produktivität durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten beeinträchtigt den Geschäftsbetrieb und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die unzufriedenen ArbeitnehmerInnen zu Arbeitskampfmaßnahmen greifen. Zusätzlich wirkt sich der bevorzugte Einsatz von Auszubildenden anstelle von Facharbeitern negativ auf die Produktqualität aus.

Gegen Gewerkschaften gerichtete Aktivitäten untergraben die Arbeitsrechte und hemmen Verbesserungen der Arbeitsstandards

Die weit verbreitete Unterdrückung von Gewerkschaften verhindert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verletzt sowohl nationale als auch internationale Arbeitsstandards. Die philippinische Verfassung garantiert zwar das Koalitionsrecht, aber aufgrund schlechter Kontrollen wird dies nicht wirklich umgesetzt. Lokale Arbeitsorganisationen kritisierten die Regierung auch dafür, den Interessen der Unternehmen den Vorzug zu geben und Arbeitsgesetze nicht einzuhalten. In den freien Exportzonen wird häufig gegen Gewerkschaften vorgegangen. Die Einstellung „keine Gewerkschaften, keine Streiks“ ist vorherrschend. Ebenso werden Gewerkschaftsmitglieder und Führungspersonen aus anderen Bereichen häufig wegen gewerkschaftlicher Tätigkeiten entlassen. In dieser Situation ist es schwierig für ArbeitnehmerInnen, ihre Arbeitsbedingungen mittels Tarifverträgen zu verbessern.

Die Anlage des niederländischen Unternehmens NXP Semiconductors in Laguna entließ beispielsweise im Mai 2014 24 Gewerkschaftsführer mit der Begründung, dass sie an illegalen Streiks teilgenommen hätten. Der Hintergrund ist eine Anzahl massiver Proteste, bei denen Lohnerhöhungen und die Übernahme von Leiharbeiter nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit gefordert wurden. Hersteller mindern außerdem den Einfluss von Gewerkschaften, indem sie fest angestellte MitarbeiterInnen entlassen und VertragsarbeiterInnen einstellen, denn die Mehrzahl der Tarifverträge gilt nur für Festangestellte.

Von Lieferanten angewandte gewerkschaftsfeindliche Praktiken stellen ein hohes Reputationsrisiko dar und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Betriebsunterbrechungen. Der Entlassung der Gewerkschaftsführer durch NXP Semiconductors in Laguna im Mai 2014 wird beispielsweise immer mehr Beachtung geschenkt. Dies zeigt sich an Kampagnen wie z. B. „Bring Back the 24“. Gleichzeitig verlangen NGOs und Gewerkschaften, dass Konzerne wie Apple, Nokia und Ericsson sich mehr dafür einsetzen, dass ihre Lieferanten die Verhaltenskodizes einhalten und das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen achten.

Die gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten können auch Anlass zu weiteren Streiks geben, was sich wiederum negativ auf die Produktivität auswirkt. Zum Beispiel führten die Demonstrationen gegen die Entlassung der Gewerkschaftsführer durch NXP zu einem weiteren Streik im August 2014. Vorfälle dieser Art zeigen deutlich, wie wichtig die Absicherung des Rechts auf Kollektivverhandlungen und die Achtung von Gewerkschaften für Geschäftstätigkeiten und die Kontinuität der Lieferkette ist.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Zusammenarbeit mit lokalen NGOs und Gewerkschaften, um das Risiko der Beteiligung an Arbeitsrechtsverletzungen zu senken

Die Zusammenarbeit mit lokalen Interessengruppen hilft Unternehmen, Risiken in Bezug auf Arbeitsrechte zu identifizieren und Strategien zu entwickeln, um eine ethische Beschaffung sicherzustellen. Lokale NGOs und Arbeitsrechtsgruppen kennen die Risiken vor Ort und die Lieferanten, die regelmäßig die Arbeitsgesetze verletzen. Dementsprechend kann die Einbeziehung dieser Gruppen das Risiko der Beteiligung an Arbeitsrechtsverletzungen sowie der Assoziation mit skrupellosen Lieferanten senken.

Darüber hinaus können in Gesprächen mit lokalen Gewerkschaften die Angelegenheiten der ArbeitnehmerInnen besprochen werden. Durch die Einbeziehung der Interessengruppen können Unternehmen das Risiko von Arbeitskampfmaßnahmen senken und die Arbeitsbeziehungen verbessern, wodurch die Produktivität langfristig unterstützt und der Ruf des Unternehmens geschützt wird. Auf lange Sicht können diese Maßnahmen auch lokale Hersteller dazu bewegen, ihre Achtung der Arbeitsstandards zu verbessern, um für ausländische Unternehmen interessant zu bleiben.

Potenzielle Partner

Workers Assistance Centre (WAC)

Das WAC führte zahlreiche Studien und Interviews mit Interessenvertretern zu den Arbeitsbedingungen im philippinischen Elektroniksektor durch. Die Organisation überwacht und bewertet gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten, Vertragsarbeit und niedrige Löhne, insbesondere in den Elektronikfabriken der Provinzen Cavite und Laguna in den Wirtschaftszonen von Calabarzon.

In Befragungen der InteressenvertreterInnen und ArbeitnehmerInnen werden Unternehmen und Hersteller, die an Verletzungen des Arbeitsrechts beteiligt sind, identifiziert.

Das WAC kann deutsche Unternehmen darüber informieren, welche Lieferanten die Arbeitsgesetze umgehen und dadurch wesentliche Reputationsrisiken durch Assoziation aufzeigen.

http://www.wacphilippines.com/

Allianz der philippinischen MetallarbeiterInnen (Metal Workers Alliance of the Philippines, MWAP)

Das Mitglied des weltweit agierenden Gewerkschaftsverbands IndustriALL führt Kampagnen für die Abschaffung unzumutbarer Arbeitsbedingungen von sowohl ZeitarbeiterInnen als auch fest angestellten MitarbeiterInnen im Elektroniksektor durch.

Die MWAP nimmt auch am sozialen Dialog und Beratungen mit dem Arbeitsministerium (Department of Labor and Employment, DOLE) teil, um unsichere Anstellungsverhältnisse zu bekämpfen.

Sie kann Unternehmen mit Informationen zu den negativen Auswirkungen von Vertragsarbeit auf die ArbeitnehmerInnen in der Elektronikbranche unterstützen. Darüber hinaus kann die MWAP auch Informationen zu möglichen zukünftigen Änderungen der Anforderungen in Bezug auf Beschäftigung und Arbeitskräfte bereitstellen.

http://metalworkersphils.blogspot.co.uk/[36]

Entwicklung von Verhaltenskodizes und regelmäßigen Prüfungen der Lieferanten zur Sicherstellung der Compliance

Die Zusammenarbeit mit Lieferanten und die Einführung von Verhaltenskodizes verbessert die Fähigkeit von Unternehmen, ihren Verpflichtungen bei der Einhaltung der Sozialstandards nachzukommen. Mittels Verhaltenskodizes werden Lieferanten die Erwartungen eines Unternehmens hinsichtlich Ethik- und Arbeitsstandards vermittelt. Zusätzlich setzt die Anwendung von Richtlinien wie die der IAO-Abkommen oder des EICC (Electronic Industry Code of Conduct) klare Maßstäbe für die Lieferanten bezüglich der zu erfüllenden Erwartungen. Zur Überwachung der Lieferanten ist es für Unternehmen ratsam, regelmäßige Audits durch externe Unternehmen sowie Programme zum Aufbau von Kapazitäten durchzuführen, um die Einhaltung der Richtlinien sicherzustellen.

Fallstudie

IMI und HP etablieren Verhaltenskodizes für Lieferanten

Integrated Microelectronics Inc. (IMI), ein auf den Philippinen gegründeter weltweit tätiger Anbieter von Electronics Manufacturing Services, hat einen Verhaltenskodex mit Standards geschaffen, die von den Lieferanten eingehalten werden müssen. Der Kodex enthält auch Richtlinien zur Vereinigungsfreiheit für ArbeitnehmerInnen, Vergütung für geleistete Überstunden sowie zur maximal zulässigen wöchentlichen Arbeitszeit.[37] Die Lieferanten müssen auch IMIs ethische Richtlinien (Ethical Standards and Guidelines) unterschreiben. Damit verpflichten sie sich zur Einhaltung dieser Standards.[38]

Das US-basierte IT-Unternehmen Hewlett-Packard (HP) übernahm den Verhaltenskodex des EICC als Compliance-Rahmenwerk. Dieser Kodex legt die Standards für eine verantwortungsvolle Verwaltung von Lieferketten fest.[39] HP führt jährlich Audits seiner philippinischen First-Tier-Lieferanten durch, um etwaige Verstöße gegen den Kodex festzustellen und zu beseitigen.[40] Das Unternehmen verfügt auch über Programme zum Aufbau von Kapazitäten, die an die einzelnen Länder und die jeweiligen Risiken angepasst sind und der verstärkten Einhaltung von Richtlinien dienen.

Die von IMI und HP etablierten Verhaltenskodizes übernehmen die Richtlinien internationaler Abkommen, wie die der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der IAO, und der Social Accountability International.

Die Festlegung von Anforderungen in Bezug auf Vertragsarbeit im Verhaltenskodex sorgt für verbesserte Transparenz und verringert das Risiko der Beteiligung an Arbeitsrechtsverletzungen. Unternehmen, die aus den Philippinen importieren, sollten an Initiativen zur Umsetzung der sozialen Verantwortung von Unternehmen, z. B. der Electronics Industry Citizenship Coalition (EICC) und der Global Electronics Sustainability Initiative, teilnehmen, die Tools für Schulungen, Auditing und die Beurteilung von Arbeitsbedingungen ausarbeiten.

Um die mit Zeitarbeitskräften verbundenen Probleme anzugehen, können Unternehmen das Fachwissen von internationalen NGOs, wie der Fair Labor Association (FLA) und makeITfair, in Anspruch nehmen. Diese Organisationen bieten Informationen zu bewährten Verfahren und der Implementierung von Arbeitsschutz für Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverhältnissen und VertragsarbeiterInnen.

Unternehmen können auch die Entwicklung zusätzlicher Verhaltenskodizes in Bezug auf die Nutzung von Arbeitsagenturen und LeiharbeiterInnen in Betracht ziehen. Dies kann beispielsweise Quoten für ZeitarbeiterInnen beinhalten, damit Unternehmen ihre ArbeitnehmerInnen zunehmend fest anstellen. Zusätzlich kann sichergestellt werden, dass der Verhaltenskodex auch Zeitarbeitskräfte einbezieht.

1.4 Import von Elektronikprodukte aus Vietnam

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	34	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	29	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	69	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	20	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	76	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	38	↗	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	36	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	81	→	Mittel
Innere Unruhen:	24	→	Hoch
Energiesicherheit:	152	→	Niedrig
Lebensmittelsicherheit:	90	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	90	↗	Mittel

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam werden sich im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahr erwartungsgemäß vertiefen, wodurch sich für deutsche Unternehmen weitere Investitionsmöglichkeiten ergeben. Deutschland ist Vietnams größter Handelspartner in der EU. Deutsche Importe aus Vietnam haben sich zwischen 2009 (3,2 Milliarden USD) und 2013 (7,4 Milliarden USD) mehr als verdoppelt. Dieses Handelswachstum ist einer 2011 etablierten 'strategischen Partnerschaft' zur Stärkung der bilateralen Beziehungen zuzuschreiben.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam wurden im Oktober 2014 weiterhin gefestigt, als Vietnams Premierminister Nguyen Tan Dung Deutschland besuchte, um für ein Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement, FTA) zwischen Vietnam und der EU zu werben. Dank der Positionierung Vietnams als wichtiger Handelspartner Deutschlands unterstützt Kanzlerin Angela Merkel das FTA.

Starke ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) sorgten für Wachstum im Elektroniksektor, wobei 2013 die Ausfuhrwerte im Elektronikbereich 32 Milliarden USD betrugen.[41] Der Import von Elektroprodukten aus Vietnam nach Deutschland ist während der vergangenen fünf Jahre um 2662 % gestiegen und erreichte 2013 einen Wert von 2,2 Milliarden USD. Jedoch besteht die Einschätzung, dass die Entwicklung der Elektronikindustrie hauptsächlich im Wachstum ausländischer Unternehmen begründet liegt. Vietnamesische Elektronikunternehmen machen weniger als 20 % des Inlandsmarkts aus und stellen weniger als 10 % der Exportwerte.

Mangelnde FDI im inländischen Elektronikmarkt können im Endeffekt die Wirtschaftsentwicklung und nachhaltiges Wachstum behindern, insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs). Darüber hinaus sind die meisten in Vietnam hergestellten elektronischen Waren geringwertige Produkte. Ohne Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) ist es unwahrscheinlich, dass technologische Innovationen zur Schaffung von Produkten mit hoher Wertschöpfung stattfinden werden.

Foto: Verkehr in Ho-Chi-Minh-Stadt, Vietnam. Bildquelle: Flickr

Schnelles Wachstum und Investitionsmöglichkeiten im vietnamesischen Elektroniksektor werden für importierende Unternehmen von Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards begleitet. Die relativ geringen Arbeitskosten erhöhen das Risiko von Betriebsunterbrechungen und der möglichen Assoziation mit ausbeuterischen Arbeitspraktiken. Um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Elektroniksektor zu erreichen, muss in diesen Bereich investiert werden, insbesondere in Humankapital und F&E, damit der Umstieg auf die Produktion von hochwertigen Produkten gelingt. Nach dem raschen Wachstum des vietnamesischen Elektroniksektors wird die nachhaltige Verwertung von Elektronikschrott es voraussichtlich erforderlich machen, dass Unternehmen positive Maßnahmen ergreifen, um umweltbezogene und soziale Risiken zu mindern.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Niedrige Löhne in der Elektronikindustrie erhöhen das Risiko von Betriebsunterbrechungen

Die niedrigen Betriebskosten sind zwar attraktiv für ausländische Investoren, aber Unternehmen riskieren dabei, die Armut trotz Erwerbstätigkeit zu verschlimmern. Das Wachstum im vietnamesischen Elektroniksektor beruht hauptsächlich auf den verhältnismäßig geringen Arbeitskosten im Land. Auch wenn der Mindestlohn im Laufe des vergangenen Jahrzehnts stark gestiegen ist und 2015 um weitere 15 % steigen wird, so reicht dies nicht aus, um den Preisanstieg von Waren auszugleichen. Eine vom vietnamesischen Arbeiter- und Gewerkschaftsinstitut durchgeführte Umfrage ergab, dass 50 % der ArbeitnehmerInnen mit ihren Gehältern nur die grundlegenden Bedürfnisse abdecken können und für 13 % nicht einmal das machbar ist.[42]

Laut dem vietnamesischen Gewerkschaftsbund VGCL sind 2,1 Millionen VND (100 USD) erforderlich, um die grundlegenden Bedürfnisse eines allein lebenden Angestellten abzudecken, bzw. 3,6 Millionen VND (170 USD) für einen Angestellten mit einem zu versorgenden Familienmitglied.[43] Demnach deckt das geringste Mindesteinkommen im Jahr 2014 gerade einmal die grundlegenden Bedürfnisse eines allein lebenden Angestellten ab. Laut dem VGCL reichen die Mindestlöhne in Vietnams vier Regionen für 66 % bis 79 % der Lebenshaltungskosten.[44]

Arbeitskräfte mit geringem Einkommen können von den Erhöhungen der Mindestlöhne benachteiligt werden. Der Mindestlohn wird jährlich mit Wirkung ab 1. Januar des jeweiligen Jahres im Einklang mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) angeglichen. Trotz des Versprechens der Regierung, den Mindestlohn regelmäßig zu erhöhen, berichten ArbeiternehmerInnen, dass die Erhöhung der Mindestlöhne nicht die starke Inflation auffängt.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass höhere Lohnkosten zu Entlassungen oder zur Reduzierung neuer Arbeitsplätze führen. Aus diesem Grund fordern Arbeitgeberorganisationen für 2015 eine Erhöhung des Mindestlohnes um 12 % statt der vom nationalen Lohnrat empfohlenen 15 %.[45]

Das Risiko von Betriebsunterbrechungen bleibt hoch, wenn die Arbeitskräfte im Elektroniksektor der Meinung sind, dass der aus dem schnellen Wachstum gezogene Nutzen nicht gleichmäßig verteilt wird. Die steigende Anzahl von Fabriken im ausländischen Besitz wurde von den ArbeiternehmerInnen wegen der niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen mit Unmut aufgenommen. Die Zunahme nicht genehmigter, 'wilder' Streiks ist ein deutliches Zeichen der Unzufriedenheit. Und aufgrund des Mangels an unabhängigen Gewerkschaften werden sich die ArbeitnehmerInnen weiterhin spontaner Streiks bedienen, um ihren Unmut hinsichtlich der Löhne zu äußern.

Nachhaltige Entwicklung im Elektroniksektor erfordert Investitionen in das Humankapital

Der Facharbeitermangel in Vietnam stellt eine andauernde Herausforderung für ausländische Investoren dar und wird wahrscheinlich das nachhaltige Wachstum im Elektroniksektor aufhalten. Trotz der hohen Alphabetisierungsrate von 94 % hemmt der Mangel an technisch ausgebildeten Arbeitskräften die Arbeitsproduktivität Vietnams. Der Facharbeitermangel stellt für Firmen, die Arbeitskräfte für das mittlere Management einstellen wollen, ein Problem dar und behindert auch das Wachstum der lokalen KMUs, die nicht unbedingt von den wachsenden Elektronik-Exporten profitieren.

Hoch und durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte machen nur einen kleinen Teil des Arbeitsmarkts aus. Über 80% der Arbeitskräfte werden als 'unqualifiziert' eingestuft. Außerdem bleibt die Anzahl der ArbeitnehmerInnen, die eine Berufsausbildung machen, weiterhin gering. Bei einer 2012 von Vietnams Zentralinstitut für Wirtschaftsmanagement unter Arbeitgebern durchgeführten Umfrage sagten 47 % der Teilnehmer, dass das Bildungssystem keine angemessenen beruflichen Fähigkeiten vermittelt.[46]

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Vietnams Elektronikindustrie hängt von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität ab. Die große Anzahl an NiedriglohnarbeiterInnen war bisher der Wachstumsmotor des vietnamesischen Elektroniksektors, aber für ein nachhaltiges Wachstum der Branche muss das Land jetzt andere Wettbewerbsvorteile entwickeln. Insbesondere muss Vietnam eine langfristige Strategie aufsetzen, die Unternehmen bei der Umstellung von der Produktion mit geringer Wertschöpfung auf hochwertige qualifizierte Aktivitäten und Produkte, die technische Innovationen erfordern, unterstützt.

Der Mangel an Humankapital wirkt sich negativ auf die Lieferketten von Unternehmen aus und behindert auch das Wachstum von KMUs. Der Mangel an fachlich qualifizierten Arbeitskräften und technischem Fachwissen macht es multinationalen Konzernen schwer, vietnamesische KMUs in ihre Lieferketten einzubinden. Zum Beispiel hat Samsung Electronics seine Tätigkeiten in Vietnam ausgeweitet, aber bezieht nur Verpackungen von den Unternehmen vor Ort, da die vietnamesischen KMUs nicht über das technische Fachwissen verfügen, um elektronische Bauteile liefern zu können. Aus diesem Grund beschaffen sich die Unternehmen die Komponenten aus anderen Ländern, was eine hohe finanzielle Belastung bedeutet.[47]

Der Mangel an lokalen Lieferanten spiegelt die fehlende Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der vietnamesischen KMUs im Elektroniksektor wider und betont den Bedarf an Investitionen in F&E und Humankapital für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Die sichere Entsorgung von Elektronikschrott bringt neue Herausforderungen für Unternehmen, die Elektronik aus Vietnam importieren.

Unternehmen, die Elektronikprodukte aus Vietnam beziehen, müssen größere Sorgfaltspflicht walten lassen, um sicherzustellen, dass die Lieferanten die neuen Umweltverordnungen in Bezug auf Elektronikschrott einhalten. Das Wachstum der Elektronikfertigung in Vietnam wird von steigenden Mengen an Elektronikschrott begleitet. Dadurch entstehen Umweltgefahren – beispielsweise Kontamination mit toxischen Stoffen – sowie negative Auswirkungen auf lokale Kommunen. Als Antwort auf das immer größer werdende Problem hat die Regierung eine Richtlinie erlassen, die besagt, dass Elektronik-Hersteller ab dem 1. Januar 2015 für das Recycling von bzw. den Umgang mit Elektronikschrott verantwortlich sind.

Die fehlenden technischen Kapazitäten der für Umweltmanagement und Umweltschutz verantwortlichen Organisationen schaffen zusätzliche Herausforderungen für Unternehmen hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben. Insbesondere Vietnams Umweltschutzbestimmungen werden durch die geringen Kapazitäten der lokalen Regierungsstellen und ineffiziente Kommunikationswege zwischen den staatlichen Behörden behindert. Folglich müssen Unternehmen möglicherweise unabhängige Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Umgang mit Elektronikschrott den internationalen bewährten Verfahren entspricht.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Investitionen in Berufsausbildung zur Unterstützung von Innovationen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Ausländische Investitionen in Humankapital und neue Technologien werden das nachhaltige Wachstum des Elektroniksektors unterstützen. Im Zuge der Reformierung der Lehrpläne an Bildungseinrichtungen durch die Regierung können Unternehmen enger mit Regierung und Institutionen zusammenarbeiten, um die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für Studenten, insbesondere in Bezug auf Facharbeit, zu verbessern. Investitionen in die Berufsausbildung und die Zusammenarbeit mit Interessengruppen sind wichtige Faktoren für Kompetenzentwicklung und Produktivitätssteigerung. Kanzlerin Angela Merkel unterstützt Vietnam beim Abbau von Qualifikationsdefiziten und hat im Oktober 2014 andauernde Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) zur Unterstützung der Regierung beim Ausbau des Bildungsbereichs zugesichert.

Weitere Investitionen in den vietnamesischen Elektroniksektor werden erhöhte Wettbewerbsfähigkeit bewirken und nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern. Darüber hinaus werden hoch qualifizierte Stellen langfristig höhere Löhne ermöglichen, wodurch die Risiken, die mit Gehältern unterhalb des für den Lebensunterhalt notwendigen Mindestlohns einhergehen, gesenkt werden.

Fallstudie

Intel vergibt Stipendien für lokale Absolventen und Absolventinnen

Intel hat 2010 in Ho-Chi-Minh-Stadt eine Test- und Montageanlage im Wert von 1 Milliarde USD gebaut, hatte aber Probleme, qualifizierte Techniker zu finden. Um den Bedarf abzudecken, hat Intel zusätzlich 7 Millionen USD in ein Programm investiert, das vietnamesischen Studenten technischer Studienrichtungen ermöglicht, ein Grundstudium an der Portland State University in den USA abzuschließen. Seit Beginn des Programms im Jahr 2010 haben 73 Studenten daran teilgenommen. 16 der 21 vietnamesischen Studenten in der Klasse von 2014 waren Frauen. Die Anzahl weiblicher Studenten, die am Programm teilnehmen, reflektiert Intels Verpflichtung, Technikerinnen zu unterstützen, die aktuell in Vietnam unterrepräsentiert sind.

Laut Intels Manager für das Bildungsprogramm in Vietnam hat das Programm „eine starke Basis an technischen Talenten" geschaffen.[48] Im Juli 2014 sagte Intels CEO, dass in Zukunft 80 % aller Computerchips der Welt in Vietnam hergestellt werden, was den Wert der Investitionen in Hochschulbildung zeigt.

Fallstudie

GIZ unterstützt berufliche Bildung

Die GIZ arbeitet an der Reform der technischen und beruflichen Bildung in Vietnam. Dies geschieht durch ein Projekt, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegeben wurde und in Zusammenarbeit mit dem vietnamesischen Ministerium für Arbeit, Invaliden und Soziale Angelegenheiten (MOLISA) durchgeführt wird. Im Speziellen unterstützt das Programm ausgewählte Bildungszentren, die bereitgestellten Schulungen zu verbessern und ein Netzwerk an Kompetenzzentren für Berufsbildung aufzubauen.

Die GIZ arbeitet darüber hinaus eng mit Wirtschaftsvertretern zusammen, um praxisorientierte Berufsbildungsprogramme zu entwickeln. Deutsche Firmen, die in Vietnam tätig sind oder aus Vietnam importieren, können mit der GIZ zusammenarbeiten, um Berufsbildungsprogramme zu entwickeln, die darauf ausgelegt sind, Innovation im Elektroniksektor zu nutzen.

Unterstützung des Wachstums von KMUs im Elektroniksektor

Unternehmen sollten mit vietnamesischen KMUs zusammenarbeiten, um lokale Lieferantennetzwerke aufzubauen und langfristiges nachhaltiges Wachstum im Elektroniksektor zu fördern. Der Mangel an Humankapital in Vietnam hat bisher das Wachstum der KMUs im Elektroniksektor eingeschränkt. Darum sollten Unternehmen die Zusammenarbeit mit KMUs in Betracht ziehen, um technische Fähigkeiten aufzubauen und die Produktivität zu steigern. Die Regierung fördert Initiativen, um das Potenzial von KMUs auszubauen und ist im Juli 2014 eine Partnerschaft mit der Vietnam Electronic Business Association eingegangen, um lokale Lieferanten über die Anforderungen multinationaler Konzerne, die im Land Elektronik herstellen, zu informieren. Die Zusammenarbeit mit KMUs wird Investoren dabei helfen, eine wirklich robuste Lieferkette zu entwickeln und zur Nachhaltigkeit im Elektroniksektor beizutragen.

Fallstudie

Samsung arbeitet zusammen mit der vietnamesischen Regierung am Aufbau der KMU-Kapazitäten

Samsung entwickelte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Planung und Investitionen im September 2014 eine Initiative, um KMUs vor Ort in seine Lieferkette einzubinden. Der Konzern hatte Anfang des Jahres Probleme, lokal produzierte Komponenten für seine Produkte zu finden, da den vietnamesischen Unternehmen die Kapazität bzw. die Fertigkeiten zur Lieferung der erforderlichen Teile fehlten. Samsung will nun mit ungefähr 50 lokalen Elektronikunternehmen zusammenarbeiten, um ungefähr 90 elektronische Artikel vor Ort zu produzieren. Die Kollaboration umfasst auch den Wissenstransfer von Samsung an lokale Unternehmen, um die KMUs bei der Herstellung von Teilen für die Elektronikfertigung zu unterstützen.

Zusammenarbeit mit Interessengruppen für die Entwicklung eines Verwertungssystems für Elektronikschrott

Multi-Stakeholder-Initiativen, die sich um den Elektronikschrott des wachsenden vietnamesischen Elektroniksektors kümmern, werden die mit umweltschädlichen Abfall verbundenen Risiken senken. Firmen, die in Vietnam tätig sind oder aus Vietnam importieren, arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass Elektronikschrott verantwortlich gesammelt, behandelt und recycelt wird. Multinationale Elektronikkonzerne, darunter Apple, Canon, Panasonic und Sony, haben sich in der Information and Communications Technology Group (ICT Group) zusammengeschlossen. Die ICT Group arbeitet mit dem Institute of Environmental Sciences and Technology (IEST) zusammen, um ein Modell für die Verarbeitung von Elektronikschrott zu schaffen.

Unternehmen und andere Interessengruppen müssen bei der Entwicklung eines Modells für die Abfallaufbereitung die aktuell im Sektor vorherrschende Informalität und die negativen Auswirkungen auf den Lebensunterhalt von nicht lizenzierten Müllsammlern, die auf elektronischen Abfall angewiesen sind, beachten. Wenn diese Müllsammler nicht in die Entwicklung des Verwertungssystems für Elektronikschrott einbezogen werden, würden sich die bereits schlechten sozioökonomischen Bedingungen voraussichtlich weiter verschlechtern.

2. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Metallen

Die für Deutschland wichtigsten Herkunftsländer für Metall im Jahr 2013 (Italien, Österreich, Niederlande, Frankreich und Belgien) befanden sich alle in Europa. Seit 2009 haben alle oben genannten Länder einen kontinuierlichen Anstieg der Metallexporte nach Deutschland verzeichnet. In aufstrebenden Märkten ist der Handel mit Metallen mit Deutschland seit 2009 bedeutend gewachsen. Zu diesen Ländern gehören die Demokratische Republik (DR) Kongo (Metallimporte aus dem Kongo sind seit 2009 um 909 % gestiegen), Bulgarien (+347 %), die Vereinigten Arabischen Emirate (+286 %), Portugal (+171 %) und Thailand (+163 %). Viele Länder, die wachsende Handelsmöglichkeiten für deutsche Metallimporteure bieten, stellen jedoch hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar. Zu diesen Ländern gehören die DR Kongo, Ägypten, Vietnam, Thailand und die Türkei.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Metall aus folgenden Ländern importieren:

1. Demokratischen Republik Kongo (Seite 26)

2. Indonesien (Seite 31)

3. Türkei (Seite 36)

Foto: Metallarbeiter in Myanmar

2.1 Import von Metallen aus der Demokratischen Republik Kongo

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	24	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	1	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	3	↗	Extrem
Rechte Indigener Völker:	1	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	2	→	Extrem
Korruptionsrisiko:	1	↗	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	9	→	Extrem
Konflikte und Politische Gewalt:	8	→	Extrem
Innere Unruhen:	11	→	Hoch
Energiesicherheit:	137	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	2	→	Extrem
Wasserversorgungssicherheit:	101	↗	Mittel

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Foto: Zivilisten flüchten vor der Gewalt in der Provinz Nord-Kivu, DR Kongo. Bildquelle: Julien Harneis/Flickr

Übersicht

Die DR Kongo ist zwar kein wichtiger Handelspartner, doch sind die deutschen Importe von Mineralien von dort in den letzten fünf Jahren stark gestiegen. Rohstoffe machen den Großteil der kongolesischen Exporte aus. Im Jahr 2012 entfielen 95% der Gesamtexporte auf unedle Metalle und Erdöl.[49] Im Vergleich zu Kongos Handel mit anderen großen Industrieländern wie China, Südkorea und den USA ist das Handelsvolumen mit Deutschland gering. Im Jahr 2013 machte es lediglich 0,01 % der deutschen Gesamteinfuhren und -ausfuhren aus. Deutsche Importe aus der DR Kongo beliefen sich 2013 auf 135 Millionen USD, wobei Kupfer für den Automobil-, Elektronik- und Telekommunikationssektor den Hauptanteil ausmachte.[50] Die deutschen Einfuhren von Mineralien aus dem Kongo sind in den vergangenen fünf Jahren um 909 % gestiegen, was die Bedeutung von kongolesischen Kupferimporten für Deutschland unterstreicht.[51] Die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind von konstruktiver Natur. Seit Ende des Zweiten Kongokriegs im Jahr 2002 gab es vier Zusammentreffen zwischen Vertretern der Bundesregierung und der kongolesischen Regierung.

Unternehmen, die Metalle aus der DR Kongo beziehen, sind in ihren Lieferketten wesentlichen Risiken in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte ausgesetzt. Im internationalen Vergleich weist der Kongo eine der problematischsten Menschenrechtssituationen auf. In vielen Gebieten herrscht Gesetzlosigkeit, insbesondere im Kivu im Osten des Landes, und in naher Zukunft ist keine Verbesserung der Menschenrechtssituation absehbar. Zwar sind im Gesetz die grundlegenden Arbeitsrechte geregelt, die Durchsetzung ist jedoch extrem schwach. Grundlegende Arbeitsrechte werden im ganzen Land regelmäßig verletzt. Auch wenn 2013 eine der gewalttätigsten Rebellengruppen, die M23, von der kongolesischen Armee besiegt wurde, bleibt die Sicherheitssituation im Kivu extrem instabil. Die Region besitzt große Vorräte seltener Metalle. Im Kleinbergbau, in dem viele Tätigkeiten unter der Kontrolle von Rebellengruppen und Milizen sind, ist Zwangs- und Kinderarbeit weit verbreitet.

Unternehmen, die Metalle aus dem Kongo importieren, laufen Gefahr, zu einer Verschlechterung der menschenrechtlichen und sozialen Situation beizutragen, wenn sie unwissentlich von illegalen Bergwerken kaufen. Die illegale Bergbauindustrie, die hauptsächlich aus Kleinbergbau besteht, raubt dem kongolesischen Staat die Ressourcen für Investitionen in die soziale Infrastruktur. Die unerschlossenen Bodenschätze des Kongos werden auf einen Wert von 24 Billionen USD geschätzt.[52] Viele illegale Bergwerke werden jedoch von bewaffneten Gruppen, einschließlich des Militärs, betrieben. Illegaler Bergbau findet hauptsächlich im Kivu statt. Daneben sind im Kleinbergbau betriebene Bergwerke in Katanga verbreitet.[53] Illegale Schürfer eignen sich Ressourcen und Einnahmen an, die laut der kongolesischen Verfassung Eigentum des Staates sind.

Auch bestehen in Verbindung mit Einfuhren aus dem Kongo wesentliche Compliance-Risiken. Im Jahr 2010 wurde der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act unterzeichnet und in das Bundesgesetz der USA aufgenommen. Das Gesetz enthält eine wegweisende Regelung (Paragraph 1502), die darauf ausgelegt ist, die Nutzung von sogenannten 'Konfliktmineralien' (Zinn, Wolfram, Tantal und Gold) aus der DR Kongo und neun angrenzenden Ländern einzuschränken. Jedes US-amerikanische Unternehmen, das Produkte herstellt, die 'Konfliktmineralien' enthalten, muss nachweisen, dass diese nachhaltig beschafft wurden. Deutsche Unternehmen, die internationale Märkte beliefern und aus dem Kongo importieren, gehen durch die Assoziation mit Konfliktmineralien Reputationsrisiken ein.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Globale Lieferketten von Unternehmen können Konfliktmineralien enthalten

Die Rolle von 'Konfliktmineralien' bei Gewalt und Korruption hat gesteigerte weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die Forderungen nach größerer Transparenz in den Lieferketten hervorgerufen hat. Bewaffnete Rebellen und Milizen sowie die kongolesische Armee (FARDC) betreiben häufig illegalen Kleinbergbau. Diese Tätigkeiten gehen mit schweren Menschenrechtsverletzungen in den lokalen Kommunen einher. Illegaler Bergbau wird hauptsächlich in den Kivu-Provinzen betrieben. Allerdings werden auch Orte in Maniema und Nordost-Katanga von bewaffneten Gruppen kontrolliert..[54] Das Risiko, dass aus dem Ostkongo beschaffte Konfliktmineralien die Geschäftstätigkeiten von Rebellen, Milizen oder der FARDC unterstützen, ist extrem hoch.

Da der Handel mit Konfliktmineralien äußerst gewinnbringend ist, werden bewaffnete Gruppen auch zu Zwangsmaßnahmen greifen, um diese Einnahmequelle zu schützen. Darüber hinaus wird durch den von bewaffneten Gruppen kontrollierte Kleinbergbau der Beitrag der Mineralförderung zur sozioökonomischen Entwicklung (entweder durch legitime private Unternehmen und/oder die Steuererhebung durch die Behörden) in einer der ärmsten Regionen der Welt wesentlich reduziert.

Bewaffnete Gruppen gehen äußerst brutal vor und verüben häufig systematische Menschenrechtsverletzungen, um lukrative Bergbaustandorte zu erlangen und diese zu behalten. Die Bevölkerung wird durch Vergewaltigung, Mord und Zwangsarbeit eingeschüchtert und zur Kooperation gezwungen. Daher besteht für multinationale Unternehmen, die aus solchen Bergwerken stammende Mineralien oder deren vorgelagerte Derivate kaufen, die Gefahr, sich unbeabsichtigt an Menschenrechtsverletzungen zu beteiligen.

BergarbeiterInnen sind regelmäßig Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt

Die menschliche Sicherheit ist besonders in Konfliktgebieten wie Ost-Kivu bedroht. BergarbeiterInnen, die im Kleinbergbau arbeiten, sind aufgrund ihrer unsicheren Situation als WanderarbeiterInnen oder verarmte lokale Bürger, die in einer Konfliktzone eine Einkommensquelle suchen, besonders dem Missbrauch durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt. Insbesondere Kinder sind der Ausbeutung durch ihre Aufseher ausgesetzt, wobei schätzungsweise 40 % der im kongolesischen Kleinbergbau tätigen ArbeiterInnen minderjährig sind.[55] Ebenso ist die durch kriegerische Gruppen im Ostkongo durchgeführte Zwangsarbeit im Kleinbergbau ein andauerndes Problem.[56]

Der Einsatz übermäßiger Gewalt gegen illegale BergarbeiterInnen im Kleinbergbau führte zu außergerichtlichen Tötungen durch die FARDC. Zwar herrscht in der südlichen Katanga-Provinz, Standort der meisten industriellen Bergwerke des Landes, nicht der gleiche Grad an Gewalt wie in den Kivu-Provinzen, doch sind in der Industrie und im Kleinbergbau arbeitende BergarbeiterInnen der Gewalt durch öffentliche und private Sicherheitskräfte ausgesetzt. Einige der im Kleinbergbau tätigen BergarbeiterInnen können im Rahmen industrieller Bergbaulizenzen legal arbeiten. Durch die extreme Armut und die mangelnde Rechtsstaatlichkeit sind jedoch Landfriedensbruch durch im Kleinbergbau arbeitende BergarbeiterInnen ein beständiges Problem für Bergbauunternehmen. Diese Unternehmen sehen sich nicht nur mit Einnahmeausfällen konfrontiert, sondern auch mit möglichen Verlusten von Einnahmen aufgrund der gefährlichen Arbeitsbedingungen. Gewalttätige Vorfälle, die mit Landfriedensbruch in Verbindung stehen und bei denen die Sicherheitskräfte regelmäßig mit exzessiver Gewalt vorgehen, werden häufig nicht gemeldet.

Unternehmen, die Metalle beziehen, riskieren die Zuspitzung von Landkonflikten

Schürfrechte erhalten häufig den Vorzug gegenüber Landrechten, was zu weiteren Gefährdungen des Eigentumsrechts beitragen könnte. Die Verfassung erkennt das Gewohnheitsrecht bei Eigentum an und Gesetze aus den Jahren 1973, 2002 und 2011 bestätigen die Achtung dieser Rechte, einschließlich der Anerkennung der indigenen Bevölkerung gemäß der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker. In der Praxis werden jedoch die Landrechte nur unzureichend durchgesetzt und es besteht Unklarheit hinsichtlich der Durchsetzungsmechanismen. Dadurch besteht für die lokale Bevölkerung, die möglicherweise durch große Bergbaubetriebe vertrieben wird, wenig Sicherheit in Bezug auf Eigentum und Kompensationsansprüche.

Zusätzlich besagt das Bergbaugesetz von 2002, dass der Bergbaukataster Vorrang vor dem Grundbuch hat. Das bedeutet, dass Landbesitzer im Falle von Bergbaukonzessionen nur eingeschränkt Entschädigungen einfordern können, da es keinen klaren Rechtsweg gibt, um die Zwangsenteignung anzufechten. Darüber hinaus verkomplizieren unvollständige Grundbucheinträge die Entschädigungsverfahren, wodurch das Risiko von Landkonflikten steigt. Insbesondere in den Kivu-Provinzen bezogen bewaffnete Gruppen Einnahmen aus Grundstücksgeschäften. Des Weiteren waren sie aus spekulativen Gründen an Landkäufen beteiligt und verlangten Pacht von Landnutzern. Gelegentlich nutzten Milizen und Rebellengruppen in Nord-Kivu Einnahmen aus Mineralien zum Kauf von Landkonzessionen und vertrieben unter dem Gewohnheitsrecht agierende Landbesitzer.[57]

Vertriebene Bevölkerungsgruppen wurden von ausländischen Bergbauunternehmen nicht immer angemessen entschädigt. Bergbauunternehmen erwerben üblicherweise große Grundstücke, wodurch viele Menschen ihr Zuhause, ihre Lebensgrundlage und ihr Eigentum verlieren können. Wenn Unternehmen keine freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free Prior and Informed Consent, FPIC) einholen oder angemessene Entschädigung anbieten, besteht das Risiko, dass sie in Konfrontationen mit Vertriebenen verwickelt werden. Darüber hinaus kann Umsiedlung zu Landkonflikten zwischen Mitgliedern der umgesiedelten und bereits ansässigen Bevölkerung führen. Unruhen dieser Art bringen in der Regel internationale Kritik durch Menschenrechtsorganisationen mit sich. Zum Beispiel berichtete Amnesty International über die Umsiedlung von Luishia, einer Stadt nahe Lubumbashi, im Juni 2013, bei der ein chinesisches Bergbauunternehmen jeden betroffenen Haushalt mit lediglich 100-300 USD entschädigte.[58]

Darüber hinaus kann der Zuzug von ArbeiterInnen in Bergwerkgebieten den Bedarf an zusätzlichem Land zur Folge haben. Durch die gesteigerte Nachfrage nach vor Ort produzierten Lebensmitteln kann es zur vermehrten Umwidmung von unbebautem Land in Agrarland kommen. Neu zugezoegenen Arbeitskräfte bauen möglicherweise Nahrungsmittel zur Unterstützung ihres Einkommens an. Dies könnte zu einem Konflikt zwischen Arbeitsmigranten und der lokalen Bevölkerung führen.[59]

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Vielen Unternehmen ist es aufgrund der Undurchsichtigkeit beim Handel mit Konfliktmineralien und der Komplexität globaler Lieferketten nicht möglich, definitiv sagen zu können, ob es sich bei Mineralien aus dem Kongo und den Nachbarländern um Konfliktmineralien handelt. Statt kongolesische Mineralien vollständig aus ihren Lieferketten auszuschließen, können Unternehmen Maßnahmen ergreifen, die das Risiko von Reputationsschäden in Zusammenhang mit Konfliktmineralien senken. Dies kann beispielsweise eine verstärkte Überwachung, die Schaffung einer Lieferantenrichtlinie, extern durchgeführte Prüfungen und die Unterstützung von Zertifizierungsprogrammen umfassen. Diese Anstrengungen können auch wirtschaftliche Vorteile für im legalen Kleinbergbau arbeitende BergarbeiterInnen sicherstellen. Aus diesem Grund sollte sich die von ausländischen Unternehmen durchgeführte Sorgfaltspflicht nicht nur auf die Lieferanten aus Kategorie 1 (Tier 1), die das Unternehmen direkt beliefern, beschränken. Auch Lieferanten, die sich am unteren Ende der Lieferkette befinden, sollten darin eingeschlossen werden.

Die folgenden Empfehlungen identifizieren strategische Bereiche innerhalb der Lieferkette, an denen deutsche Unternehmen ansetzen können, um die Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards zu senken:

Beitrag zur Schaffung von Zertifizierungsprogrammen für die Beschaffung von Rohmineralien

Es wird multinationalen Unternehmen empfohlen, an Programmen teilzunehmen, die verhindern, dass Konfliktmineralien auf internationale Märkte gelangen. Maßnahmen wie das Kimberley-Prozess-Zertifikationssystem (KPCS) für Diamanten und die Internationale Initiative für Zinn-Lieferketten (iTSCI) haben zum Ziel, die Transparenz von Mineral-Lieferketten zu erhöhen. Hierbei soll das Risiko verringert werden, dass Mineralien aus Konfliktgebieten gekauft, benutzt oder verkauft werden, auf internationale Märkte gelangen und dann nicht mehr rückverfolgbar sind. Ebenso fördern das 'Protect, Respect and Remedy'-Konzept der UN[60] und die 'Due Diligence Guidelines' der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)[61] die verantwortungsvolle Verwaltung von Lieferketten und bieten entsprechende Anleitungen.

Potenzieller Partner

Prüfungen der Zinn-Lieferkette ermöglichen internationalen Unternehmen die Beschaffung aus Hochrisiko-Regionen

Philips und Tata Steel waren im September 2012 die ersten Unternehmen, die der Conflict-Free Tin Initiative (CFTI), einem durch die niederländische Regierung durchgeführten Audit-Programm, beitraten.[62] Das Ziel der CFTI ist, zu zeigen, dass es Unternehmen möglich ist, im Einklang mit Paragraph 1502 des US-amerikanischen Dodd-Frank Act, konfliktfreies Zinn aus der DR Kongo zu beziehen, indem umfassende Mechanismen zur Rückverfolgung beansprucht werden.

Die CFTI hat in verifizierten Zinnerzbergwerken im südlichen Teil des Kivu ein Programm eingeführt bei dem kleine Kunststoffetiketten an versiegelte Säcke mit Eisenerz angebracht werden. Die Etiketten verfügen über einen Barcode, der mit einem Zertifizierungsnachweis verbunden ist, wodurch das Erz legal mit einem konfliktfreien 'Pass' exportiert werden kann. Laut der CFTI beweist das 'Bag and Tag'-Programm, dass Rückverfolgbarkeit selbst in extrem problematischen Regionen wie Süd-Kivu, in der Milizen und Rebellengruppen nach wie vor weit verbreitet sind, möglich ist. In einer Zeit, in der sich viele multinationale Unternehmen zur Vermeidung von rechtlichen Risiken vom Kongo distanzieren, können Unternehmen wie Philips und Tata Steel CFTI-zertifiziertes Zinn in ihren Endprodukten einsetzen. Dadurch werden die lokale Beschäftigungslage und die sozioökonomische Entwicklung in einer der am meisten benachteiligten Regionen der Welt unterstützt.[63]

Entwicklung einer verantwortungsvollen Beschaffungsrichtlinie für Lieferanten von Mineralien aus Konfliktzonen

Deutsche Unternehmen können Prüfungen von externen Dienstleistern durchführen lassen, damit die Anstrengungen in Bezug auf die Einhaltung der Sorgfaltspflicht der liefernden Schmelzhütten und Raffinerien bewertet werden können. Sowohl die OECD als auch die UN-Expertengruppe empfiehlt, dass Unternehmen Managementsysteme einsetzen, die eine Lieferkettenrichtlinie für ihre Lieferanten, die Mineralien aus Konfliktzonen beschaffen, enthalten[64] Dies umfasst auch den Aufbau von starken, langfristigen Beziehungen mit Lieferanten, um sicherzustellen, dass die Verfahren zur Sorgfaltspflicht befolgt werden. Als Teil dieses Prozesses können deutsche Unternehmen Wege erkunden, wie sie die Kapazitäten ihrer Lieferanten aufbauen können. Dies kann zum Beispiel durch die Bereitstellung von Schulungen und Unterstützung bei internen Überprüfungen erreicht werden.

Fallstudie

Technologiekonzern stellt Lieferanten von Konfliktmineralien an den Pranger

Der multinationale Technologiekonzern Apple gab im Februar 2014 bekannt, dass es pro Quartal eine Liste mit den Namen der von seinen Lieferanten von Zinn, Tantal, Wolfram und Gold benutzten Schmelzhütten veröffentlichen wird.[65] Die aktuelle Liste legt dar, wo die Schmelzhütten tätig sind und ob sie die ethischen Beschaffungsrichtlinien von Apple einhalten und demzufolge von dem Unternehmen als 'konfliktfrei' verifiziert sind. Die Mehrzahl der Schmelzhütten, die von den Lieferanten von Apple benutzt werden, hält jedoch die ethischen Beschaffungsrichtlinien des Unternehmens nicht ein. Allerdings will Apple die Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen, die in Hochrisiko-Ländern wie der DR Kongo tätig sind, nicht vermeiden, sondern mit seinen Lieferanten, die nicht verifizierte Schmelzhütten benutzen, zusammenarbeiten, um Verbesserungen bei den Beschaffungspraktiken zu erreichen.

Neben Apple haben auch Intel und HP im Laufe des vergangenen Jahres einen progressiven Ansatz verfolgt, um das Problem mit Konfliktmineralien in ihren globalen Lieferketten anzugehen. Dies geschah im Rahmen einer für Juni 2014 gesetzten Frist, bis zu der alle US-notierten Unternehmen ihre Prüfungen der Lieferkette bekannt geben mussten.

Beratung mit lokalen Interessengruppen während des gesamten Projektzeitraums

Die Zusammenarbeit mit lokalen Interessengruppen ist entscheidend für die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten. Deutsche Unternehmen, die in der DR Kongo tätig sind oder dort Investitionen tätigen, sollten während der Entwicklungs-, Herstellungs- und Expansionsphasen im Bergbau sicherstellen, dass die lokale Gemeinschaft angemessen miteinbezogen wird, um eine freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free Prior and Informed Consent, FPIC) zu erhalten. Unternehmen, die aus der DR Kongo importieren, können außerdem Schritte einleiten, um sicherzustellen, dass ihre Lieferanten die FPIC der lokalen Kommunen einholen.

Deutsche Unternehmen haben die Möglichkeit den Performance Standard 5 der International Finance Corporation (IFC) zurate zu ziehen. Dieser umreißt die besten Verfahren, um zu gewährleisten, dass die Bevölkerung und Interessengruppen einbezogen werden.[66]

Fallstudie

Deutsch-kongolesische bilaterale Initiative fördert Zertifizierung

Das deutsche Certified Trading Chains (CTC)-Programm ist eine bilaterale Initiative, die die DR Kongo dabei unterstützt, das bestehende Problem mit Konfliktmineralien anzugehen. CTC ist ein von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) überwachtes Pilotprojekt, das den Kleinbergbau des Landes durch ein Zertifizierungsprogramm kodifiziert und reguliert. Das Projekt wird gemeinsam mit dem kongolesischen Ministerium für Bergbau durchgeführt und konzentriert sich auf die nicht-rechtlichen Aspekte der Mineralgewinnung. Das CTC-Programm ist für die kongolesische Regierung eine wesentliche Quelle direkter bilateraler Unterstützung.

Wichtige Projekte umfassen die detaillierte Kartierung der als Kleinbergbau betriebenen Abbaustätten von Gold, Kassiterit (Zinnerz) und Coltan im gesamten Land, sowie eine statistische Erhebung der Mineralgewinnung und der Anzahl der BergarbeiterInnen. Das Ziel ist die gesteigerte Transparenz und Verantwortlichkeit im Kleinbergbau-Sektor.

2.2 Import von Metallen aus Indonesien

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	21	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	15	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	44	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	13	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	67	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	43	↗	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	47	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	28	↗	Hoch
Innere Unruhen:	21	→	Hoch
Energiesicherheit:	156	→	Niedrig
Lebensmittelsicherheit:	170	↗	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	107	→	Mittel

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Überblick

Indonesien ist als neuer Wachstumsmarkt ein wichtiger Handelspartner Deutschlands und die Regierungen beider Länder sind an der Stärkung der bilateralen Beziehungen interessiert. Das Wirtschaftswachstum Indonesiens ist im Wesentlichen auf den Export seiner natürlichen Ressourcen zurückzuführen, wobei das jährliche BIP-Wachstum in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 6 % betrug. Deutschlands Importe aus Indonesien haben im Laufe des letzten Jahrzehnts zugenommen und erreichten einem Spitzenwert von 5,9 Milliarden USD im Jahr 2011. Im März 2013 sprach sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein Freihandelsabkommen zwischen Indonesien und der EU aus, was die Position Indonesiens als wichtiger neuer Import- und Exportmarkt für deutsche Unternehmen widerspiegelt. Die Verhandlungen hierfür müssen noch aufgenommen werden. Merkels Ankündigung war eine Reaktion auf ein Treffen im Februar 2013, bei dem der indonesische und der deutsche Außenminister vereinbarten, die gegenseitigen Anstrengungen zu verstärken und das Gesamthandelsvolumen bis 2015 auf 15 Milliarden USD zu steigern.

Unternehmen, die Metalle aus Indonesien beziehen, werden durch gesteigerten Ressourcennationalismus negativ beeinträchtigt. Der Import von Metallen aus Indonesien hat sich seit 2009, im Einklang mit Deutschlands Position als globaler Hersteller und Exporteur von Elektronikgütern, um 30% erhöht. Zinn ist ein wichtiger Rohstoff für Deutschland und macht mehr als die Hälfte der Metallimporte aus Indonesien aus. Der Wert der Zinnimporte aus Indonesien hat sich von 2009 (45 Millionen USD) bis 2013 (100 Millionen USD) mehr als verdoppelt. Eisen und Stahl sind weitere wichtige Rohstoffimporte Deutschlands. Indonesien stellt die primäre Bezugsquelle hierfür dar.

Jedoch wird erwartet, dass das von Indonesien im Januar 2014 verhängte Exportverbot von unverarbeiteten Mineralien zur Abschwächung des Wirtschaftswachstums beitragen wird. Auch für Unternehmen, die Ressourcen aus Indonesien importieren, stellt das Verbot ein Risiko hinsichtlich der Kontinuität in der Lieferkette dar.

Foto: Zinnmine in Bangka, Indonesien. Bildquelle: Michael Kelley/Flickr

Fragmentierte Lieferketten stellen für deutsche Unternehmen, die aus Indonesien importieren, ein Risiko in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar. Zwar ist Indonesien politisch stabil, allerdings ist das komplexe behördliche und geschäftliche Umfeld von weit verbreiteter Korruption betroffen. Eine Veränderung dieses Zustands ist in den nächsten fünf Jahren nicht zu erwarten. Viele der mit der Lieferkette von Metallen verbundenen Risiken entstehen in den Abbauphasen. Spezifische Risiken der Metall- und Bergbauindustrie in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards betreffen den mangelnden Schutz von Landrechten – insbesondere für die indigene Bevölkerung – sowie schlechte und gefährliche Arbeitsbedingungen und umweltpolitische Ungerechtigkeit.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Ungeregelter Bergbau im kleinen Maßstab bedroht die Nachhaltigkeit und die Arbeitsstandards in Indonesien

Der Kleinbergbau ist weitgehend unreguliert, wodurch die Risiken bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards steigen. Es wird geschätzt, dass mehr als 400.000 BergarbeiterInnen in Indonesien arbeiten. Der Großteil der BergarbeiterInnen arbeitet illegal ohne Bergbaulizenzen oder in Gebieten mit unzulänglicher Durchsetzung der Gesetze.[67] Die mangelnde Durchsetzung von Arbeitsstandards resultiert in schlechten Arbeitsbedingungen mit extrem hohen Arbeits- und Sicherheitsrisiken. Zum Beispiel berichtete Friends of the Earth, dass 2011 auf den Inseln Bangka und Belitung, die die Hauptlieferanten für indonesisches Zinn sind, pro Woche ein Bergmann tödlich verunglückte.[68]

Der Kleinbergbau ist auch mit weitreichenderen gesellschaftlichen und umweltbezogenen Auswirkungen verbunden. Die damit assoziierten spezifischen Umweltrisiken umfassen: Quecksilberverschmutzung von Flüssen, großflächige Entwaldungen und Landnutzungskonflikte zwischen Beschäftigten im Kleinbergbau und lizenzierten Bergbauunternehmen. Auch die sozioökonomische Entwicklung wird durch den Kleinbergbau beeinträchtigt. Zum Beispiel hat die Offshore-Gewinnung von Zinn zu negativen Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Fischern auf Bangka und Belitung geführt. Häufig bestechen im Kleinbergbau Tätige die örtlichen Behörden, damit diese die Mineralien verkaufen. Diese weit verbreiteten korrupten Vorgehensweisen haben zur Folge, dass der Rohstoffreichtum nicht an den Staat weiter gegeben wird.[69] Die Umleitung des Rohstoffreichtums nutzt folglich nur einigen wenigen korrupten Individuen, untergräbt die Interessen der lokalen Bevölkerung und behindert die nachhaltige Entwicklung.

Der Kleinbergbau und der damit verbundene Mangel an Rückverfolgbarkeit stellt für Unternehmen Reputationsrisiken hinsichtlich der ethischen Beschaffung von Metallen für die Fertigung dar. NGOs wie beispielsweise Friends of the Earth sind gegen globale Unternehmen, einschließlich Microsoft, Apple und Samsung wegen „verantwortungsloser Bergbaupraktiken“ in Indonesien ins Feld gezogen.[70] Der damit einhergehende Reputationsschaden kann dazu führen, dass die Verbraucher umsteigen, und erhöht den Druck auf Unternehmen, höhere Sorgfalt bei der Beschaffung walten zu lassen. Beispielsweise erwarten die Verbraucher sowie die NGOs in verstärktem Maße von Unternehmen, Richtlinien zur verantwortungsvollen Beschaffung einzuführen und zur Wirkung dieser Strategien Bericht zu erstatten.

Mangelnder Schutz für die indigene Bevölkerung verhindert die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten

Die indigene Bevölkerung Indonesiens ist Landnahmen, die oft von staatlichen Sicherheitskräften unterstützt werden, ausgesetzt. Indonesien verfügt über eines der weltweit größten Vorkommen an Metallen und Mineralien und ist aufgrund der ständig steigenden Nachfrage nach natürlichen Ressourcen weltweit immer häufiger mit Landkonflikten konfrontiert. Die nationale Gesetzgebung, einschließlich der Verfassung, gibt dem Staat die Macht, Land zu enteignen und Rohstoffe zum Wohl der Menschen zu gewinnen, ohne dass eine vorherige Zustimmung (Free Prior and Informed Consent, FPIC) erforderlich ist. Infolgedessen hat der Staat im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung Landbesitzer enteignet, wobei schutzbedürftigen Gemeinschaften wirksame Hilfe oder Entschädigung versagt blieb.

Darüber hinaus behindert die Regierung weiterhin die Umsetzung eines Urteils des Verfassungsgerichts von 2013, das die Definition von indigenem Land im Forstgesetz aus dem Jahr 1999 revidierte. Durch dieses Gerichtsurteil wird erstmalig zwischen traditionell von der indigenen Bevölkerung genutzten Wäldern und staatlichen Forstgebieten unterschieden. Die Regierung sträubt sich jedoch gegen die Umsetzung des Urteils, da es geplante kommerzielle Projekte und Entwicklungsvorhaben erschwert.

Mangelnder staatlicher Schutz der Landrechte der indigenen Bevölkerung verkompliziert die Anstrengungen von Unternehmen, eine gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten zu erhalten. Nationale Gesetze schützen die Landrechte von Einzelnen nicht ausreichend. Dies und die staatliche Duldung von Verletzungen des Landrechts, insbesondere das der indigenen Bevölkerung, macht es für Unternehmen schwerer, Landrechte und die Rechte der indigenen Bevölkerung zu achten. Die Unternehmen sind nicht dazu verpflichtet, die Bevölkerung in die Planung von Entwicklungsprojekten miteinzubeziehen.

Dies kann die Unterlassung von unabhängig ausgeübten Sorgfaltsprüfungen zur Folge haben und Risiken und negative Auswirkungen, wie beispielsweise die Beteiligung an Verletzungen der Rechte der indigenen Bevölkerung, mit sich bringen. Durch die unzureichende Einbeziehung der Bevölkerung können die Auswirkungen der eigenen Betriebstätigkeiten auf die individuellen Rechte und Lebensgrundlagen nicht vollständig eingeschätzt werden. Das Fehlen etablierter Verfahren zur Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in Indonesien hindert Unternehmen daran, die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten zu erlangen.

Institutionalisierte und endemische Korruption hemmt die Umsetzung von sozioökonomischen Rechten

Korruption bleibt eine wesentliche Herausforderung bei Geschäftstätigkeiten und birgt hohe rechtliche Risiken und Reputationsrisiken für ausländische Unternehmen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass ausländische Firmen sich mit Bestechungs- und Schmiergeldforderungen auseinander setzen müssen, um Lizenzen zu erhalten und staatliche Beschaffungsverträge abzuschließen. Insbesondere Bergbauprojekte, einschließlich Kleinbergbau, stehen häufig mit rechtswidrigen Praktiken in Verbindung, üblicherweise in Bezug auf Zugangsrechte für Land, die sich dann negativ auf die lokale Bevölkerung auswirken. Im September 2014 beschuldigte Indonesiens Anti-Korruptions-Kommission (Corruption Eradication Commussion) den Minister für Energie und Bergbau, zwischen 2011 und 2013 9,9 Milliarden IDR (865.000 USD) auf illegalem Weg erhalten zu haben. Des Weiteren ergab eine unter Führungskräften durchgeführte und in den Global Competitiveness Report 2013-2014 des World Economic Forum aufgenommene Umfrage, dass Korruption das größte Problem bei Geschäftstätigkeiten in Indonesien darstellt.[71]

Die engen Beziehungen zwischen Führungspersönlichkeiten in Geschäftswelt und Politik führen häufig zu Interessenkonflikten und unmoralischen Geschäftspraktiken. Etablierte örtliche Unternehmen pflegen oft enge persönliche Beziehungen zu den für die Linzenzvergabe zuständigen Beamten. Diese engen Verbindungen zwischen Politik und Geschäftswelt bedeuten üblicherweise besondere Vorteile bei Auftragsausschreibungen. Der Kampf gegen Korruption war ein wichtiges Thema bei der Wahlkampagne 2014 und die aktuelle Regierung unter Präsident Jokowi hat sich der Bekämpfung der Korruption verpflichtet. Ungeachtet dessen ist es durch den hohen Einfluss von Korruption in geschäftlichen und politischen Netzwerken unwahrscheinlich, dass sich die Situation in der nahen Zukunft verändern wird.

Aufgrund weit verbreiteter Korruption ist es unwahrscheinlich, dass die Einnahmen durch ausländische Investitionen gerecht verteilt werden, wodurch die sozioökonomische Entwicklung behindert wird. Die Interessen von Privatpersonen und Unternehmen werden von der Regierung über die Rechte der betroffenen Bevölkerung gestellt, wodurch Landkonflikte gefördert werden. Es wird geschätzt, dass der Verlust an Lizenzgebühren und Pachtzinsen im Bergbausektor zwischen 2002 und 2011 nahezu 600 Millionen USD betrug.[72] Durch das Abschöpfen des Rohstoffreichtums fehlen Indonesien finanzielle Mittel für den Gesundheits- und Bildungssektor sowie für andere soziale Dienste. Dadurch werden die langfristigen Aussichten auf gerechte und nachhaltige Entwicklung untergraben.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Angesichts der Komplexität und Fragmentierung der Wertschöpfungskette der Metallindustrie, insbesondere hinsichtlich der Rückverfolgbarkeit, identifizieren die folgenden Empfehlungen strategische Punkte in der Lieferkette, an denen deutsche Unternehmen ansetzen können:

Dialog mit indonesischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Der Dialog mit lokalen NGOs kann die Risiken in Bezug auf Menschenrechte senken und Möglichkeiten für soziale Investitionen unterstützen. Unternehmen, die in Indonesien tätig sind oder von dort Materialien beziehen, können mit Partnern vor Ort zusammenarbeiten, um Einzelpersonen oder Gemeinschaften, die an der Bergbauindustrie beteiligt oder davon betroffen sind, zu unterstützen. Der Dialog mit NGOs vor Ort und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen kann den FPIC-Prozess unterstützen. Demzufolge werden die Risiken von Verletzungen der Landrechte und der Rechte der indigenen Bevölkerung gesenkt. Viele Bevölkerungsgruppen erheben Anspruch auf den lokalen Rohstoffreichtum und betreiben selbst Kleinbergbau. Dies führt häufig zu Konflikten mit Bergbauunternehmen. Durch die relativ hohen Löhne im Kleinbergbau lassen sich die illegal operierenden Bergleute nicht von den Gesundheits- und Sicherheitsrisiken und ökologischen Gefahren abschrecken.

Daher ist es für Unternehmen ratsam, mit NGOs und Behörden vor Ort zusammenzuarbeiten, um rechtlich abgesicherte Lizenzen für im Kleinbergbau tätige Personen zu erlangen oder mit größeren Bergbauunternehmen zu kollaborieren. Diese Vorgehensweise hilft, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken zu senken und die ökologische Verantwortung sowie verantwortungsbewusste Bergbaupraktiken zu fördern.

Potenzielle Partner

Yayasan Tambuhak Sinta (YTS)

Die 1997 gegründete indonesische Organisation YTS wird von Kalimantan Gold – einem Mineralexplorationsunternehmen finanziert. Kalimantan Gold wollte sicherstellen, dass Indonesiens Rohstoffreichtum gerecht unter der lokalen Bevölkerung verteilt wird. YTS arbeitet mit Dorfgemeinschaften in der Umgebung des Explorationsgebiets von Kalimantan Gold zusammen, um eine auf die Menschen ausgerichtete Entwicklung unter Berücksichtigung von Gesundheit, Bildung und Lebensunterhalt zu fördern.

YTS beweist die Wirksamkeit von Partnerschaften zwischen der Privatwirtschaft und NGOs und bietet anderen Unternehmen ein gutes Modell zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklung und zum Erlangen einer gesellschaftlichen Legitimation für betriebliche Tätigkeiten.

http://www.tambuhaksinta.com/

UN Global Compact (UNGC) Indonesia

UNGC ist seit 2006 in Indonesien tätig. Mit über 110 Teilnehmern am Netzwelrk spielt UNGC Indonesia eine zunehmend wichtige Rolle bei der Unterstützung von Unternehmen, die sich zur Integration von Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit bei ihren betrieblichen Tätigkeiten und Strategien verpflichtet haben. UNGC Indonesia hält Multi-Stakeholder-Veranstaltungen ab, auf denen Unternehmen Kontakte knüpfen sowie Best Practices austauschen können.

https://www.unglobalcompact.org/NetworksAroundTheWorld/local_network_sheet/ID.html

Fallstudie

Lenovo entwickelt eine Beschaffungsrichtlinie für Zinn aus Indonesien.

Im März 2014 hat Lenovo als Antwort auf NGO-Kampagnen gegen Firmen, die Zinn von den Inseln Banga und Belitung beziehen, eine Richtlinie zur Zinnbeschaffung aus Indonesien eingeführt. Lenovo beschafft Zinn nicht direkt von den Inseln, aber räumt ein, dass dieses Metall in der Lieferkette enthalten ist. Darum verpflichtet sich das Unternehmen zur Zusammenarbeit mit seinen Lieferanten in der gesamten Lieferkette, um sicherzustellen, dass Metalle verantwortungsbewusst beschafft und die damit verbundenen Umweltrisiken reduziert werden.[73]

Entwicklung einer verantwortungsbewussten Beschaffungsrichtlinie

Unternehmen, die Metalle und Mineralien aus Indonesien beziehen, sollten eine verantwortungsbewusste Beschaffungsrichtlinie schaffen, die die Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten, Umweltbestimmungen sowie ethischen Richtlinien klar definiert. Eine verantwortungsbewusste Beschaffungsrichtlinie kann dabei helfen, die Rückverfolgbarkeit von Rohstoffen in der gesamten Lieferkette zu gewährleisten. Diese Richtlinie sollte auf alle Lieferanten angewendet werden. Um sicherzustellen, dass sich Lieferanten an diese halten, sollten die Unternehmen die Einbeziehung einer Compliance-Klausel in den Vertrag in Betracht ziehen..

Zusammenarbeit mit Lieferanten, um die Einhaltung der verantwortungsbewussten Beschaffungsrichtlinie zu fördern

Unternehmen sollten eng mit Lieferanten zusammenarbeiten, um die menschenrechtlichen, gesellschaftlichen und umweltbezogenen Risiken, die mit der Beschaffung von Metallen aus Indonesien in Verbindung stehen, zu senken. Unternehmen sollten die Entwicklung eines Verhaltenskodex für Lieferanten in Betracht ziehen, in der die Erwartungen an Lieferanten bei der Beschaffung von Metallen und Mineralien aus Indonesien umrissen werden. Da die Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen, die Metalle aus Indonesien beziehen, hoch sind, können sie zur Unterstützung der Implementierung der verantwortungsbewussten Beschaffungspolitik und des Verhaltenskodex mit den Lieferanten zusammenarbeiten.

Diese Zusammenarbeit kann z. B. die Schulung von MitarbeiterInnen im Einkauf oder die Entwicklung eines Leitfadens zur Unterstützung der an der verantwortungsbewussten Beschaffung beteiligten Personen umfassen. Fortlaufende Nachverfolgung und Überwachung aller Lieferanten (nicht nur der First-Tier-Lieferanten) durch Selbstbewertungsfragebögen, Besuche vor Ort und Sanierungsprogramme sind ebenfalls bewährte Maßnahmen.

Zusammenarbeit mit Industriegruppen, um das Rahmenwerk zu verantwortungsbewusster Beschaffung zu beeinflussen

Multi-Stakeholder-Initiativen fördern die Effizienz und Transparenz innerhalb der Lieferketten. Die Zusammenarbeit mit Industriegruppen, um die mit Metallen und dem Bergbau in Indonesien verbundenen komplexen Risiken sowie den örtlichen Kontext für betriebliche Tätigkeiten zu verstehen, unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung kollektiver Strategien zur Vermeidung dieser Risiken. Die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten maximiert den Einfluss, den Unternehmen auf die staatlichen und lokalen Behörden haben können, um die mit der Metallindustrie verbundenen menschenrechtlichen, gesellschaftlichen und umweltbezogenen Risiken anzugehen.

Potenzieller Partner

Indonesian Tin Working Group (ITWG)

Die Sustainable Trade Initiative hat gemeinsam mit der Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC) und Friends of the Earth die ITWG gegründet. Die ITWG unterstützt Unternehmen beim Umgang mit den umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen der Zinnförderung auf den Inseln Bangka und Belitung. Teilnehmende Firmen sind z. B. Apple, BlackBerry, LG Electronics, Philips, Samsung und Sony – all diese Firmen unterstützen ihre Lieferanten dabei, Zinn auf nachhaltige Art und Weise zu beschaffen. Nachdem der Zinn-Sektor auf den Inseln intensiv begutachtet wurde, empfiehlt ITWG die Einbeziehung lokaler Akteure bei der Priorisierung von Maßnahmen zur Erzielung einer nachhaltigen Zinnindustrie.

2.3 Import von Metallen aus der Türkei

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	38	↗	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	111	→	Hoch
Menschliche Sicherheit:	51	↗	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	131	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	113	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	135	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	29	↗	Hoch
Innere Unruhen:	37	↗	Hoch
Energiesicherheit:	101	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	123	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	79	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Überblick

Die weitere Stärkung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei hängt von der Entwicklung der Demokratie in der Türkei, einschließlich dem verbesserten Schutz der zivilen und politischen Rechte und der Arbeitsstandards, ab. Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich die Türkei zu einem wichtigen Handelspartner für Deutschland entwickelt; 2013 war die Türkei Deutschlands fünftgrößter Handelspartner außerhalb der EU und schaffte es weltweit auf Platz siebzehn.[74] Trotz des Wachstums des türkisch-deutschen Handels wurde die Stärkung des bilateralen Handels durch die politischen Differenzen und die stagnierenden Beziehungen zwischen der Türkei und der EU geschwächt. Bundeskanzlerin Merkel verurteilte insbesondere die gewalttätigen Handlungen der Polizei während der Proteste im Gezi-Park 2013 stark. Die Importe Deutschlands aus der Türkei haben sich von 2001 bis 2011 zwar verdoppelt, sind aber von 2011 bis 2012 aufgrund der Wirtschaftskrise um 6 % gesunken und erholten sich 2013 nur leicht.[75]

Der Import von Metallen aus der Türkei wird weiter ansteigen, um die wichtigen deutschen Wirtschaftszweige, wie z. B. die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Elektrobranche und die Präzisionstechnik, zu unterstützen. Die deutschen Metallimporte aus der Türkei stiegen zwischen 2009 und 2013 um 74 %. Besonders bei Kupfer (80 %), Nickel (85 %), Blei (84 %) und Basismetallen (89 %) war ein starkes Wachstum erkennbar. Waren aus Eisen und Stahl, Aluminium sowie Kupfer machen den größten Anteil der türkischen Exporte nach Deutschland aus und stellen 7,4 % der deutschen Gesamtimporte aus der Türkei dar.

Die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in der Türkei erhöht die Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen, die Metall aus der Türkei importieren. Auch wenn die Türkei ein relativ stabiles Geschäftsumfeld bietet, zeigen die andauernden Verletzungen der zivilen und politischen Rechte durch Regierung und Sicherheitskräfte eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Darüber hinaus ist auch Korruption weit verbreitet. Dies verursacht besonders beim Umgang mit Beamten, einschließlich Arbeitsinspektoren, hohe Reputationsrisiken und rechtliche Risiken. Endemische Korruption erhöht den Druck auf Unternehmen, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen, damit sie die internationalen Menschenrechte und Normen zum Arbeitsrecht einhalten. Des Weiteren bewirken die durch staatliche Akteure verübten Verletzungen der Menschenrechte, dass es Unternehmen schwerer fällt, die Menschenrechte in der Türkei zu achten.

Foto: Bergleute der Karadeniz Eregli Armutlu Mine. Bildquelle: canonIm/Flickr

Unternehmen, die Metalle und Bergbauprodukte aus der Türkei importieren, sind in allen Produktionsphasen mit Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards konfrontiert. Spezifische menschenrechtliche Risiken in der türkischen Metall- und Bergbauindustrie umfassen schlechte Gesundheits- und Sicherheitsstandards, übermäßige Gewaltanwendung der staatlichen Sicherheitskräfte und akuten Wassermangel bei Bevölkerungsgruppen, die in unmittelbarer Nähe zu Bergbauanlagen leben.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards in Bergbauanlagen und Steinbrüchen sind weiterhin äußerst schlecht

Die miserable Sicherheitsbilanz von türkischen Minen bleibt für ausländische Unternehmen, die Metalle und Bergbauprodukte beziehen, ein primäres Reputations- und Betriebsrisiko. Die Türkei ist weltweit das drittgefährlichste Land für Bergleute: Zwischen 1991 und 2008 starben bei Grubenunglücken 2500 Bergarbeiter; 13.000 trugen bleibende Behinderungen davon. 2013 hatten 73.000 Beschäftigte in der mineralgewinnenden Industrie beruflich bedingte Unfälle und Erkrankungen.[76]

Am 13. Mai 2014 starben bei dem schwersten Grubenunglück in der neueren Geschichte der Türkei – einer Explosion in einer Kohlengrube in Soma – 396 Bergarbeiter. Dieser Vorfall und die nachfolgende Untätigkeit der Behörden führten zu starker öffentlicher Kritik, umfassender Berichterstattung in den Medien und der Verurteilung der Arbeitsaufsichtsbehörde durch verschiedene NGOs. Die allgemeine Unzufriedenheit zeigte sich in Form von ausgedehnten Betriebsunterbrechungen, als Bergleute in der ganzen Türkei an Protesten für bessere Arbeitsbedingungen und zur Unterstützung der Opfer in Soma teilnahmen.

Die Sicherheit am Arbeitsplatz wird sich höchstwahrscheinlich aufgrund unzureichender Ausbildung der Arbeitsinspektoren und mangelndem Durchgreifen bei Verletzungen des Arbeitsrechts in der nahen Zukunft nicht verbessern. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten und Ressourcen der Arbeitsaufsichtsbehörde werden die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften nur unzureichend durchgesetzt. Darüber hinaus werden ungelernten Arbeitskräften nur selten Gesundheits- und Sicherheitsschulungen angeboten. Diese Situation wird durch relativ geringe Geldstrafen für Verletzungen des Arbeitsrechts weiter verschärft; die Strafen bei Nicht-Einhaltung reichen von TRY 1.000 (471 USD) bis TRY 80.000 (37.682 USD).[77]

Die weit verbreitete Bestechung und Korruption in der für die Durchsetzung der Geldstrafen verantwortlichen Arbeitsaufsichtsbehörde lässt darauf schließen, dass in der Türkei operierende Unternehmen auf lange Zeit Verletzungen des Arbeitsrechts ausgesetzt sein werden, auch wenn die Regierung wiederholt eine Verbesserung der Standards in Aussicht gestellt hat.

Langfristig gesehen wird die Sicherheit am Arbeitsplatz möglicherweise verbessert, da die Türkei strengere Richtlinien eingeführt hat und dazu bereit ist, den Vertrag für Sicherheit und Gesundheitsschutz im Bergbau der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu unterschreiben. Das Gesetz für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz von 2012 führte neue Bestimmungen ein, die MitarbeiterInnen ein größeres Mitspracherecht hinsichtlich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz geben sollen. Diese Bestimmungen werden zwischen 2014 und 2016 umgesetzt. Es besteht jedoch Zweifel an ihrer unmittelbaren Wirksamkeit. Darüber hinaus gab das Arbeitsministerium dem nationalen und internationalen Druck nach, der aufgrund des Grubenunglücks in Soma im Mai 2014, bei dem 396 BergarbeiterInnen starben, entstanden war: Das Ministerium gab am 23. September 2014 bekannt, die IAO-Konvention 176 zur Sicherheit und Gesundheit in Bergwerken unterzeichnen zu wollen.

Einschränkungen des Rechts auf Kollektivverhandlungen untergraben Verbesserungen im Gesundheits- und Sicherheitssektor

Prinzipiell erlaubt die türkische Verfassung zwar Streiks, aber aufgrund von verfassungsrechtlichen Beschränkungen können Behörden die ArbeitnehmerInnen bei der Ausübung dieses Rechts einschränken. Artikel 54 der Verfassung verbietet Streiks, die zur gesellschaftlichen Instabilität beitragen oder die Wirtschaft schädigen könnten. Dieser Artikel wird häufig von der Regierung benutzt, um rechtmäßige gewerkschaftliche Aktivitäten zu untergraben. Auch wenn regionale Bergbaugewerkschaften in der Vergangenheit Proteste und Streiks organisieren konnten, ist es doch vorstellbar, dass bei künftigen, von den Gewerkschaften wegen der Arbeitsbedingungen durchgeführten Streiks, dieser Artikel angewendet wird. Solche Einschränkungen des Rechts auf Kollektivverhandlungen hemmen den Fortschritt bei der Verbesserung der Arbeitsstandards im Bergbausektor.

Die Reputationsrisiken für deutsche Unternehmen werden durch die eventuelle Assoziation mit übermäßigem Einsatz von Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte oder Regierungsbeamte bei Arbeitsrechtsprotesten erhöht. Die Polizei setzte im Mai 2014 bei Demonstrationen für verbesserte Sicherheit im Bergbau in Soma Tränengas, Plastikgeschosse und Wasserwerfer ein, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Zur selben Zeit wurden in den Medien Fotos veröffentlicht, die zeigen, wie Premierminister Erdogan einen Mann schubst und Erdogans Berater Yusuf Yerkel auf einen am Boden liegenden Demonstranten eintritt. Am 23. Mai 2014 wurde berichtet, dass zwei Demonstranten bei den Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei getötet wurden. Einschränkungen des Rechts auf Kollektivverhandlungen erhöhen die betrieblichen Risiken, vor allem in Bezug auf Betriebsunterbrechungen, und hemmen außerdem den konstruktiven Dialog zwischen ArbeitnehmerInnen und den Arbeitgebern zur Verbesserung der Arbeitsrechte und des Arbeitsschutzes.

Bergbauprojekte haben weitreichende negative Auswirkungen auf lokale Bevölkerung

Toxische Abwässer aus dem Bergbau und der Metallverarbeitung stellen wesentliche umweltbezogene, sozioökonomische und gesundheitliche Risiken für die lokale Bevölkerung dar. In türkischen Minen ist es allgemein üblich, Zyanid zur Extraktion und Verarbeitung von Silber und anderen Metallen einzusetzen. Gerät Zyanid in das Grundwasser, wie z. B. 2011 und 2012 in der Eti-Silbermine in Tavsanli, sind die Grundwasserreserven stark gefährdet, da die Verseuchung hohe Gesundheitsrisiken verursacht. Die Wasserverschmutzung trägt auch zum Verlust der biologischen Vielfalt bei, verändert das Ökosystem und zwingt lokale Bevölkerungen zur Umsiedlung, falls ihre Lebensgrundlagen (z. B. Fischfang und Landwirtschaft) bedroht werden.

In der Provinz Kirka wurde im Oberflächen- und Grundwasserabstrom eine erhöhte Konzentration des chemischen Elements Bor festgestellt. In Kirka befindet sich eine der weltgrößten Lagerstätten von NA-Borax, einem organischem Mineral, das für Reinigungsmittel, Kosmetika und Emaille benutzt wird. Während natürliches Bor an sich für Menschen nicht besonders schädlich ist, können hohe Konzentrationen landwirtschaftliche Nutzpflanzen schädigen und so den Lebensunterhalt der ländlichen Bevölkerung bedrohen. Da die Seyitgazi-Ebene großteils mit Wasser aus der Kirka-Provinz bewässert wird, wirkt sich die Qualität des Grundwassers direkt auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten der nahe des Grundwasserabstroms der Mine lebenden Bevölkerungsgruppen aus.

Der Bau von Wasserkraftprojekten, die für die wasserintensiven Bergbau- und Metallindustrien von wesentlicher Bedeutung sind, könnte starke negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung haben. Ein Beispiel ist der Bau des 1.200-MW-Ilisu-Staudamms 97 km südlich von Hasankeyf am Fluss Tigris im Südosten der Türkei. Der Bau wurde 2012 aufgenommen und das Kraftwerk soll 2 % des türkischen Elektrizitätsbedarfs decken.

Das Projekt stieß aufgrund der möglichen Schäden für die Umwelt und sich in der Gegend befindende Kulturdenkmäler auf starken Widerstand seitens nationaler und internationaler Umweltgruppen und der lokalen Bevölkerung. Durch den Staudamm verlieren 78.000 Menschen ihren Wohnort und archäologische Ausgrabungsstätten sowie die antike Stadt Hasankeyf werden überflutet. Außerdem könnte die Wassermenge und -qualität des Tigris, der nach Syrien und in den Irak fließt, verringert werden. Dadurch wird das Risiko für Dürreperioden sowie politische Spannungen zwischen der Türkei und den flussabwärts liegenden Ländern erhöht.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Unterstützung von Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit für Bergleute

Angesichts der starken Mängel bei Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit in der Türkei könnten deutsche Importeure und Entwicklungsorganisationen türkische Unternehmen unterstützen, indem Kapazitäten aufgebaut und Schulungen zu Gesundheits- und Sicherheitsstandards bereitgestellt oder finanziert werden. Viele Unfälle in türkischen Minen geschehen nicht nur aufgrund der ungenügenden rechtlichen Anforderungen, sondern auch, weil ungelernte ArbeitnehmerInnen in gefährlichen Arbeitsumgebungen ohne ausreichende Sicherheitsschulungen arbeiten. Einzelne Belege deuten darauf hin, dass die Gewerkschaftszugehörigkeit relativ gering ist, und die Metallgewerkschaften bestätigen, dass die Mitgliederzahlen gefallen sind. Der geringe Grad an Gewerkschaftszugehörigkeit entzieht vielen ungelernten ArbeiternehmerInnen eine wichtige Quelle für Weiterbildungen. Schulungen könnten durch bestehende Berufsvereinigungen im Metallsektor, wie z. B. die Istanbul Minerals and Metals Exporters Association, bereitgestellt werden. Allerdings müssten diese sowohl für Gewerkschaftsmitglieder als auch für Nichtmitglieder verfügbar gemacht werden.

Potenzielle Partner

Türkischer Metallverband

Der türkische Metallverband – Turk Metal Sendikasi – wurde 1963 als türkische Metallarbeitergewerkschaft gegründet. Im Laufe der letzten Jahre wuchs sie zu einer der größten Metallarbeitergewerkschaften des Landes und hat mittlerweile 151.000 Mitglieder. Alleine in den letzten drei Jahren sind 26.500 neue Mitglieder der Turk Metal Sendikasi beigetreten. Die Gewerkschaft bietet MetallarbeiterInnen in der Automobil- und Elektronikindustrie sowie im Eisen- und Stahlsektor Fremdsprachenkurse und Unterstützung bei der Kindererziehung.

http://www.turkmetal.org.tr/anasayfa

Gewerkschaft der Metallarbeiter

Die Metallarbeitergewerkschaft (Birlesik Metal-Is Sendikası) wurde ursprünglich 1947 unter dem Namen Maden-Is Sendikası'dır gegründet und ist die türkische Schwestergesellschaft des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB). Birlesik Metal-Is stand zwischen 2008 und 2012 im Fokus der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, da 378 Mitglieder aufgrund ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit von ihrem Arbeitgeber Sinter Metal, ein türkischer Hersteller von Sintermetallen und Keramik, gekündigt wurden.[78]

http://www.birlesikmetal.org/

Istanbul Minerals and Metals Exporters' Association

Die Istanbul Minerals and Metals Exporters' Association (IMMIB) ist eine Berufsvereinigung, die 22.000 Mitglieder im Exportsektor für Mineralien und Metalle unterstützt. Die IMMIB fasst sechs Verbände zusammen, einschließlich der Istanbul Ferrous and Non-Ferrous Metals Exporters' Association und der Steel Exporters' Association, die speziell für verschiedene Industrien im Bereich Metalle und Mineralien zuständig sind.

http://www.immib.org.tr/en/default.asp

Dialog mit betroffenen Bevölkerungsgruppen

Da Großprojekte von Anforderungen hinsichtlich der Beurteilung von möglichen Umweltschäden und sozialen Auswirkungen ausgenommen sind, erhöht sich das Risiko umweltschädlicher Praktiken, die sich negativ auf die lokale Bevölkerung auswirken könnten. Unternehmen, die Metalle und Mineralien von Großprojekten in der Türkei importieren, sollten sicherstellen, dass die Beurteilung von Umwelt- und Sozialrisiken innerhalb ihrer erweiterten Lieferkette durchgeführt wird, selbst wenn dies nicht durch nationale Gesetze vorgeschrieben wird. Deutsche Firmen, die direkt in türkische Minen und Metallverarbeitungsanlagen investieren, sollten die vertragliche Einbindung von unabhängigen Gutachtern in Betracht ziehen, damit die Erstellung einer unvoreingenommenen Beurteilung sichergestellt wird.

Beispiel einer unabhängigen Expertin für Umweltprüfung bei türkischen Projekten ist Teresa Demirkanli, die aktuell Vorstandsmitglied der Ozgul GROUP ist. Frau Demirkanli hat in der letzten Zeit Sorgfaltspflichtprojekte für die Weltbank, die Internationale Finanz-Corporation (IFC) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) durchgeführt.

Fallstudie

EBWE gibt eine unabhängige Studie zur Beurteilung von Umwelt- und Sozialrisiken in Auftrag

Viele Unternehmen, die in türkische Minenprojekte investieren, setzen bereits unabhängige technische Berater ein, um sicherzustellen, dass Umwelt- und Sozialrisiken sorgfältig beurteilt werden, bevor Material aus der Türkei bezogen oder in den türkischen Metallsektor investiert wird. Die EBWE beauftragte beispielsweise einen unabhängigen Berater mit einer sorgfältigen Bewertung von Umweltrisiken und sozialen Auswirkungen des ALPASLAN II Dam Hydro-Projekts, das die EBWE mit einem Kredit von 550 Millionen TRY (242 Millionen USD) unterstützen will.[79]

Das Staudammprojekt erhielt vor kurzem nach einem lokalen Verfahren zur Bewertung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit die erforderliche Genehmigung, woraufhin die Arbeit an dem Standort aufgenommen wurde. Im Einklang mit internationalen Standards und bewährten Verfahren hat die EBWE außerdem einen unabhängigen Sachverständigen beauftragt, den Inhalt der bestehenden Bewertung der Umweltverträglichkeit zu verifizieren, wobei lokale Interessengruppen einbezogen werden sollen. Zusätzlich wurde ein Mechanismus für projektbezogene Beschwerden eingeführt, damit von lokalen Gemeinschaften und Einzelpersonen vorgebrachte Beschwerden unabhängig begutachtet werden können.

3. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Import von Öl und Gas

Die für Deutschland bedeutendsten Herkunftsländer für Öl und Gas im Jahr 2013 befanden sich alle in Europa und haben seit 2009 einen starken Anstieg der Exporte nach Deutschland verzeichnet (der Wert der Öl- und Gasimporte aus Russland ist um 75 % gewachsen, aus den Niederlanden um 141 %, aus dem Vereinigten Königreich um 26 %, aus Norwegen um 19 % und aus Belgien um 103 %). Zu den Ländern, die seit 2009 ein starkes Wachstum von Öl- und Gasexporten nach Deutschland verzeichnen konnten, gehören Finnland (+724 %), Irak (+390 %), Kuwait (+314 %), Nigeria (+263 %) und Algerien (+195 %). Viele Länder, die wachsende Handelsmöglichkeiten für deutsche Öl- und Gasimporteure bieten, stellen jedoch auch hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar, darunter Irak, Nigeria, Ägypten, Angola und Kolumbien.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Öl und Gas aus folgenden Ländern importieren:

1. Angola (Seite 41)

2. Kolumbien (Seite 46)

3. Kasachstan (Seite 51)

Foto: Ölfeld in Kasachstan

3.1 Import von Öl und Gas aus Angola

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	75	→	Hoch
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	48	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	54	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	33	↘	Hoch
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	24	→	Extrem
Korruptionsrisiko:	21	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	11	→	Extrem
Konflikte und Politische Gewalt:	69	↗	Mittel
Innere Unruhen:	61	→	Hoch
Energiesicherheit:	134	↗	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	28	↘	Hoch
Wasserversorgungssicherheit:	65	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Trotz gestärkter wirtschaftlicher Beziehungen spielt Deutschland keine bedeutende Rolle in Angolas Öl- und Gassektor. Der Wert der Importe nach Deutschland (Angolas Exportpartner Nr. 13) betrug im Jahr 2013 624 Millionen USD, wobei die Erdölimporte 621 Millionen USD ausmachten.[80] Tatsächlich importiert Deutschland fast ausschließlich Erdöl, Erdgas und Erdölerzeugnisse aus Angola.[81] Die deutsch-angolanischen Beziehungen sind während der letzten Jahre enger geworden. Beim Besuch von Bundeskanzlerin Merkel im Juli 2011 wurde eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern unterzeichnet, wodurch deutsche Unternehmen besseren Zugang zum angolanischen Markt erhalten.[82] Die vertieften bilateralen Beziehungen zeigten sich kürzlich beim deutsch-angolanischem Wirtschaftsforum, das im Juni 2013 in Angola stattfand. Dort wurden aktuelle Projekte und Investitionsmöglichkeiten besprochen.[83]

Jedoch machte das Bündnis zwischen beiden Ländern aufgrund der Hürden für ausländische Investoren nur langsam Fortschritte. Zum Beispiel müssen Unternehmen mindestens 750.000 € (944.197 USD) investieren – eine Summe, die für viele kleine und mittelständische Unternehmen aus Deutschland ein großes Hindernis darstellt.[84]

Der angolanische Erdöl- und Erdgassektor wird weiterhin das Wirtschaftswachstum antreiben, wodurch sich bedeutende Geschäftsmöglichkeiten für Investoren ergeben. Angolas Wirtschaft wird vom Rohstoffsektor dominiert. 2012 machten die Erdöleinnahmen 80 % des gesamten Steueraufkommens, 90 % der Exporte und 50 % des BIP aus.[85] Angola ist nach Nigeria Afrikas zweitgrößter Ölproduzent mit einer Produktion von 1,78 Millionen Barrel pro Tag (Stand Juli 2013). Die deutschen Erdöl- und Erdgasimporte aus Angola haben sich von 2012 auf 2013 fast verdoppelt, wobei der Wert der Erdölimporte von 337 Millionen USD im Jahr 2012 auf 621 Millionen USD im Jahr 2013 gestiegen ist.[86]

Es wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum mittelfristig stark bleibt, solange die Ölpreise auf dem jetzigen Stand bleiben oder steigen. Doch trotz des starken Wirtschaftswachstums hat es die Regierung bis heute nicht geschafft, die Erdöleinnahmen für eine greifbare sozioökonomische Entwicklung zu nutzen.

Foto: Ölplattform in Angola. Bildquelle: darksida/Flickr

Da mittels des Ölreichtums keine parallele sozioökonomische Entwicklung generiert werden konnte, steigen die Reputationsrisiken für Unternehmen langfristig. Trotz des gesunden Wirtschaftswachstums ist Armut in Angola als Ergebnis eines drei Jahrzehnte andauernden Bürgerkriegs sowie sozialer Ungerechtigkeit und Korruption weit verbreitet. Das Wohlstandsgefälle in Angola ist sehr hoch. Weltweit ist Angola eines der Länder, in dem Einkommen extrem ungleich verteilt sind. Das Land weist einen Gini-Koeffizienten von 0,59 (wobei Null die perfekte Gleichheit darstellt) auf und liegt damit gleichauf mit Kolumbien (0,59) und Brasilien (0,58).[87] Wenn die Erdöl- und Erdgasaktivitäten den lokalen Kommunen keinen Nutzen bringen, riskieren Unternehmen ihre gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten, z. B. weil Projekte vor Ort auf Widerstand stoßen. Risiken speziell in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards in Verbindung mit der angolanischen Erdöl- und Erdgasindustrie umfassen Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit und von Kollektivverhandlungen. Außerdem stellen schlechte und gefährliche Arbeitsbedingungen und unzureichend ausgebildete lokale Arbeitskräfte Risiken für Unternehmen dar.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen schützen die Rechte von Gewerkschaften nicht ausreichend

Es gibt einige kontroverse rechtliche und praktische Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit und von Kollektivverhandlungen. Diese Einschränkungen bestehen trotz der Ratifikation des IAO-Abkommens zum Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, sowie allgemeinen in der Verfassung verankerten Garantien. Laut dem Internationalen Gewerkschaftsbund ITUC haben ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft ein Recht auf Kollektivverhandlungen. Jedoch wird die Gründung von Gewerkschaften zur Durchführung dieser Verhandlungen von der Regierung häufig absichtlich verzögert.[88] Darüber hinaus schreibt das angolanische Gesetz vor, dass mindestens 30 % aller ArbeitnehmerInnen der jeweiligen Branche Mitglied sein müssen, damit eine neue Gewerkschaft gegründet werden kann. Dies stellt eine zusätzliche Einschränkung dar und macht es für ArbeitnehmerInnen schwierig, Kollektivverhandlungen zu führen.

Die Gründung von Gewerkschaften wird durch die Gesetzeslage wesentlich erschwert. Tatsächlich ist es in der Praxis für ArbeitnehmerInnen fast unmöglich, mehr als drei Gewerkschaften in einer Branche zu gründen.[89] Darüber hinaus werden aufgrund der Wichtigkeit der Erdölbranche für die Wirtschaft des Landes die Gewerkschaftsaktivitäten in der Öl- und Gasindustrie von den angolanischen Behörden genau überwacht. Einschränkungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung haben zur Folge, dass Beschwerden und Forderungen der Gewerkschaften in der Erdölindustrie fast nie in der Presse thematisiert werden.

Die Aktivitäten der Regierung zur Unterdrückung von Streiks verursachen hohe Reputationsrisiken für Öl- und Gasunternehmen, da ihnen eine Mitschuld an Arbeitsrechtsverletzungen gegeben werden kann. In der Praxis ist das Recht, Streiks durchzuführen, erheblich eingeschränkt, insbesondere im Erdöl- und Erdgassektor des Landes. Das Streikrecht wird häufig mittels Zwangsschlichtung verweigert. Infolgedessen werden Arbeitskonflikte häufig unterdrückt, ohne dass die Forderungen der ArbeitnehmerInnen berücksichtigt werden, wodurch erhöhte Spannungen am Arbeitsplatz entstehen können. Der Ministerrat kann die Beendigung eines Streiks anordnen, wenn dadurch der Frieden oder die nationale Sicherheit bedroht wird oder er eine Störung der öffentlichen Ordnung darstellt.

Fokus-Box

Regierung greift in Arbeitskämpfe ein

Laut dem amerikanischen Außenministerium greift die angolanische Regierung häufig in Arbeitskonflikte in der Ölindustrie ein, und zwar mit der Begründung, dass diese angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche die nationale Sicherheit bedrohen.[90] Im Oktober 2012 beispielsweise befragte ein Staatsanwalt in der im Nordwesten liegenden Stadt Soyo Besatzungsmitglieder der schwimmenden Produktions- und Lagereinheit FPSO Gimboa zur Teilnahme an einem Streik Anfang des Monats, bei dem sie bessere Arbeitsbedingungen, sichereren Transport und vollständige Auszahlung ihrer Löhne forderten. Der Streik wurde von der Rapid Intervention Police, einer Anti-Demonstrationseinheit, dem staatlichen Sicherheitsdienst und der Polizei beendet. 15 Personen wurden für ihre Beteiligung an dem Streik festgenommen.[91] Die Einschränkungen von Gewerkschaften im Rohstoffsektor können zu schlechten Arbeitsbeziehungen führen, was sich negativ auf das Verhältnis der beteiligten Interessengruppen auswirken kann.

Regelungen zu den Arbeitsbedingungen in der Offshore-Ölindustrie sind nicht ausreichend

Aufgrund des hohen Risikos von Berufsunfällen und der mangelnden Durchsetzung von Sicherheitsvorschriften müssen Öl- und Gasunternehmen Verantwortung zeigen und die internationalen Gesundheits- und Sicherheitsstandards durchsetzen. Die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften für die Erdölindustrie beruhen auf einem Dekret von 2009. Allerdings überträgt die Gesetzgebung die Verantwortung für Gesundheit, Hygiene und Sicherheit den Unternehmen. Laut der IAO-Konvention zur Arbeitsaufsicht, die von Angola ratifiziert wurde, muss das Land für alle industriellen Arbeitsplätze ein System zur Arbeitsinspektion betreiben, damit die Inspektoren die rechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und anderer Arbeitsrechte durchsetzen können.

Dennoch werden die Arbeitsrechts- und Arbeitsschutzgesetze nicht wirksam durchgesetzt. Häufig fürchten ArbeitnehmerInnen, dass das Einreichen einer Beschwerde ihre Anstellung gefährden könnte. Oftmals ziehen sie eine Arbeit unter gefährlichen Bedingungen der Arbeitslosigkeit vor.[92] Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Erdöl- und Erdgasindustrie haben zu Arbeitskampfmaßnahmen geführt. Zum Beispiel beteiligte sich im Oktober 2012 die Besatzung der schwimmenden Produktions- und Lagereinheit FPSO Gimboa an einem Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und sichereren Transportbedingungen.

Die Anforderung, einen bestimmten Anteil inländischer Arbeitskräfte anzustellen, kann den Facharbeitermangel verschärfen

Trotz der Anforderung, einen bestimmten Anteil inländischer Arbeitskräfte anzustellen, sind Angolas Arbeitskräfte unzureichend ausgebildet und es besteht ein Facharbeitermangel. Einschreibungen an Hochschulen in Angola liegen mit 7,5 % der Gesamtbevölkerung unterhalb des Durchschnitts von Subsahara-Afrika, der 8,1 % beträgt.[93] Auch wenn diese 7,5 % eine wesentliche Verbesserung gegenüber den 2,9 % von 2008 darstellen, so unterstreicht die geringe Anzahl an StudentInnen den Mangel an technisch ausgebildeten Arbeitskräften in Angola. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften schränkt die Arbeitsproduktivität ein. Aufgrund der hoch technologischen Natur der Erdölindustrie können die erforderlichen Fachkräfte nicht aus der lokalen Bevölkerung angeworben werden. Dadurch werden die Möglichkeiten des Sektors, zur formalen Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen, untergraben. Diese Situation besteht trotz einer Verordnung von 1995, die vorschreibt, dass 70 % der MitarbeitInnen eines Unternehmens Angolaner sein sollen. Dieses Gesetz wird jedoch nicht konsequent durchgesetzt. Falls die Durchsetzung verstärkt wird, kann dies aufgrund des Mangels an inländischen Fachkräften zu erhöhten Kosten führen, da angolanische ArbeiterInnen geschult und anstelle der bereits vorhandenen Belegschaft eingesetzt werden müssten. Investitionen von Unternehmen in die berufliche Bildung könnten eine langfristige Versorgung mit Fachkräften sicherstellen und Angolas Chancen auf eine umfassende nachhaltige Entwicklung auf gesellschaftlicher und menschlicher Ebene verbessern.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Die Gesetze, die die Anstellung eines bestimmten Anteils inländischer Arbeitskräfte vorschreiben, stellen eine Gelegenheit für soziale Investitionen dar

Investitionen von Unternehmen in die berufliche Bildung können eine langfristige Versorgung mit FacharbeiterInnen sicherstellen. Die Bedingungen von Production-Sharing-Verträgen verpflichten Öl- und Gasunternehmen, Beiträge zu sozialen Projekten wie Bildung oder Gesundheitsversorgung zu leisten. Das kann Unternehmen langfristig gesehen eine Gelegenheit bieten, die Anforderungen, einen bestimmten Anteil inländischer Arbeitskräfte anzustellen, zu erfüllen, indem inländische Arbeitskräfte ausgebildet werden und ihre Produktivität gesteigert wird. Darüber hinaus können Investitionen in die Berufsbildung die Chancen Angolas auf eine umfassende nachhaltige Entwicklung auf gesellschaftlicher Ebene verbessern. Investitionen in das Humankapital können Unternehmen außerdem dabei helfen, die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten sicherzustellen und das Risiko von lokalem Widerstand gegen Geschäftstätigkeiten zu senken. Dies ist in Angola ein wichtiger Punkt, da der wachsende Ressourcennationalismus und die andauernden Forderungen nach Stellen für lokale Arbeitskräfte zu Betriebsunterbrechungen geführt haben.

Die in Angola tätigen großen Erdöl- und Erdgaskonzerne haben auf den Mangel inländischer FacharbeiterInnen bereits mit Bildungsinitiativen und öffentlich-privaten Partnerschaften reagiert. Zum Beispiel hat BP Angola seit April 2007 die Hochschulbildung von über 100 Absolventen finanziert. BP bietet StudentInnen Stipendien für einen Master of Laws Degree (LLM) im Bereich Erdöl und Erdgas, einem voll anerkannten weiterführendem Studium, mit der juristischen Fakultät der Universidade Agostinho Neto als durchführendem Partner.[94]

Fokus-Box

Statoils Management- und Technologietransfer-Programm

Der private Erdöl- und Erdgassektor spielt bei der Entwicklung der Berufsbildung eine wichtige Rolle. Beispielsweise fördert Statoil die Entwicklung von öl- und gasbezogenen Fertigkeiten durch sein Management- und Technologietransfer-Programm, das angolanische Jugendliche dabei unterstützt, Master-Abschlüsse zu erlangen und eine berufliche Laufbahn in der Öl- und Gasindustrie des Landes einzuschlagen.[95] Statoil ging auch mit der Universidade Agostinho Neto in Luanda eine Partnerschaft ein, um die Anzahl der Einschreibungen an Hochschulen für erdölbezogene geo- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge zu steigern.[96] Die Entwicklung dieser spezialisierten Schulungsprogramme zielt darauf ab, mehr FacharbeiterInnen für Angolas Erdöl- und Erdgassektor auszubilden, damit das Land die Anforderungen seiner wachsenden Wirtschaft erfüllen kann.

Zusammenarbeit mit NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Umsetzung bewährter Verfahrensweisen

Die Zusammenarbeit mit NGOs kann die Risiken in Bezug auf Menschenrechte senken und die Nachhaltigkeit von Projekten stärken. In Angola tätige Öl- und Gasunternehmen können von strategischen Partnerschaften mit lokalen und internationalen NGOs zur Unterstützung der Bevölkerung und Einzelpersonen, die von Erdöl- und Erdgasaktivitäten betroffen sind, profitieren. Partnerschaften mit Organisationen der angolanischen Zivilgesellschaft können Erdölunternehmen, die im Land tätig werden, auch dabei helfen, bewährte Verfahren zu implementieren. Außerdem können lokale und internationale NGOs Unternehmen dabei unterstützen, im Zusammenhang mit Menschenrechten bestehende Risiken zu senken.

Mehrere Öl- und Gasunternehmen gingen Partnerschaften mit internationalen NGOs ein, um Programme zur gesellschaftlichen Entwicklung umzusetzen oder an Projekten zu arbeiten, die Unternehmen dabei unterstützen, die Durchsetzung bewährter Verfahrensweisen in Bezug auf die Menschenrechte sicherzustellen. Zum Beispiel arbeitet BP mit NGOs zusammen, um sicherzustellen, dass die vom Unternehmen finanziell unterstützten Programme „für die Bevölkerung effizient, nachhaltig und von Wert“ sind.[97] BP unterstützt in Partnerschaft mit der internationalen NGO RISE den Bau von Schulen in der Stadt Bocoio im Westen des Landes, um mehr Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen.[98]

Fokus-Box

Centro de Etica de Angola (CEA)

Centro de Etica de Angola (CEA), eine globale NGO zur Förderung der Geschäftsethik von nationalen und in Angola tätigen ausländischen Unternehmen, nimmt seit Dezember 2013 am UN Global Compact teil. Das CEA organisiert für seine Mitglieder Dialogveranstaltungen, Workshops und Schulungen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Die Organisation arbeitet auch mit der angolanischen UNDP-Zweigstelle zusammen, um lokale Netzwerke des UNGC zu etablieren und neue UNGC-Teilnehmer zu gewinnen. Das CEA wird voraussichtlich ein zunehmend wichtiger Partner für Unternehmen, die eine nachhaltige Geschäftsführung umsetzen möchten.

https://www.unglobalcompact.org/participant/29111-Centro-de-Etica-de-Angola

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um Arbeitsrechtsrisiken zu senken

Die Zusammenarbeit mit Arbeitnehmervertretern kann Unternehmen bei der Vermeidung von Menschenrechtsrisiken im Erdöl- und Erdgassektor unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, einschließlich der nationalen Gewerkschaft der angolanischen ArbeiterInnen UNTA, der größten Gewerkschaft des Landes, und der unabhängigeren CGSILA (General Centre of Independent and Free Unions of Angola) kann in Angola tätigen Öl- und Gasunternehmen helfen. Die Zusammenarbeit kann Vertrauen in die Achtung der internationalen Menschenrechte und der inländischen Arbeitsrechte durch das Unternehmen herstellen und somit zur Frühwarnung vor möglichen Betriebsunterbrechungen durch Streiks beitragen. Gesellschaftlicher Dialog kann ebenfalls dabei helfen, Arbeitsrisiken zu senken. Dadurch kann eine Plattform entstehen, die bei der Beseitigung von Missständen im Sektor, einschließlich Problemen in Bezug auf unangemessene Arbeitsbedingungen, helfen kann.

3.2 Import von Öl und Gas aus Kolumbien

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	43	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	33	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	14	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	14	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	91	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	88	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	89	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	4	→	Extrem
Innere Unruhen:	86	→	Mittel
Energiesicherheit:	165	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	85	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	173	→	Mittel

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums in Kolumbien, insbesondere im Öl- und Gassektor, stellt das Land einen wichtigen Markt für Energieimporteure aus Deutschland dar. Zwischen 2010 und 2013 ist das BIP um durchschnittlich 4,8 % pro Jahr gestiegen. Kolumbien stellt damit eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Lateinamerikas dar, und es wird erwartet, dass sich diese Entwicklung in den nächsten fünf Jahren fortsetzt.[99] Deutschland hat in diesem Zeitraum seine Handelsbeziehungen mit Kolumbien weiter intensiviert. Im Jahr 2013 betrug der Wert des Handels zwischen den beiden Ländern 1,4 Milliarden USD – ein Anstieg um 65 % seit 2009. Parallel zu den gestärkten Handelsbeziehungen entwickelte sich auch ein politischer Dialog, der 2007 begann und 2008 in Angela Merkels historischem Besuch in Kolumbien gipfelte (dem ersten eines deutschen Regierungschefs).[100]

Regulierungsreformen haben die Gewinnung und Entwicklung von Rohstoffen beschleunigt, sodass Öl und Gas in erweitertem Umfang exportiert werden können. 2003 gestattete Kolumbien privaten Investoren, mit dem mehrheitlich dem Staat gehörenden Energieunternehmen Ecopetrol in Wettbewerb zu treten. Die teilweise Privatisierung hat Upstream-Operationen im Bereich Öl und Gas vorangetrieben und die Produktivität des Sektors gesteigert. 2007 überstieg die Gasproduktion den inländischen Bedarf. Zwischen 2008 und 2012 stieg die Ölproduktion um 61 %, und 2013 produzierte Kolumbien laut Schätzungen der US Energy Information Administration (EIA) täglich 700.000 Barrel Öl für den Export.[101] Die erweiterte Ölgewinnung schafft neue Investitionschancen über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg.

Deutschlands Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten sowie die Nutzung von Handelsbeziehungen zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklung machen Kolumbien zu einem idealen Handelspartner. Die USA importieren seit der Entdeckung von Schiefergas weniger Öl und Gas aus Kolumbien, sodass das lateinamerikanische Land auf der Suche nach neuen Handelspartnern ist. Währenddessen wird im deutschen Energiekonzept von 2010, das erneuerbare Energien priorisiert, eine verstärkte Nachfrage nach Öl und Gas vorausgesagt, um das durch den Ausstieg aus der Atomenergie verursachte Energiedefizit zu decken.[102] Es passt daher zu Deutschlands langfristiger Energiestrategie und den Plänen zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in der Andenregion, einen Teil seiner Öl- und Gasimporte in Zukunft aus Kolumbien zu beziehen.

Foto: Unterdrückung von Protesten der indigenen Bevölkerung Kolumbiens. Bildquelle: Flickr/FOR-USA Fellowship of Reconciliation

Sollte die Regierung aufgrund von an Handelsinitiativen gebundene Bedingungen mehr auf die Einhaltung der Menschenrechte beharren, kann sich dies positiv auf Kolumbiens Öl- und Gassektor auswirken. Deutschland hat die Einhaltung der Menschenrechte zu einer der Hauptbedingungen des 2012 geschlossenen Freihandelsabkommens (Free Trade Agreement, FTA) der EU mit Kolumbien und Peru gemacht. In Artikel Eins des FTA wird die Einhaltung der Menschenrechte als „essentieller Bestandteil" der Vereinbarung definiert, sodass Menschenrechtsverstöße zu deren Beendigung führen können.[103] Aufgrund von Sicherheitsmängeln, Verstößen gegen das Landrecht und Einschränkung der Vereinigungsfreiheit bestehen in Kolumbiens Öl- und Gassektor erhebliche Reputations- und Betriebsrisiken. Wenn Handelsbeziehungen an die Einhaltung von Menschenrechten gebunden werden, steht die Regierung stärker unter Druck, die Situation im Land zu verbessern. Unternehmen werden von diesen Veränderungen allerdings wohl erst mittelfristig etwas merken.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Zwangsumsiedlungen und Lücken im gesetzlichen Regelwerk erhöhen das Risiko von Landrechtsverletzungen

Kolumbien hat seine internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Landrechte der indigenen Bevölkerung weder ausreichend rechtlich verankert noch werden diese eingehalten, was zu Projektverzögerungen führen kann. Die nationale Gesetzgebung spiegelt Kolumbiens Ratifizierung der IAO-Konvention Nr. 169 zum Schutz indigener Völker nicht in zufriedenstellendem Maße wider. Daher besteht das Risiko, dass Standards zur freien, vorherigen und informierten Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) nicht eingehalten werden. Gerichtsverfahren können Betriebsverzögerungen und finanzielle Kosten verursachen. Im März 2011 hat Kolumbiens Verfassungsgericht in einer historischen Entscheidung drei Entwicklungsprojekte aufgrund unzureichender Einbeziehung der indigenen Bevölkerung gestoppt.[104]

Landrechte spielen bei Investitionen in die Öl- und Gasinfrastruktur eine bedeutende Rolle, insbesondere wenn es um eine Erweiterung der Produktion geht. BP wird derzeit beispielsweise wegen mutmaßlicher Beeinträchtigungen der Lebensgrundlage indigener Kommunen während des Baus der Ocensa-Pipeline in den 1990er Jahren auf etwa 30 Millionen USD verklagt.

Da sich Gebiete, in denen indigene und afro-kolumbianische Gemeinschaften leben, häufig mit ressourcenreichem Land überschneiden, besteht ein großes Risiko, dass die Gewinnung von Öl und Gas mit Zwangsumsiedlungen assoziiert wird. Das Problem der Zwangsumsiedlung betrifft etwa drei Viertel aller Gemeinden in Kolumbien.[105] Jedes Jahr werden durchschnittlich 300.000 Personen wegen des Bedarfs nach landbezogenen Ressourcen umgesiedelt. Zwischen 1985 und 2013 waren es insgesamt 5,7 Millionen Personen.[106] 73 % dieser Menschen wurden gegen ihren Willen umgesiedelt. Bei den meisten von ihnen handelt es sich um ohnehin benachteiligte indigene Völker oder Afrokolumbianer.[107]

Die Zwangsumsiedlung ist aktuell ein großes Problem und kann die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten beeinträchtigen. Unternehmen, die nach einer Zwangsumsiedlung erworbenes Land nutzen, gehen das Risiko ein, Gegenstand negativer Berichterstattung im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen, sexueller Gewalt und der Zerstörung der Lebensgrundlage von ohnehin benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu werden. Außerdem können betriebliche und finanzielle Risiken durch die gerichtliche Aussetzung von Konzessionen für durch Zwangsumsiedlung verfügbar gemachtes Land entstehen. Da die Lösung von Landkonflikten unter dem geltenden Gesetz von 2011 (Victims and Land Restitution Law) häufig sehr lange dauert, werden Investoren oftmals mit Verzögerungen konfrontiert, die finanzielle Verluste zur Folge haben können.[108]

Gewalt gegen Gewerkschafter schränkt die Vereinigungsfreiheit ein

Kolumbien ist weltweit das gefährlichste Land für Gewerkschafter. Dadurch steigt das Risiko für Unternehmen, mit Gewalt gegen Gewerkschafter in Verbindung gebracht zu werden. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte wurden in Kolumbien mindestens 2.800 Gewerkschaftsmitglieder ermordet, was die Ineffizienz der Regierung beim Schutz von Arbeitsrechtsaktivisten verdeutlicht. Seit jedoch 2002 192 Gewerkschafter innerhalb eines Jahres ermordet wurden, ist ein Rückgang der Gewalt zu beobachten.[109] Das Gewaltproblem besteht aber weiterhin: 2013 wurden in Kolumbien insgesamt 26 Gewerkschafter getötet – mehr als in jedem anderen Land der Welt.[110] Die Verantwortlichen werden wegen des Straferlasses für Paramilitärs und des Schutzes krimineller Gruppen aufgrund der Korruption der Behörden sowie mangelnder Kapazitäten im Gerichtssystem selten belangt. Es ist daher unwahrscheinlich, dass sich die Situation im Land mittelfristig ändern wird.

Aufgrund der Assoziation mit Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder bzw. der Unfähigkeit, diese zu verhindern, haben multinationale Unternehmen Reputations- und finanzielle Schäden erfahren. Nestlé hat mit Gerichtsverfahren und negativen Schlagzeilen zu kämpfen. Das Unternehmen wird beschuldigt, Mitarbeiter, die in Gewerkschaften aktiv waren, nicht ausreichend geschützt zu haben. Insbesondere geht es dabei um die Ermordung von Luciano Romero durch Paramilitärs im Jahr 2005.[111] Chiquita Brands International wurde ebenfalls verklagt und muss in einem Gerichtsverfahren zwischen 1997 und 2004 getätigte Zahlungen an die AUC (Autodefensas Unidas de Colombia), einer mit Menschenrechtsverletzungen assoziierten paramilitärischen Gruppe, erklären.[112] Da Unternehmen häufig bemüht sind, Mitarbeiter aus der einheimischen Bevölkerung einzustellen, kann die mutmaßliche Mitschuld an der Gewalt gegen Gewerkschafter eine irreparable Schädigung der lokalen Beziehungen bedeuten.

Straffreiheit schränkt die Vereinigungsfreiheit ein, beeinträchtigt Arbeitsbeziehungen und behindert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften. Da nur 4 % der ArbeitnehmerInnen in Kolumbien gewerkschaftlich organisiert sind, fällt es den Gewerkschaften schwer, kollektive Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Gewerkschaften kritisieren die Regierung vehement, weil sie sich nicht an den Schutz der Gewerkschafter hält, zu dem sie sich im 2012 abgeschlossenen Handelsförderungsabkommen CPTA zwischen den USA und Kolumbien und dem damit verbundenen Arbeitsaktionsplan (Labour Action Plan) von 2011 verpflichtet hat. Die Gewalt gegen Gewerkschafter wird auch weiterhin ein ernstzunehmendes Betriebsrisiko im Öl- und Gassektor darstellen. Infolgedessen werden die Sicherheit der ArbeitnehmerInnen gefährdet und sowohl Arbeitsbeziehungen als auch Produktivität beeinträchtigt.

Wenn die Bevölkerung Öl- und Gasunternehmen für die Verschärfung der Gewalt verantwortlich macht, kann es zu Blockaden kommen, die die Produktion unterbrechen

Den Verantwortlichen für Öl- und Gasprojekte in Konfliktzonen könnte eine Mitschuld an der steigenden Unsicherheit und den andauernden Menschenrechtsverletzungen gegeben werden. Mitarbeiter von Öl- und Gasbetrieben, insbesondere Pipelinearbeiter und Fahrer von Tanklastzügen, sind Angriffen seitens krimineller Gruppen ausgesetzt, die ihre Geschäfte mit illegal erworbenem Öl finanzieren. Die kolumbianischen Sicherheitskräfte konnten nicht verhindern, dass während des zweijährigen Baus des ersten Abschnitts der 2013 fertiggestellten Bicentennial-Pipeline (Kolumbiens längster Öl-Pipeline) 14 Arbeiter entführt und zwei Zulieferer ermordet wurden.[113]

Zusätzlich zu den Reputationsschäden wegen des mangelnden Schutzes der Arbeitkräfte kann Unternehmen die Mitschuld an von Ssicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Schutz ihrer Öl- und Gas-Kapitalanlagen gegeben werden.[114]

Die Öl- und Gasgewinnung wird innerhalb der Bevölkerung als Mitverursacher der Gewalt und der Beeinträchtigung der Lebensgrundlage einheimischer Bevölkerungsgruppen gesehen. Die Unzufriedenheit äußert sich in Blockaden, die zusätzliche Kosten und Produktionsausfälle verursachen. Die häufigen Angriffe auf Öl-Pipelines und Tankwagen, die Ölverschmutzung und zunehmende Unsicherheit unter den Arbeitern nach sich ziehen, führen zu weiteren Protesten seitens der einheimischen Bevölkerung.[115] Zuletzt hat eine Blockade im Süden des Landes auf den Suroriente-Ölfeldern in Putumayo die Produktion zwischen Juli und September 2014 für 70 Tage stillgelegt. Das US-Unternehmen Vetra hat in diesem Zeitraum eine Produktionsminderung um 55 % (oder 9.500 Barrel pro Tag) verzeichnet.[116] Dieser Fall verdeutlicht, dass die Unzufriedenheit der lokalen Bevölkerung wegen der mangelnden Sicherheit und Beeinträchtigung ihrer Lebensgrundlage schwerwiegende Folgen für die Betriebskontinuität von Öl- und Gasunternehmen haben kann.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Dieser Abschnitte behandelt mögliche Vorgehensweisen für Investoren, um den genannten wesentlichen Menschenrechtsrisiken – insbesondere der Nichteinhaltung von Landrechten, Angriffe auf Gewerkschafter und die mutmaßliche Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen zu begegnen. Da der Öl- und Gassektor eine wichtige Quelle illegaler Einnahmen für bewaffnete Rebellen und kriminelle Gruppierungen ist und die Möglichkeiten der Regierung zur Etablierung eines Rechtsstaates eingeschränkt sind, werden für Investoren voraussichtlich auch in Zukunft Reputations- und Betriebsrisiken mit dem Import von Öl und Gas aus Kolumbien verbunden sein. Die folgenden Empfehlungen zeigen Investoren Wege zur Investition in die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung, um somit eine langfristige gesellschaftliche Legitimation für ihre betrieblichen Tätigkeiten zu gewährleisten.

Unterstützung von Organisationen beim Schutz von Arbeits- und Menschenrechtsaktivisten

Investoren können zivilgesellschaftliche Gruppen und Strafverfolgungsbehörden dabei unterstützen, gefährdete Personengruppen in Kolumbien zu schützen. Die kolumbianische nationale Schutzeinheit UNP bietet etwa 7.500 gefährdeten Personen – darunter Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, Rechtsvertreter und Journalisten – effektiven Schutz. Die UNP spielt zwar eine große Rolle beim Schutz von Arbeitsaktivisten, aber ihre Handlungsfähigkeit wird durch begrenzte finanzielle Mittel und vor kurzem geäußerte Korruptionsvorwürfe eingeschränkt.[117] Unternehmen können mit zivilrechtlichen Organisationen zusammenarbeiten, die die Aktivitäten der UNP überwachen und unterstützen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, der Schutzeinheit über internationale Einrichtungen technische und finanzielle Hilfe zukommen zu lassen.

Potenzieller Partner

Programa Somos Defensores

Das Programm „Wir sind Verteidiger“ (Programa Somos Defensores) ist ein Bündnis kolumbianischer NGOs zur Identifizierung und zum Schutz gefährdeter Menschenrechtsaktivisten. Daneben kümmert sich die Organisation mit der Erfassung von Angriffen auf Aktivisten. Im Rahmen des Programms werden Aktivisten direkt unterstützt, zu ihrer eigenen Sicherheit umgesiedelt und dahingehend geschult, dass sie Bedrohungen richtig einschätzen und auf staatliche Schutzdienste zurückgreifen können. Finanzielle Unterstützung erhält das Programm von der Norwegischen Botschaft sowie internationalen Organisationen wie Oxfam, der EU-Delegation in Kolumbien und dem deutschen Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR, das sich für hilfsbedürftige Menschen und Regionen einsetzt. Durch Unterstützung von Schutzprogrammen für Menschenrechts- und Arbeitsaktivisten und Journalisten können Investoren im Öl- und Gassektor die Durchsetzung fundamentaler Rechte unterstützen, um die Etablierung einer funktionierenden demokratischen Regierung in Kolumbien zu ermöglichen.

Vermeidung von Ölgewinnung auf durch Zwangsumsiedlung gewonnenem Land

Um Landrechtsverletzungen in der Wertschöpfungskette der Öl- und Gasproduktion zu vermeiden, können Unternehmen Lieferanten überwachen, um nicht mit Zwangsumsiedlungen assoziiert zu werden, sowie andauernde Bemühungen zur Abschaffung der Straffreiheit unterstützen. Deutsche Importeure sollten insbesondere auf der Einhaltung der Sorgfaltspflicht bei Lieferanten beharren, um zu verhindern, dass Landkonzessionen nach der Zwangsumsiedlung der Landbesitzer bzw. indigenen Bevölkerung gepachtet oder gekauft werden. Investoren können mit NGOs zusammenarbeiten, um den Opfern von Zwangsumsiedlungen rechtliche Unterstützung beim von der Regierung geleiteten Landrückgabeprozess zu bieten. Schließlich können Investoren umgesiedelten Familien auch Unterstützung und Serviceprogramme bereitstellen und so das Humankapital der lokalen Bevölkerung stärken.

Fallstudie

Bildungsstiftung der GIZ

Unternehmen können in lokale Programme investieren, die sich für einen erweiterten Zugang zu Bildungseinrichtungen in Stadtgebieten mit einer hohen Anzahl umgesiedelter Personen einsetzen. Die GIZ hat in Zusammenarbeit mit kolumbianischen Einrichtungen das Bildungszentrum „Pies Descalzos Foundation“ in Cartagena, einer der ärmsten kolumbianischen Städte an der karibischen Küste, eröffnet. Die Stiftung wird eine Schule für Vorschulerziehung und weiterführende Bildung eröffnen. Die Einrichtung soll auch als Gemeindezentrum dienen, in dem Berufsbildung sowie Kurse für Erwachsene zu Ernährung, Frauenrechten und Bildungsberatung angeboten werden. Wenn Öl- und Gasexporteure in ähnliche Projekte investieren, können sie umgesiedelte Familien dabei unterstützen, sich einen neuen Lebensunterhalt aufzubauen, und so die Entwicklung von Humankapital in verarmten Regionen vorantreiben.

Unterstützung lokaler indigener Bevölkerungsgruppen zur Minderung energiebezogener Konflikte

Investoren können mit Lieferanten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Öl- und Gasprojekte für Stabilität und Wohlstand in Konfliktzonen sorgen, anstatt weitere Konflikte zu verursachen. Deutsche Importeure können von Öl- und Gaslieferanten verlangen, Menschenrechtsstandards einzuhalten. So wird die Sicherheit von ArbeitnehmerInnen und Kapitalanlagen gewährleistet, und es können Prozesse angestoßen werden, die FPIC für die betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen sicherstellen. Wenn Exporteure sich auf diese beiden Punkte konzentrieren, wird das Risiko vermindert, dass die Gewinnung und der Transport von Öl und Gas zum Katalysator für Gewalt werden, wenn die Ressourcenwertschöpfungskette eine Konfliktzone durchläuft.

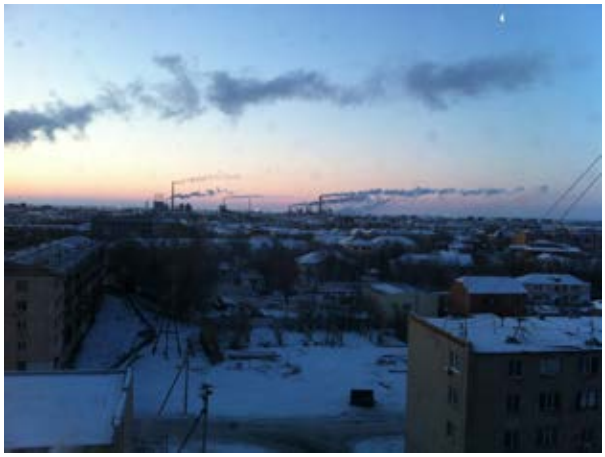
Fallstudie

Talisman priorisiert Einbeziehung der indigenen Bevölkerung, um die Einhaltung der Prinzipien der UN-Initiative „Global Compact“ zu gewährleisten

Vor Beginn der Ölgewinnung im Rahmen der Konzession „Block 8“, bei der es sich um eine von indigenen Gruppen besiedelte abgelegene Konfliktzone handelt, hat Talisman Columbia eine Strategie umgesetzt, die die Einhaltung der Prinzipien der UN-Initiative „Global Compact“ (UNGC) gewährleisten soll. Talisman hat die Initiative im Jahr 2004 unterzeichnet.

Ziel war es, sicherzustellen, dass die Ölgewinnung die Sicherheitslage in der Region nicht verschlechtert oder lokal angestellte indigene ArbeitnehmerInnen gefährdet. 2010 hat Talisman eine Risikoanalyse im Bereich Menschenrechte durchgeführt, ausführliche Gespräche mit indigenen Gruppen geführt und einem Verhaltenskodex für staatliche Sicherheitskräfte zum Schutz von Unternehmens-Assets zugestimmt. Talisman hat außerdem die Stiftung „Fundación Ideas para la Paz (FIP)“ als unabhängigen Beobachter engagiert, um die Einbeziehung der indigenen Bevölkerung zu überwachen und zu unterstützen.[118] Talisman zufolge konnte dank dieser Strategie trotz Sicherheitsproblemen eine nachhaltige Beziehung zu der Bevölkerung aufgebaut und Talismans gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten gestärkt werden. Talisman hat 2013 weitere Bohrungen an dem Standort vorgenommen; das Projekt ist aber derzeit aus Sicherheitsgründen ausgesetzt.

3.3 Import von Öl und Gas aus Kasachstan



Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	50	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	44	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	57	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	136	→	Niedrig
Korruptionsrisiko:	46	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	63	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	78	→	Mittel
Innere Unruhen:	44	→	Hoch
Energiesicherheit:	115	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	131	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	32	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Überblick

Die Handelsbeziehungen zwischen Kasachstan und Deutschland werden voraussichtlich für absehbare Zeit eng bleiben. Allerdings wird eine Zunahme des Öl- und Gasimports aus Kasachstan höchstwahrscheinlich von mehreren Faktoren verhindert. Kasachstan ist gemäß dem Statistischen Bundesamt Deutschlands der wichtigste Handelspartner in Zentralasien mit einem bilateralen Handelsvolumen von 8,2 Milliarden USD im Jahr 2013. Der Anteil von Öl an den Importen aus Kasachstan im Wert von 5,5 Milliarden USD beträgt 8 %, wodurch Kasachstan der fünftgrößte Erdöllieferant Deutschlands ist.[119] Unter anderem werden auch Eisen und Stahl sowie chemische Produkte aus Kasachstan importiert.

Jedoch stehen dem erhöhten Öl- und Gasimport aus Kasachstan verschiedene betriebliche und strategische Hindernisse im Weg, darunter: Mangel an geeigneten Transportwegen und Pipelines zur Versorgung Europas; die steigende Wahrscheinlichkeit von Ressourcennationalismus in Kasachstan sowie andauernde Verzögerungen bei der Erschließung des Kashagan-Ölfelds, dessen Vorrat zwischen 9 und 13 Milliarden Barrel beträgt. Dennoch wird sich Deutschlands Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Kasachstan möglicherweise langfristig verstärken, da Russland als Energiequelle immer unzuverlässiger wird. Auch wenn Deutschland 39 % seiner Erdgasimporte und 36 % seiner Erdölimporte aus Russland bezieht, kann die anhaltende Krise in der Ukraine die Sicherheit und Stabilität der Importe aus Russland gefährden.[120]

Kasachstans schlechte Menschenrechtsbilanz beeinträchtigt seinen Status als stabilen Handelspartner Deutschlands. Der autoritäre Charakter der Regierung zeigt sich in wesentlichen Einschränkungen der grundlegenden politischen Freiheiten und der Arbeitsrechte – eine Situation, die charakteristisch ist für viele der zentralasiatischen Nachbarstaaten. Zivile und politische Rechte bleiben aufgrund der vorherrschenden politischen Unterdrückung, staatlichen Willkür, mangelnden gerichtlichen Unabhängigkeit sowie der Zensur und Kontrolle der Medien stark eingeschränkt. Die Arbeitsrechte sind aufgrund der Korruption, unwirksamer und unterbesetzter Arbeitsaufsicht, der starken Einschränkungen der Gewerkschaften und fest etablierter politischer und wirtschaftlicher Eliten, die den höchst profitablen Energiesektor des Landes kontrollieren, schlecht geschützt.

Foto: Ansicht einer Ölraffinerie in Atyrau, Westkasachstan. Bildquelle: Travelling Steve/Flickr

Auch wenn Kasachstans schwacher Schutz der Menschenrechte öffentlich von der internationalen Gemeinschaft kritisiert wurde, so hatten diese Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation aufgrund der autoritären Natur der Staatsführung nur wenig Erfolg. Aufgrund von Kasachstans strategischer Wichtigkeit als bedeutender Lieferant von Erdöl und Erdgas sieht es die Regierung nicht als notwendig an, dem Druck nachzugeben. Dadurch müssen deutsche Unternehmen, die in Kasachstan tätig sind oder von dort importieren, mit stärkerer internationaler Prüfung und möglichen Reputationsschäden rechnen, wenn sie mit staatlichen Unternehmen Geschäfte tätigen oder Verträge mit der Regierung abschließen.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Die Rechte von Gewerkschaften unterliegen strenger staatlicher Kontrolle

Die weit verbreitete Diskriminierung von Gewerkschaften stellt ein großes Problem für die Organisation der ArbeitnehmerInnen dar. Diese Diskriminierung wird von Arbeitgebern, die stillschweigend von der Regierung unterstützt werden, vorangetrieben. Wie in vielen anderen autoritären Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden die Gewerkschaften in Kasachstan stark kontrolliert. Die regierungsnahe Föderation der Gewerkschaften ist mit 1,5 Millionen Mitgliedern der nationale gewerkschaftliche Dachverband. Aufgrund des hohen Einflusses der Regierung, die stark in die Gründung und die Aktivitäten von Gewerkschaften eingreift, unterliegen diese starker politischer Kontrolle, und Mitglieder unabhängiger Gewerkschaften sind mitunter ungerechtfertigter Kündigung, Belästigung und sogar Gewalt ausgesetzt. Es gibt viele sogenannte ‘Gelbe Gewerkschaften’, d. h. Arbeitnehmerorganisationen, die von bestimmten Arbeitgebern oder Unternehmen dominiert oder beeinflusst werden. Dadurch wird der Einfluss von unabhängigen Gewerkschaften in Unternehmen stark eingeschränkt.

Die Regierung duldet die Diskriminierung von Gewerkschaften häufig und hat vor kurzem ein gegen Gewerkschaften gerichtetes Gesetz erlassen. Das neue Gesetz Nr. 211-V der Republik trat am 11. Juli 2014 in Kraft und schränkt die gewerkschaftlichen Tätigkeiten noch stärker ein. Das Gesetz erlaubt der Regierung, die Organisation und die Gründung von Gewerkschaften genau zu überwachen und einzuschränken. Es nimmt den ArbeitnehmerInnen das Recht, sich in unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren, schränkt die Möglichkeit ein, mittels Gewerkschaften Forderungen an Arbeitgeber zu stellen und verbietet den Gewerkschaften, Streiks durchzuführen.

Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte, die ArbeitnehmerInnen davon abhalten, verbesserte Arbeitsbedingungen zu fordern, stellen in Kasachstan ein Betriebsrisiko für Unternehmen dar. Die staatlichen Restriktionsmaßnahmen in Bezug auf Gewerkschaftsgründungen und gewerkschaftliche Aktivitäten schränken die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen im Land wesentlich ein. Um ihre Bestürzung hinsichtlich der repressiven gewerkschaftlichen Situation und der Einschränkung der Vereinigungsfreiheit zu zeigen, griffen einige ArbeitnehmerInnen nachdrücklicher nach kollektiven Maßnahmen, um ihre Rechte zu sichern. Jedoch reagierten die Sicherheitskräfte auf diese Anstrengungen mit hartem Durchgreifen. Beispielsweise wurden bei einem Zusammenstoß mit streikenden Ölarbeitern in Schangaösen im Dezember 2011 17 Menschen getötet.[121] Die Regierung zeigte sich daraufhin den Forderungen der ArbeitnehmerInnen gegenüber etwas nachgiebiger, um eine Wiederholung des Protestes in Schangaösen zu vermeiden. Mittel- bis langfristig betrachtet ist eine Reform aber unwahrscheinlich.

Korruption verhindert gerechte Verteilung des Rohstoffreichtums

Kasachstans Bevölkerung hat nichts von dem immensen Ölreichtum des Landes, da er im Besitz der Elite bleibt. Das BIP pro Kopf hat sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts mehr als vervierfacht: von 2.874 USD im Jahr 2004 auf 13.172 USD im Jahr 2013.[122] Trotz des insgesamt größeren Wohlstands der Bevölkerung ist dieser ungleichmäßig verteilt und es bestehen wesentliche regionale Unterschiede, insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Zum Beispiel erfuhren die ölreichen Regionen Atyrau und Mangyschlak einen hohen Grad an wirtschaftlicher Produktivität und Umsatzgenerierung, wodurch die Löhne und Lebensstandards gestiegen sind. Das monatliche Durchschnittsgehalt betrug 2013 in Atyrau KZT 116.358 (633 USD) und war damit landesweit das höchste. Das Durchschnittsgehalt von Mangyschlak lag bei KZT 89.157 (485 USD).

Gleichzeitig litten andere Regionen, insbesondere Südkasachstan und das Schambyl-Gebiet, unter den schlechten sozioökonomischen Ergebnissen. Zum Beispiel hatte Südkasachstan 2013 mit nur KZT 35.391 (192 USD) das niedrigste monatliche Durchschnittsgehalt.[123] Die ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen und die damit zusammenhängenden niedrigen Lohnniveaus einiger Regionen führen zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die die Stabilität im Land gefährdet.

Endemische Korruption verhindert weiterhin eine gerechte Verteilung der durch Öl erzielten Einnahmen. Die systemische Korruption in Kasachstan beruht auf der Machtkonzentration in den Händen einer kleinen Elite und einer vielschichtigen, komplexen Bürokratie. Durch diese Machtstruktur können die Einnahmen aus den natürlichen Ressourcen von einigen wenigen kontrolliert werden. Gemäß Forbes Kasachstan besitzen die 50 reichsten Menschen des Landes 24 Milliarden USD.[124] Präsident Nasarbajew hat sich zwar bewusst dazu entschieden, den öffentlichen Forderungen nachzukommen und einige der Gelder sozialen Zwecken zukommen zu lassen, aber wenn die Bevölkerung nicht kurzfristig wesentliche Verbesserungen sieht, besteht dauerhaft ein Risiko gesellschaftlicher Unzufriedenheit und Unruhen.

Mangelnde Einbeziehung der lokalen Bevölkerung hindert die gesellschaftliche Legitimation für betriebliche Tätigkeiten

Die schlechten Verfahrensweisen zur Einbeziehung der lokalen Bevölkerung bei neuen Öl- und Gasprojekten haben die sozialen und umweltbezogenen Risiken in den betroffenen Bevölkerungsgruppen erhöht. Bei den staatlich kontrollierten Projekten zur Gewinnung der Rohstoffe wurde die Bevölkerung nicht angemessen einbezogen und die Auswirkungen auf diese nicht ausreichend bewertet, da die Korruption und Interessen der Regierung die Belange der lokalen Bevölkerung überschatten. In der letzten Zeit wurden einige Fälle bekannt, bei denen multinationale Konzerne Bestechungsgeld an offizielle Stellen bezahlten, um Konzessionen oder Genehmigungen zu erhalten. Dies zeigt das mit Korruption verbundene Betriebsrisiko sowie das Risiko von Reputationsschäden auf. In den Jahren 2010 und 2012 legten sechs große Öl- und Gasunternehmen und ein Speditionsunternehmen die unter dem Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) wegen Bestechung in mehreren Ländern, einschließlich Kasachstan, erhobenen Anklagen bei.

Zum Beispiel reichten die internationale NGO Crude Accountability und zwei örtliche NGOs, die Ecological Society Green Salvation und die Zhasil Dala unter den OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen eine Beschwerde ein. Die Beschwerde führt an, dass das Karachaganak Petroleum Operating BV (KPO)-Konsortium, einschließlich British Gas, ENI, Chevron, Lukoil und KazMunayGas, die Menschenrechte der Einwohner eines Dorfes in der Nähe eines Ölfelds durch Luftverschmutzung mit schädlichen Gesundheitsauswirkungen und der Weigerung, die betroffene Bevölkerung umzusiedeln, verletzt hat. Verhandlungen zu dieser Beschwerde wurden im Juni 2014 aufgenommen, aber das Ergebnis bleibt offen.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Verringerung der Korruption durch Unterstützung von Initiativen für mehr Transparenz

Unternehmen, die an staatlich kontrollierten Projekten zur Gewinnung von Rohstoffen beteiligt sind, kämpfen mit weit verbreiteter Korruption und benötigen wirksame Strategien, um die Lage zu verbessern. Um die damit verbundenen Risiken zu mindern, müssen Unternehmen beim Umgang mit rohstoffördernden Betrieben im Staatsbesitz oder unter staatlicher Kontrolle Vorsicht walten lassen. Ausländische Unternehmen sollten Initiativen für mehr Transparenz im Land fördern und unterstützen, um das Geschäftsumfeld zu verbessern. Eine Möglichkeit ist die Unterstützung der Anstrengungen durch die Regierung, die Anforderungen der Extractives Industry Transparency Initiative (EITI) auch in Zukunft einzuhalten. Zum Beispiel können Unternehmen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die am National Stakeholder Council beteiligt sind, zusammenarbeiten, um Bedenken zu äußern und gemeinsame Antikorruptionsstrategien zu entwickeln.

Durch die Förderung von Transparenz und gesteigertem verantwortlichen Handeln bei der Verwaltung der Öleinnahmen und -ausgaben kann ein Mehrwert für die ganze Gesellschaft entstehen. Die Verringerung von Korruption wiederum reduziert die Gelder, die für persönlichen Profit abgezweigt werden. Dadurch kann mehr Geld in wichtige soziale und öffentliche Dienstleistungsprogramme, die sich unter anderem mit der Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitssektors befassen, investiert werden.

Potenzieller Partner

Extractives Industry Transparency Initiative (EITI) National Stakeholders' Council

Kasachstan trat 2005 der Extractives Industry Transparency Initiative (EITI) bei und erreichte im Oktober 2013 die Einhaltung der EITI-Anforderungen. Der National Stakeholders' Council, der aus Mitgliedern der Regierung und des Parlaments sowie Vertretern von Firmen und der Zivilgesellschaft besteht, überwacht die EITI-Implementierung und ist für die Bestimmung und Implementierung neuer Aktivitäten zur Gewährleistung der Einhaltung der EITI verantwortlich.

Eine der wichtigsten Aspekte, der vom National Stakeholder Council implementiert werden muss, ist die Dezentralisierung des EITI-Prozesses, indem regionale Multi-Stakeholder-Foren in rohstoffreichen Regionen wie Atyrau und Mangyschlak geschaffen werden. Diese regionalen Foren oder öffentlichen Gremien werden die Plattform für Kommunalverwaltungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft sein, um soziale Investitionsvorhaben und die regionale soziale Entwicklung, einschließlich des Baus von Gesundheits-, Bildungs- und anderen Einrichtungen, zu besprechen. Unternehmen können auch eine positive Rolle bei den Aktivitäten des Gremiums einnehmen, entweder durch die Teilnahme als unabhängige Interessengruppe oder durch die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die ebenfalls Mitglied sind (durch Schaffung von Kapazitäten und Partnerschaften sowie die Veranstaltung von Schulungen).

https://eiti.org/Kazakhstan

Sicherstellung, dass die Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte wirksam umgesetzt wird

Um negative soziale und umweltbezogene Auswirkungen auf lokale Kommunen zu vermeiden, sollten Unternehmen bei neuen Öl- und Gasprojekten unabhängige Prüfungen der Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte durchführen. Durch die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (Environmental Impact Assessments – EIAs) oder Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen (Environmental and Social Impact Assessments ESIAs) vor der Beteiligung an Projekten zur Gewinnung von Rohstoffen können Unternehmen Mitschuld bei Umweltschädigung und Menschenrechtsverletzungen vermeiden. Auch wenn EIAs gesetzlich erforderlich sind, wird der Prozess durch mangelnde Transparenz und geringe öffentliche Teilnahme geschwächt. Das zeigt die Notwendigkeit unabhängiger Bewertungen. Diese stellen sicher, dass die Risiken in Bezug auf Menschenrechte, Gesellschaft und Umwelt umfassend bestimmt werden und Strategien zur Risikominimierung vor Beginn von Extraktionsprojekten implementiert werden.

Potenzieller Partner

Kazakhstan Business Association for Sustainable Development

Die Kazakhstan Business Association for Sustainable Development besteht aus über 20 Unternehmen der Branche und Beratungsfirmen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung in Kasachstan einsetzen. Teilnehmende große Öl- und Gasunternehmen umfassen Tengizchevroil – ein Joint Venture von Chevron, ExxonMobil, KazMunayGas und LukArco, und Karachaganak Petroleum Operating BV (KPO) – ein geschäftliches Unterfangen der BG Group, ENI, Chevron, Lukoil und KazMunayGas. Die Vereinigung führt regelmäßig Seminare, Konferenzen und Diskussionsrunden zum Management und der Gewinnung von Rohstoffen und Strategien für nachhaltige Geschäftstätigkeiten durch. Unternehmen können mit dieser Organisation entweder durch Beitritt, die Teilnahme an Seminaren, Konferenzen und Diskussionsrunden oder die Unterstützung derselben zusammenarbeiten.

http://www.kap.kz/

Fokus-Box

GIZ unterstützt das Management von Bodenschätzen zur inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung in Kasachstan

Während der Reichtum an Bodenschätzen und Rohstoffen das Wirtschaftswachstum vorantrieb, wurden die durch Erdöl und Erdgas generierten Erträge nicht gleichmäßig verteilt und manche Regionen zogen größeren Nutzen als andere. Aufgrund dessen wurde das Potenzial zur Schaffung einer nachhaltigen Entwicklung und zur Senkung von Armut noch nicht umfassend ausgeschöpft.

Um diese Herausforderung anzugehen und eine inklusive Entwicklung in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan zu erzielen, startete die GIZ 2012 im Auftrag des BMZ ein Projekt, das zur Verbesserung der Investition des Rohstoffreichtums mithilfe der Regierung durch verstärkten Einsatz ausländischer Investitionen und Technologien beitragen soll. Bisher konzentrierten sich die Anstrengungen des Projekts auf die Etablierung von Plattformen für den öffentlich-privaten Dialog im Rohstoffsektor auf nationaler und regionaler Ebene. Dies dient zur Identifikation von Mängeln bei den staatlichen Rahmenbedingungen, die die Förderung von Investitionen und Technologien behindern. Dabei wurden die staatlichen Behörden mit Schulungen und Hilfestellungen zur Erweiterung der Kapazitäten für die Verbesserung der lokalen sozioökonomischen Bedingungen und zur Förderung von langfristigem Wachstum und Investitionen unterstützt.

http://www.giz.de/en/worldwide/14122.html

4. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Chemikalien

Bei Deutschlands fünf größten Exportmärkten für Chemikalien handelt es sich um Länder mit relativ geringen Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards, darunter die USA, die Niederlande, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Belgien. Zu den Ländern, die verstärkt Chemikalien aus Deutschland importiert haben, gehören die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) (Wachstum von 135 % seit 2009), Irland (+88 %), China (+78 %), Russland (+72 %) und Südkorea (+65 %). Viele Länder, die wachsende Handelsmöglichkeiten für deutsche Chemikalienexporteure bieten, stellen allerdings auch hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar. Darunter sind China, Mexiko, die Vereinigte Arabische Emirate, Südkorea und Taiwan.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Chemikalien in folgende Länder exportieren:

1. Brasilien (Seite 57)

2. Indien (Seite 62)

3. Vereinigte Arabische Emirate (Seite 67)

Foto: Wasserverschmutzung in Varanasi, Indien

4.1 Export von Chemikalien nach Brasilien

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	70	→	Hoch
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	64	→	Hoch
Menschliche Sicherheit:	74	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	15	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	98	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	92	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	98	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	56	↗	Mittel
Innere Unruhen:	68	→	Mittel
Energiesicherheit:	147	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	144	↘	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	154	→	Mittel

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die deutschen Chemieexporte nach Brasilien werden angesichts der zunehmend günstigen Handelsbedingungen voraussichtlich steigen. Brasilien ist Deutschlands wichtigster Handelspartner in Lateinamerika. Der Handel zwischen den beiden Ländern zeigte in den letzten Jahren ein starkes Wachstum; die Exporte nach Brasilien stiegen zwischen 2009 und 2013 um 57 % an und erreichten 2013 einen Wert von 3,34 Milliarden USD. Die bilateralen Handelsbeziehungen haben sich auch aufgrund der Wirtschaftstreffen beider Länder, die jährlich vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem brasilianischen Gegenstück, der Confederacao Nacional da Industria (CNI), abgehalten werden, vertieft.[125]

Die brasilianische Chemieindustrie ist die sechstgrößte der Welt, aber trotz seiner Größe steigt das Handelsdefizit des Sektors, da die Importe die Exporte bei Weitem übersteigen. Brasilien führte 2012 Chemieprodukte im Wert von 43,1 Milliarden USD ein. Dieser Wert liegt etwa 28 Milliarden USD über dem Wert der exportierten Produkte des Sektors.[126] Die Einfuhr von Chemikalien zeigte eine wesentliche Steigerung von 10,1 Milliarden USD im Jahr 2002 auf 46,4 Milliarden USD im Jahr 2013.[127] Die Chemiebranche Brasiliens ist nicht autark, und es werden technologische Entwicklung und Innovation, Investitionen in neue Chemieanlagen sowie eine verbesserte Logistik-Infrastruktur benötigt, damit die Lücke zwischen der heimischern Produktion und Nachfrage geschlossen werden kann.

Die brasilianische Regierung senkte im August 2013 die Einfuhrzölle auf eine Anzahl von Rohstoffen, die von Herstellern eingesetzt werden, einschließlich einiger Chemieprodukte, wodurch geringere Kosten für deutsche Exporteure entstehen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bemüht sich außerdem die seit 15 Jahren andauernden Verhandlungen über das Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement, FTA) zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Handelsblock Mercosur, dem Brasilien angehört, zum Abschluss zu bringen. Dieses Abkommen würde die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien weiter stärken und den Handel, Investitionen und Chemieausfuhren nach Brasilien ankurbeln. Außerdem besteht eine enge Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich Wissenschaft und technologische Forschung, im Rahmen derer zahlreiche Forschungsprojekte initiiert wurden. Ein Beispiel dafür ist das Deutschlandjahr in Brasilien von 2013/2014 und die Gründung des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses in São Paulo.

Foto: Wasserturm, Sao Paulo. Bildquelle: Flickr

Die tief verwurzelte Korruption und weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen steigern Betriebs- und Reputationsrisiken. Unternehmen, die in Brasilien tätig sind oder investieren, gehen aufgrund der häufigen Arbeitsrechtsverletzungen, wie zum Beispiel niedrige Löhne, unangemessener Gesundheits- und Sicherheitsschutz, sowie schwere Verstöße gegen die Rechte von Gewerkschaften, Reputations- und rechtliche Risiken ein. Des Weiteren können Unternehmen im Chemiesektor mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden; beispielsweise durch unsachgemäße Entsorgung von Sondermüll, die zu Umweltverschmutzung durch Mülldeponien und Schadstoffbelastung führt.

Die Bevölkerungsgruppen, die in der Nähe von Industriestandorten leben, erfahren direkte negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Darüber hinaus bestehen für in Brasilien tätige Unternehmen zahlreiche Risiken durch Korruption bei lokalen Anbietern und Regierungsbeamten, die zu Compliance-Problemen und möglicherweise zu Reputationsschäden und rechtlichen Problemen führen.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Verstöße gegen Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinien bedeuten wesentliche finanzielle und rechtliche Risiken

Die große Anzahl an Berufsunfällen und Verstößen gegen die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften erhöhen die Reputations- und rechtlichen Risiken. Im gesamten Land sind unsichere Arbeitsbedingungen weit verbreitet. Laut dem brasilianischen Arbeitsministerium wurden von Januar bis August 2014 918 Betriebsunfälle gemeldet. Auch wenn die Investitionen in neue Technologien und das wachsende Bewusstsein in Bezug auf die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr bewirkten, so stellen die konstant hohen Unfallraten Reputations- und rechtliche Risiken dar.

Die Industriesektoren, z. B. die Metall-, Mineral-, Chemie-, Holz- und Textilbranchen, stehen mit 561 Unfällen zwischen Januar und August 2014 am schlechtesten da.[128] Dabei handelt es sich um die für deutsche Exporteure besonders relevanten Branchen, da diese Chemikalien in großem Umfang einsetzen und sich dadurch das Risiko der Assoziation mit gefährlichen Arbeitsbedingungen erhöht. Auch meldete die Chemieindustrie für diesen Zeitraum 80 Vorfälle, die zweithöchste Anzahl nach der Metallindustrie.

Arbeitsunfälle können zu Klagen, erhöhten finanziellen Belastungen aufgrund von Kompensationszahlungen und negativen Schlagzeilen führen. Rechtsstreitigkeiten wegen Arbeitsunfällen werden oft vor Ort ausgetragen, da die Arbeitsgerichte üblicherweise die erste Anlaufstelle für solche Fälle sind. Chemieunternehmen, die in Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf den Sicherheits- und Gesundheitsschutz verwickelt werden, sind mit erheblichen finanziellen Risiken konfrontiert, da die Rechtsprechung ArbeitnehmerInnen einen hohen Schutz bietet. Zum Beispiel besteht im brasilianischen Arbeitsgesetz der „Grundsatz des Schutzes“, der in der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung den/die Arbeitnehmer/in als die schwächere Partei stärkt.

Fallstudie

Der deutsche Chemiekonzern BASF stimmt Entschädigungszahlungen wegen chemischer Kontamination zu

Das deutsche Unternehmen BASF und der Ölkonzern Shell stimmten im März 2013 Kompensationszahlungen von mehr als 620 Millionen BRL (316 Millionen USD) an die ehemaligen ArbeiterInnen in einer Chemiefabrik in Paulínia im Hinterland von São Paulo sowie deren Familien zu. Die Ankläger sagten aus, dass der langjährige Kontakt mit giftigen Chemikalien zwischen 1970 und 2002 zu 60 Todesfällen unter den ArbeitnehmerInnenn in Paulina geführt hat. Es wurde auch argumentiert, dass bei Teilen der Bevölkerung , die in der Nähe der Anlagen leben, Krebsfälle und andere schwerwiegende Gesundheitsprobleme aufgrund der nachlässigen Entsorgung von giftigen Abfällen, die das Grundwasser und die Erde verseuchten, auftraten.

BASF und Shell stimmten zu, 1068 ehemaligen ArbeiterInnen der Anlage eine Entschädigung zu zahlen und für die lebenslange Gesundheitsversorgung aller ehemaligen Angestellten und deren Familien aufzukommen. Zusätzlich zur Zahlung der 316 Millionen USD erklärten sich Shell und BASF auch bereit, weitere 200 Millionen BRL (79,5 Millionen USD) für den Bau spezieller Gesundheitszentren in Paulínia aufzuwenden.[129]

Dieser Fall zeigt die Risiken für deutsche Exporteure von Chemikalien auf, da die Verhandlungen insgesamt sechs Jahre dauerten und zu wesentlichen Reputationsschäden und finanziellen Kosten für die Unternehmen führten.

Komplexe Müllverwertungssysteme erhöhen Risiken bei der Einhaltung von Sozialstandards

Die nationalen Vorschriften zur Müllverwertung übertragen den Unternehmen die Verantwortung für ihre Abfälle, wodurch die Verpflichtung des Privatsektors in diesem Bereich steigt. Deutsche Unternehmen, die Chemikalien nach Brasilien exportieren, müssen durch die komplexe rechtliche Landschaft des Landes navigieren, vom National Environmental Policy Act (1981) bis zu branchen- und gebietsspezifischen Gesetzen wie dem National Policy on Waste Management Act (2010). Das rechtliche Rahmenwerk überträgt Unternehmen die Verantwortung für die Abfallverwertung in der gesamten Wertschöpfungskette eines Produkts, wobei jeder Teil der Lieferkette für die Entsorgung des eigenen Abfalls zuständig ist.

Demzufolge sind die Erzeuger von Abfällen umfassend für die Schäden durch unangemessene Verwertung ihrer Abfälle verantwortlich. Jedoch macht es der Mangel an Leitlinien in Kombination mit der geringen Beteiligung des Privatsektors an der Abfallverwertung Unternehmen schwer, die Umweltvorschriften einzuhalten, wodurch sich das Risiko rechtlicher Konsequenzen erhöht.

Chemieunternehmen laufen Gefahr, mit der Verseuchung von Erde und Wasser in Verbindung gebracht zu werden, wenn Mülldeponien zur Abfallentsorgung verwendet werden. Trotz des umfassenden rechtlichen Rahmenwerks in Bezug auf die Abfallverwertung fehlt es Brasilien an der Infrastruktur zur sicheren Müllentsorgung. Der Großteil des Mülls (bis zu 98 %) wird in Brasilien auf Mülldeponien entsorgt, von denen 18 % weder kontrolliert noch reguliert werden.[130] Das Unvermögen der kommunalen Behörden, die Müllentsorgung zu regulieren, bedeutet für deutsche Unternehmen, dass ihre Chemikalien unter Umständen auf gesetzwidrige oder skrupellose Weise entsorgt werden.

Wenn festgestellt wird, dass Nahrungsmittel und Wasser durch Müll kontaminiert wurden, können Unternehmen für negative Gesundheitsauswirkungen auf die lokale Bevölkerung haftbar gemacht werden. Um die rechtlichen Konsequenzen und Reputationsschäden in Zusammenhang mit Brasiliens Abfallverwertungsvorschriften zu vermeiden, ist es für Chemieexporteure ratsam sicherzustellen, dass adäquate Verfahren zur Müllentsorgung benutzt werden.

Der Erwerb von Wasserlizenzen auf korrupte Art und Weise erhöht den Wassermangel und Rohstoff-Wettbewerb

Es besteht ein hohes Risiko, dass illegale Forderungen an Chemieunternehmen gestellt werden, insbesondere beim Umgang mit lokalen Behörden. Chemieexporteure müssen sich darüber im Klaren sein, dass Umweltgenehmigungen auf kommunaler Ebene häufig mit Korruption verbunden sind. Eine Studie der Weltbank von 2009 besagt beispielsweise, dass 14,9 % der Investoren in Brasilien mindestens einmal eine Bestechungsgeldforderung erhalten haben. Dies geschah am häufigsten in Zusammenhang mit der Ausstellung von Bewilligungen und Betriebsgenehmigungen.[131]

Chemieunternehmen, die Branchen beliefern, die solche Lizenzen benötigen, laufen Gefahr, mit diesen korrupten Praktiken assoziiert zu werden. Aufgrund der mangelnden Kontrolle der Lizenzvergabe ist es besonders wahrscheinlich, dass Unternehmen, die sich an Kommunalverwaltungen wenden, mit Korruption konfrontiert werden, da Beamte daran gewöhnt sind, Bewilligungen gegen Zahlung von Bestechungsgeldern zu erteilen.

Korruption bei der Erteilung kommerzieller Lizenzen verschärft den Wassermangel in städtischen Gebieten. Mitarbeiter lokaler Behörden, die Bewilligungen und Lizenzen erteilen, vernachlässigen unter Umständen gesellschaftliche und umweltbezogene Aspekte, um sich mittels Bestechungsgeldern persönlich zu bereichern. Wenn den Umweltvorschriften nicht nachgekommen wird, erhöht sich der Wassermangel, insbesondere in großen Wirtschaftszentren wie São Paulo und Rio de Janeiro. Deutsche Unternehmen können für die Entstehung sozioökonomischer Konflikte indirekt verantwortlich gemacht werden, wenn sie von Exportverträgen mit Herstellern profitieren, die Bewilligungen und Lizenzen durch Korruption erworben haben. Dadurch können die bestehenden Spannungen zwischen der Bevölkerung und der Industrie in Bezug auf die Wassernutzung verschärft werden.

Zum Beispiel wurde der amerikanische Aluminiumhersteller ALCOA von Umweltschutzgruppen für die Beteiligung am Betreiberkonsortium Barra Grande Energetica S/A (BAESA) kritisiert. Die BAESA betreibt zurzeit das Barra Grande-Wasserkraftwerk an der Grenze zwischen den Bundesstaaten Rio Grande do Sul und Santa Catarina. Gemeinschaftsgruppen wie die Movement of People Affected by Dams (Bewegung von Völkern, die durch Errichtung von Dämmen betroffen sind) berichteten von wesentlichen Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Genehmigungen und Lizenzen für dieses Projekt. Die MAB beschuldigt ALCOA, sich durch Korruption auf Kosten der lokalen Bevölkerung und der Umwelt zu bereichern.[132]

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Einhaltung internationaler Umweltstandards zum Schutz der Bevölkerung

Deutsche Unternehmen sollten internationale Umweltschutzstandards etablieren und aufrechterhalten, selbst wenn diese in Brasilien nicht von den Behörden durchgesetzt werden. Unternehmen können sich gegen negative Berichterstattung über Umweltschädigungen schützen, indem sie internationale Umweltstandards einhalten.

Dieser Ansatz bewahrt Unternehmen vor Veräußerungen und Markenschäden und schützt die Bevölkerung, die großen Gefahren durch Chemikalien ausgesetzt ist, z. B. durch Chemieanlagen oder in der Umgebung von Energieprojekten oder Mülldeponien. Deutsche Firmen sollten eine unternehmensweite Richtlinie zum Umweltmanagement entwickeln, die Anforderungen für den sicheren Transport und die sichere Entsorgung chemischer Abfälle enthält.

Entwicklung interner und externer Due-Diligence-Verfahren, um die Einhaltung der nationalen Gesetzgebung und internationaler bewährter Verfahren sicherzustellen.

Um die Einhaltung nationaler Vorschriften und internationaler Standards sicherzustellen, sollten Unternehmen interne Verfahren etablieren. Unternehmen können die Einführung von Due-Diligence-Standards für die Ausfuhr von Chemikalien in Betracht ziehen. So können zum Beispiel die Compliance-Verpflichtungen für Ausfuhren identifiziert und klare Leitlinien und Richtlinien in Bezug auf den Export von Chemikalien etabliert werden. Um die Einhaltung in der gesamten Wertschöpfungskette zu unterstützen, können die MitarbeiterInnen in Bezug auf soziale und umweltspezifische Konformität geschult werden.

Solche Maßnahmen zeigen, dass ein Exportunternehmen die Umwelt- und gesellschaftlichen Verpflichtungen ernst nimmt. Darüber hinaus ist es ratsam, Vereinbarungen in Bezug auf den Einsatz von Chemikalien und die Entsorgung von Abfällen zu treffen und zu dokumentieren (d. h. eine Verpflichtung, Chemikalien im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung zu nutzen und zu entsorgen).

Unternehmen sollten mit Geschäftspartnern vor Ort zusammenarbeiten, um die mit der Ausfuhr von Chemikalien verbundenen Umwelt- und Compliance-Risiken zu senken. Abgesehen von der Stärkung der internen Due-Diligence-Verfahren können Unternehmen die Einhaltung ihrer Verpflichtungen auch durch sorgfältige Prüfungen der lokalen Geschäftspartner gewährleisten. Exportunternehmen können die Geschäftspraktiken brasilianischer Firmen überwachen, einschließlich der Einhaltung von Sozialstandards und Umweltvorschriften.

Außerdem können in Verträgen entsprechende Verpflichtungen aufgenommen werden. Diese vertraglichen Forderungen sollten die Verpflichtung des Unternehmens zur Einhaltung der brasilianischen Gesetzgebung und internationaler bewährter Verfahren in Zusammenhang mit dem Einsatz und der Entsorgung von Chemikalien klar festhalten.

Potenzieller Partner

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Zweigstelle Brasilien

Die brasilianische Dienststelle des UNEP wurde 2004 als Teil der Dezentralisierungsstrategie eingerichtet. Das UNEP will damit besser auf nationale und regionale Umweltprioritäten reagieren können. Die brasilianische Zweigstelle arbeitet mit einer Vielzahl von Partnern, einschließlich staatlicher Einrichtungen, NGOs, dem Privatsektor und dem Bildungswesen, sowie mit bilateralen und multilateralen Agenturen zusammen.

Seit der Etablierung der brasilianischen Dienststelle wurden verschiedenste Aktivitäten durchgeführt, z. B. wurden Partner mit technischen Leitlinien zu Themen wie dem Umgang mit chemischen Substanzen versorgt. Deutsche Exporteure können von einer Partnerschaft mit UNEP Brasilien aufgrund der Erfahrungen der Organisation mit dem Management von Chemikalien im Land profitieren. Die Zusammenarbeit bietet außerdem die Möglichkeit, die Chemikaliensicherheit bei Zwischenhändlern zu fördern, da die brasilianische Zweigstelle lokalen Unternehmen Informationen und Beratung zu Richtlinien bereitstellt und beim Aufbau von Kapazitäten hilft.[133]

http://www.unep.org/about/Structure/UNEPBrazilOffice/tabid/130272/Default.aspx

Schaffung einer Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinie sowie Gründung von internen Arbeitsgruppen zur Kontrolle der Einhaltung

Die Schaffung einer Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinie zur Nutzung chemischer Produkte stärkt den gesellschaftlich verantwortungsvollen Ansatz von Führungskräften und Lieferanten in diesem Bereich. Berufsbedingte Erkrankungen und Arbeitsunfälle wirken sich negativ auf die Produktivität aus und können für in Brasilien investierende Unternehmen kostspielig sein. Daher profitieren sie bei Tätigkeiten in Brasilien von der Einhaltung der grundlegenden Anforderungen. Um dies sicherzustellen, können Richtlinien zu den Menschenrechten, einschließlich einem gesellschaftlich verantwortungsvollen Ansatz in Bezug auf das Sicherheits- und Gesundheitsschutzmanagement, erstellt und umgesetzt werden. Diese Richtlinien sollten die Erwartungen und Verpflichtungen in diesem Bereich deutlich darlegen. Die darin festgehaltenen Anforderungen sollten speziell auf die Risiken im Umgang mit chemischen Produkten eingehen. Zum Beispiel können durch die Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstungen und die sichere Entsorgung giftiger Chemikalien Kontakt und Kontamination mit diesen vermieden werden. Die auf den Einsatz von Chemikalien zugeschnittenen Richtlinien unterstützen außerdem Fabriken, in denen Chemikalien häufig eingesetzt werden, beim verantwortungsvollen Risikomanagement.

Standardmäßige Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit können durch die Schaffung interner Arbeitsgruppen erweitert werden. Um nicht in Debatten in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit verwickelt zu werden, sollten sich Chemieunternehmen nicht nur auf die von brasilianischen Fabriken durchgeführten grundlegenden Schulungen verlassen. Die Anlagen sollten angehalten werden, Arbeitsgruppen aus ArbeitnehmerInnen und Managern zu bilden, die schlechte Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen systematisch verbessern. Diese Arbeitsgruppen können dank ihres umfassenden Verständnisses der für Arbeitskräfte relevanten Gesundheits- und Sicherheitsaspekte sinnvolle Praktiken unterstützen und praktische, effektive Lösungen entwickeln.

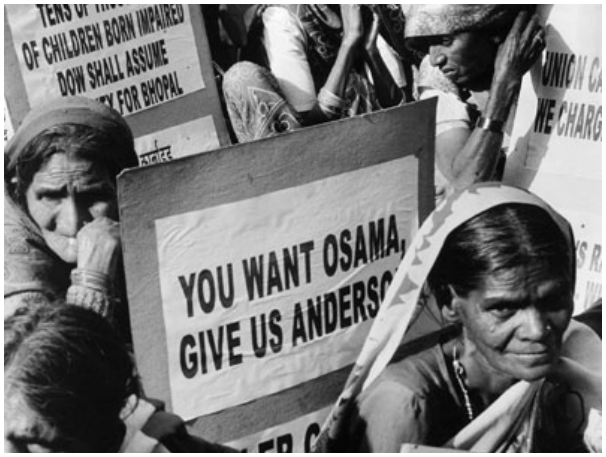
Potenzieller Partner

Dreigliedrige Kommission für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (Comissão Tripartite de Segurança e Saúde no Trabalho, CT-SST)

Die CT-SST wurde 2008 vom Ministerium für Arbeit, Sozialwesen und Gesundheit gegründet. Sie soll die Umsetzung des IAO-Übereinkommens 187 zur Sicherheit am Arbeitsplatz bewerten. Die dreigliedrige Kommission ermöglicht es Unternehmen, gemeinsam mit Vertretern der Behörden und Gewerkschaften wirksame Förderungs-, Schutz- und Vorbeugungsstrategien zu identifizieren. Die CT-SST arbeitet seit ihrer Gründung mit Hochrisiko-Industrien, um Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit sowie eine integrierte Forschungsagenda und Studien zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zu fördern. Deutsche Unternehmen können die CT-SST durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln oder technischer Forschung in Bezug auf die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz unterstützen.

http://portal.mte.gov.br/seg_sau/comissao-tripartite-de-saude-e-seguranca-no-trabalho-ctsst.htm

4.2 Export von Chemikalien nach Indien



Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	35	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	14	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	13	→	Extrem
Rechte Indigener Völker:	16	→	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	49	→	Hoch
Korruptionsrisiko:	70	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	66	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	18	↘	Hoch
Innere Unruhen:	28	→	Hoch
Energiesicherheit:	61	→	Hoch
Lebensmittelsicherheit:	87	↘	Hoch
Wasserversorgungssicherheit:	30	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner innerhalb der EU. Die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden durch eine strategische Partnerschaft der beiden Regierungen gestärkt. Trotz des schwächeren Wirtschaftswachstums Indiens wird erwartet, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in den nächsten fünf Jahren weiter vertiefen werden. Die deutschen Exporte nach Indien stiegen zwischen 2009 (11,2 Milliarden USD) und 2013 (12,3 Milliarden USD) um 10 %. Bei Indiens Exporten nach Deutschland war sogar ein Wachstum von 38 % zu verzeichnen, wobei der Wert von 5,8 Milliarden USD auf 8,1 Milliarden USD stieg. Eine Reihe gemeinsamer Regierungskonsultationen haben Deutschlands Rolle als wichtiger Handelspartner Indiens gefestigt. Aktuell gibt es zwischen den beiden Ländern ca. 1600 Kooperationsvereinbarungen und fast 600 Joint Ventures.[134] In den letzten drei Jahren haben große deutsche Unternehmen ihre bestehenden Investitionen in Indien ausgeweitet, und einige andere Firmen haben begonnen, sich den indischen Markt zu erschließen.[135]

Indiens Wirtschaftswachstum für 2014/2015 wird auf ungefähr 5,5 % geschätzt und liegt somit etwas unter der Prognose der Regierung von 5,9 %. Die Erwartungen für die kommenden drei Jahre liegen zwischen 5 % und 6,5 %, d. h. das von der Regierung angestrebte Wachstum von 7 % bis 8 % wird voraussichtlich nicht erreicht. Trotz der Konjunkturabschwächung bleibt Indiens Wachstumspotenzial hoch und bietet ausländischen Investoren laufend Investitionsmöglichkeiten. Durch das Wachstum der Bau-, Automobil-, Textil-, und Agrarbranche werden die Chemieimporte in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich steigen.

Chemische Produkte werden auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren ein wesentlicher Bestandteil des Handels zwischen Deutschland und Indien bleiben. Die deutschen Exporte von Chemikalien nach Indien betrugen 2013 1,4 Milliarden USD. Dies ist eine Steigerung von 37 % im Vergleich zu 2009, als die Exporte sich auf 1 Milliarde USD beliefen.[136] An der Spitze der deutschen Exporte befanden sich Maschinen (31 % der deutschen Gesamtexporte nach Indien), gefolgt von elektrischen und elektronischen Geräten (12 %) und chemischen Produkten (11 %).[137] Organische Chemieprodukte machten 40 % (553 Millionen USD) der Gesamtexporte chemischer Produkte aus, verschiedene Chemikalien 16 % (218 Millionen USD) und pharmazeutische Produkte 11 % (152 Millionen USD).[138]

Foto: Demonstranten verlangen nach Gerechtigkeit für die Katastrophe von Bhopal. Bildquelle: obbino, Compfight

Die größten Risiken in Bezug auf Menschenrechte innerhalb des indischen Chemiesektors sind Berufsunfälle und beruflich bedingte Krankheiten. Indien war Schauplatz einer der weltgrößten Industriekatastrophen, allgemein als Katastrophe von Bhopal bekannt. Im Dezember 1984 starben aufgrund von entweichenden Giftgasen aus einer Pflanzenschutzmittelfabrik des Chemiekonzerns Union Carbide India Limited 22.000 Menschen. Mehr als 500.000 kamen in Kontakt mit dem toxischen Gas Methylisocyanat (MIC) und anderen Chemikalien. Die langfristigen Auswirkungen solcher Katastrophen werden dadurch verdeutlicht, dass die stillliegende Anlage auch 30 Jahre später noch die Umgebung verseucht. Aufgrund dieser Katastrophe werden die Geschäftstätigkeiten und Aktivitäten von Chemieunternehmen in Indien eingehend geprüft. Neben den schlechten und gefährlichen Arbeitsbedingungen umfassen die Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards in der indischen Chemieindustrie mangelnde Überwachung von Lieferanten der zweiten und nachfolgenden Ebenen sowie Umweltverschmutzung.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Die mit Chemikalien in Berührung kommenden ArbeitnehmerInnen sind hohen Gesundheits- und Sicherheitsgefahren ausgesetzt

Das veraltete Arbeitsrecht Indiens in Kombination mit der mangelnden rechtlichen Durchsetzung führt zu hohen beruflichen Gesundheits- und Sicherheitsgefahren. Die Arbeitsbedingungen in indischen Industrieunternehmen werden von einem undurchsichtigen rechtlichen Rahmenwerk reguliert, das aus einer Vielzahl an Gesetzen auf zentraler Ebene und bundesstaatlichen Richtlinien besteht. Viele dieser Gesetze sind 50 bis 100 Jahre alt. Zum Beispiel wurde das Fabrikgesetz von 1948, das die grundlegenden Normen zu Reinheit, Belüftung, Überfüllung und Beleuchtung regelt, zum letzten Mal im Jahr 1987 überarbeitet. Die Verordnungen zur Herstellung, Lagerung und dem Import gefährlicher Chemikalien von 1989 verlangen von Arbeitgebern den Einsatz geeigneter Maßnahmen beim Umgang mit sowie dem Transport und der Lagerung von Gefahrstoffen, wie beispielsweise toxischen Chemikalien.

Hinzu kommt, dass die Regierung die auf Gesundheit und Sicherheit bezogenen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht ratifiziert hat, d. h. Übereinkommen Nr. 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt und Übereinkommen Nr. 161 über die betriebsärztlichen Dienste. Außerdem wird die wirksame und beständige Durchsetzung der Gesundheits- und Sicherheitsgesetze in vielen Anlagen durch fehlende Ressourcen und technische Kapazitäten der staatlichen Arbeitsinspektoren sowie durch die endemische Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft untergraben. Die Durchsetzung der Vorschriften gestaltet sich besonders innerhalb des großen informellen Sektors schwierig, in dem branchenübergreifend etwa 93 % aller Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Berufsunfälle sind in der Chemieindustrie besonders häufig. Dadurch entstehen Risiken für deutsche Exporteure. Brände in Fabriken, einstürzende Gebäude und andere große Betriebsunfälle sind auch im Chemiesektor oder Industrien mit starkem Einsatz von Chemikalien wie der Bau-, Automobil- und Textilbranche sowie der Landwirtschaft keine Seltenheit. Der Einsatz von Gefahrstoffen, einschließlich toxischer Chemikalien, hat langfristige negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Probleme wie z. B. schlechte Belüftung, fehlende Schutzkleidung, Kontakt mit toxischen Chemikalien ohne Bereitstellung angemessener Schutzvorrichtungen sowie mangelnde medizinische Dienste und Notfallbereitschaft bewirken im Chemiesektor und anderen Branchen, in denen die ArbeitnehmerInnen häufig mit gefährlichen Chemikalien in Kontakt kommen, beruflich bedingte Krankheiten. So sind beispielsweise Atemwegserkrankungen weit verbreitet.

Des Weiteren führen diese Bedingungen häufig zu Arbeitsunfällen oder sogar zu Todesfällen. Zudem geben die Behörden keine Grenzwerte für gefährliche Chemikalien, wie zum Beispiel Blei, am Arbeitsplatz vor. Diese Umstände führen dazu, dass beispielsweise in Gujarats Achatbranche häufig Todesfälle aufgrund von Silikose (Staublunge durch Kontakt mit Siliciumdioxid) berichtet werden.

ArbeitnehmerInnen, die an Berufskrankheiten leiden, haben nur beschränkten Zugang zu Rechtsmitteln. Die Liste der Krankheiten, für die ArbeitnehmerInnen laut des Workers Compensation Acts (Arbeitsunfallgesetz) eine Ausgleichzahlung erhalten, ist nicht umfangreich genug. Zum Beispiel verweigerten die Behörden des Bundesstaates Gujarat Ausgleichszahlungen für ArbeitnehmerInnen mit muskuloskelettalen Erkrankungen und Krankheiten, die durch den Kontakt mit Polyacrylat, einer Chemikalie, die bei der Herstellung von Verbrauchsgütern eingesetzt wird, entstehen. Laut der Landesregierung folgten die Behörden der Entscheidung des nationalen Instituts für Arbeitsschutz, das diese Krankheiten nicht als beruflich bedingte Krankheiten einstuft. Ausländische Investoren, die den ArbeitnehmerInnen keine angemessene Schutzkleidung sowie Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit bereitstellen, laufen Gefahr, die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zu gefährden, wenn diese aufgrund von Gesundheitsproblemen arbeitsunfähig werden.

Unübersichtliche Lieferketten erhöhen die Risiken für Exporteure

Die fehlenden direkten Beziehungen mit nachgelagerten Lieferanten der Wertschöpfungskette von Chemikalien bringen für Exportunternehmen Risiken in Bezug auf die Menschenrechte mit sich. Das komplexe und undurchsichtige rechtliche Rahmenwerk stellt in Kombination mit der Korruption auf allen behördlichen Ebenen für Unternehmen, die chemische Produkte nach Indien exportieren, hohe Risiken dar. Aufgrund der fehlenden Transparenz der Vertriebsnetze und des unzureichenden Lieferkettenmanagements verlieren Unternehmen leicht die Kontrolle über ihre exportierten Produkte. Aufgrund dieser Bedingungen können deutsche Exporteure ihre Lieferanten der zweiten und nachfolgenden Ebenen (auch im Fertigungs- und Agrarsektor) schnell aus den Augen verlieren. Dadurch werden nicht nur die Überwachung und das Management von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken erschwert, sondern auch das Risiko der Verwendung von Chemikalien für unethische Zwecke erhöht.

Deutsche Chemieunternehmen, die mit der unsachgemäßenVerwendung ihrer Produkte in Verbindung gebracht werden, laufen Gefahr, Reputationsschäden zu erleiden und unter Umständen Investoren zu verlieren. Chemikalien, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf unverantwortliche Art und Weise eingesetzt werden, können langfristige Umweltschäden mit negativen Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung und die menschliche Entwicklung nach sich ziehen.

Umweltverschmutzung durch Missmanagement von chemischen Abfällen gefährdet die Existenzgrundlage lokaler Bevölkerungsgruppen

Zwar ist der rechtliche Rahmen für Umweltschutz relativ umfassend, aber die Gesetze werden oft nicht beachtet und nur unzureichend durchgesetzt. Indien verfügt über ein gut entwickeltes, umfassendes, wissenschaftlich untermauertes und leicht zugängliches Regelwerk.

Jedoch fehlt es den Kontrollausschüssen für Umweltverschmutzung (State Pollution Control Boards, SPCBs) an personellen Ressourcen und technischen Kapazitäten. Aus diesem Grund bleiben viele Verstöße unentdeckt. Die Missachtung der angeordneten Schließung hunderter Färbereien und Textildruckunternehmen in Rajasthan verdeutlicht die eingeschränkten behördlichen Kapazitäten. Hinzu kommt, dass indische Medien laufend über Fälle von Korruption bei den SPCBs berichten.

Die Chemieindustrie verursacht häufig Gewässerverschmutzungen mit negativen Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung. Die Verwaltung und Umsetzung der Abwasseraufbereitung ist in Indien äußerst mangelhaft. Beispielsweise wurden 2011 nur 10 % der Abwässer aufbereitet.[139] Die Verseuchung lokaler Wasserressourcen durch Industrien, wie z. B. Chemieanlagen oder Fabriken, die Chemikalien einsetzen, hat negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung und erhöht das Risiko der Kontamination landwirtschaftlich genutzter, bewässerter Flächen. Zum Beispiel wurde im Rahmen einer Studie vom April 2014 festgestellt, dass der den Bundesstaat Gujarat durchquerende Fluss Sabarmati nach wie vor stark durch die Abwässer von Haushalten und Fabriken belastetet ist.[140]

Medienberichten zufolge sind Verstöße gegen die Umweltschutzauflagen, wie z. B. die Einleitung unbehandelter Abwässer durch die Industrie, die Hauptursache für die Verschmutzungen im Land. Industrien, in denen anorganische Chemikalien, Dünger, Färbemittel, Farben, Pharmazeutika und Batterien gehandhabt werden, gelten als am gefährlichsten, da diese Abfälle nicht abbaubar sind.[141] Aufgrund der zuvor genannten Umstände ist das Trinkwasser oft nicht zum Konsum über längere Zeiträume geeignet und so wird langfristig der Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung beeinträchtigt. Das kontaminierte Wasser überträgt Krankheiten und verursacht schwere Gesundheitsprobleme, wie beispielsweise Schädigung des zentralen Nervensystems oder der Leber, sowie Gefäßkrankheiten und Hautkrebs.[142]

Empfehlung für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Unzureichende Gesundheitsversorgung gibt Unternehmen Möglichkeiten für soziale Investitionen

Geschäftsinvestitionen in gesundheitsbezogene Aus- und Fortbildung sowie verbesserter Zugang zu Gesundheitsversorgung senken die Gesundheits- und Sicherheitsrisiken. Indiens Gesundheitswesen hat im ganzen Land Probleme mit der Bereitstellung von wirksamen Behandlungen von Krankheiten. Laut Einschätzung der Weltbank wendet Indien nur 4 % seines BIP für die medizinische Versorgung auf, in China und Brasilien sind es zum Vergleich 5,4 % bzw. 9,3 %.[143] Aufgrund der jahrelang sehr geringen Ausgaben für die Infrastruktur sind ist die Versorgung durch das staatliche Gesundheitswesen nicht ausreichend und oft unzulänglich. Zum Beispiel kommen in Indien lediglich 0,6 Ärzte auf 1000 Einwohner. In China sind es 1,4 und in Brasilien 1,8 auf 1000 Einwohner.[144] Aus diesem Grund erhalten Arbeitskräfte, die Chemikalien ausgesetzt sind, keine ausreichende medizinische Behandlung. Darüber hinaus führt die mangelnde Spezialisierung auf beruflich bedingte Krankheiten oft zu falschen Diagnosen und Behandlungen, insbesondere bei Lungenkrankheiten wie Silikose.[145]

Investitionen in Indiens Gesundheitswesen können die Regierung bei der Etablierung einer umfassenden und nachhaltigen gesellschaftlichen und menschlichen Entwicklung unterstützen. Unternehmen sollten auch sicherstellen, dass Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Arbeitskräften implementiert werden und die ArbeitnehmerInnen möglichst häufig Zugang zu medizinischen Fachkräften für die Diagnose und Behandlung von beruflich bedingten Krankheiten erhalten. Unternehmen profitieren auch von routinemäßigen medizinischen Untersuchungen und Schulungen der MitarbeiterInnen zur Steigerung des Gesundheitsbewusstseins. Wenn Chemikalien zum Einsatz kommen, sollten Unternehmen sicherstellen, dass die ArbeitnehmerInnen mit den erforderlichen Schutzausrüstungen versorgt werden und relevante Schulungen erhalten.

Best Practice

BASF

BASF konzentriert sich in seinen indischen Anlagen zunehmend auf die Unfallverhütung. Das Unternehmen führte verschiedene Schulungsprogramme zu Genehmigungssystemen, Berichterstattung von Zwischenfällen, Verwendung persönlicher Schutzausrüstung, Gefahrenerkennung und Risikobewertung in Indien durch. BASF bot außerdem im Jahr 2012 als Teil seines Programms zur Gesundheitsförderung Hörtests in seinen indischen Anlagen an.

http://www.india.basf.com/apex/India/en/content/sustainability/sustainability_EnvironmentHealthSafety

Potenzielle Partner

Sustainable Apparel Coalition (SAC)

Die Sustainable Apparel Coalition (SAC) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, Einzelhändlern, Lieferanten und NGOs mit dem Ziel, negative Auswirkungen der Kleidungs- und Schuhindustrie auf die Umwelt und die Gesellschaft zu reduzieren. Die SAC will erreichen, dass weniger Chemikalien und Gefahrstoffe mit direkter Gefährdung der Gesundheit und Sicherheit benutzt werden und dass Angestellte am Arbeitsplatz nicht mit toxischen Chemikalien in Kontakt kommen. Chemieunternehmen mit Verbindungen zu Lieferketten in der Textilbranche können von einer Partnerschaft mit der SAC profitieren und bewährte Verfahren beim Einsatz von Chemikalien in der Produktion von Kleidung und Schuhen etablieren.

http://www.apparelcoalition.org/desired-outcomes/

Einhaltung internationaler Umweltnormen zum Schutz der Bevölkerung und Vermeidung von Reputationsschäden

Deutsche Unternehmen, die Chemikalien nach Indien exportieren, können von der Einhaltung der höchsten internationalen Umweltschutzstandards profitieren. Ungeachtet der Verpflichtungen durch die indische Gesetzgebung sollten deutsche Chemiefirmen ihre eigenen unternehmensweiten Richtlinien zum Umweltmanagement, die sich im Einklang mit internationalen Standards befinden, einführen. Insbesondere sollten sie die höchsten Standards einhalten und für die Behandlung und Entsorgung ihrer Abfälle sorgen. Die Einhaltung bewährter Verfahren hinsichtlich des Umweltschutzes stellt den Schutz der Bevölkerung in Gebieten, die besonders von chemischer Verschmutzung betroffen sind, sicher. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Ufergebiete von Flüssen in großen Ballungszentren, beispielsweise des Sabarmati Flusses, der Ahmedabad durchquert.

Potenzielle Partner

Deutsch-indische Umweltpartnerschaft (IGEP)

Die Deutsch-indische Umweltpartnerschaft (IGEP) wurde 2012 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufen, um Umwelt- und Klimaschutzstrategien, die inklusives und vom Ressourcenverbrauch entkoppeltes Wirtschaftswachstum ermöglichen, zu entwickeln. Dieses Programm vereint nationale, bundesstaatliche und lokale Entscheidungsträger des öffentlichen und privaten Sektors, um nachhaltige Lösungen für die Umweltprobleme in Industriezonen zu etablieren. Das Programm konzentriert sich vor allem auf nachhaltige industrielle Entwicklung. Dazu gehören Tätigkeiten in Investitionsgebieten und Industrieparks, Abfall- und Abwassermanagement, umweltfreundliche Verfahren, Klimaschutzmaßnahmen und Katastrophenrisikomanagement. Die IGEP wird voraussichtlich für Chemieunternehmen, die eine nachhaltige industrielle Entwicklung in ihre Tätigkeiten integrieren wollen, in der Zukunft ein bedeutender Partner werden.

https://www.giz.de/en/worldwide/16894.html

Potenzielle Partner

Greenpeace

Nach Indien exportierende Unternehmen, die die Aufmerksamkeit internationaler NGOs auf sich ziehen, sind einem hohen Risiko von Reputationsschäden ausgesetzt. Beispielsweise war Greenpeace jahrelang aktiv an der Untersuchung von Umweltverschmutzungen in Vapi, einer Stadt in Gujarat, sowie im gesamten Gebiet des Staates, beteiligt. Die NGO hat die Industriegebiete entlang des „Goldenen Korridors“, der Vapi mit anderen Industrien in Anklehswar und Nandesai verbindet, schon immer als „toxischen Hotspot“ bezeichnet. Eine Untersuchung von Greenpeace dokumentiert, wie die Kläranlage Common Effluent Treatment Plant in Vapi gefährliche Mengen an Gefahrstoffen einleitet, einschließlich giftiger Schwermetalle wie Quecksilber.

Durch eine derart bekannte und mit den Medien vertraute NGO besteht ein sehr hohes Reputationsrisiko für Unternehmen, die der Beteiligung an Umweltverschmutzung beschuldigt werden könnten. In Indien tätige Chemieunternehmen können von strategischen Partnerschaften mit lokalen und internationalen NGOs zur Unterstützung von Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen, die von Chemieanlagen betroffen sind, profitieren. Gelegenheiten für Partnerschaften mit zivilrechtlichen Organisationen mit Präsenz in Indien, wie z. B. Greenpeace, können Chemieunternehmen, die im Land tätig werden, auch bei der Implementierung bewährter Verfahren im Land helfen.

http://www.greenpeace.org/india/en/news/greenpeace-shuts-down-pollutin/

4.3 Export von Chemikalien in die Vereinigten Arabischen Emirate

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	28	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	41	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	83	→	Mittel
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	115	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	144	→	Mittel
Rechtsstaatlichkeit:	84	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	119	→	Niedrig
Innere Unruhen:	91	→	Mittel
Energiesicherheit:	115	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	190	→	Niedrig
Wasserversorgungssicherheit:	21	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die aktuelle Diversifizierung der sich auf Erdöl und Erdgas stützenden Wirtschaft der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene, bietet deutschen Chemieunternehmen neue Investitionsmöglichkeiten. Die Zentralregierung unterstützt gemeinsam mit den individuellen Verwaltungen der sieben Emirate, insbesondere der Wirtschaftsmotoren Dubai und Abu Dhabi, das Wirtschaftswachstum außerhalb des Ölsektors und die Diversifizierung entlang der Wertschöpfungskette der Öl- und Gasindustrie.

Die Regierung fördert ausländische Investitionen in den mit dem Öl- und Gassektor verbundenen Sektoren, wie zum Beispiel in den Bereichen Chemikalien, Petrochemikalien, Mineralölerzeugnisse und dem Dienstleistungssektor für Öl und Gas. Die emiratische Regierung verfolgt diese Ziele durch gesteigerte öffentliche Ausgaben für Infrastruktur und Bauinvestitionen, Steuererleichterungen und die Schaffung von Freihandelszonen. Die Diversifizierung soll das weitere Wirtschaftswachstum sicherstellen und die Staatseinnahmen vor externen Einflüssen in Verbindung mit schwankenden Ölpreisen schützen.

Durch die öffentlichen und privaten Ausgaben für Infrastruktur und Bauinvestitionen wird die Expansion in Nichtöl-Sektoren weiter vorangetrieben, wodurch sich für ausländische Unternehmen kontinuierlich Investitionsmöglichkeiten bieten. Der Internationale Währungsfonds (IMF) erwartet für die nächsten fünf Jahre ein reales BIP-Wachstum zwischen 4 % und 5 %, wobei die Nichtöl-Sektoren die wichtigsten treibenden Faktoren sein werden. Im letzten Jahrzehnt hat der Beitrag der Nichtöl-Sektoren zum realen BIP-Wachstum den Öl- und Gassektor überholt.

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) schätzt, dass aktuell nur 40 % des BIP der VAE durch Erdöl und Erdgas generiert werden.[146] Die übrigen 60 % setzen sich aus verschiedenen Nichtöl-Sektoren zusammen, z. B. Nichtöl-Handel (ungefähr 30 % des BIP – der größte individuelle Anteil), Gastgewerbe (14 %), Produktion (13 %), sowie Transport und Kommunikation (5 %). Voraussichtlich wird die weitere Expansion dieser Branchen mittel- und langfristig der stärkste Faktor des Wirtschaftswachstums sein.

Deutsche Firmen können bei der weiteren Entwicklung dieser Sektoren auf die seit langem bestehende deutsche Präsenz in den emiratischen Märkten aufbauen. Die deutschen Exporte in die Vereinigten Arabischen Emirate stiegen 2013 um 2 % auf 15,58 Milliarden USD an.Laut dem Auswärtigen Amt sind die VAE Deutschlands wichtigster Exportmarkt innerhalb der arabischen Welt.[147]

Foto: Sonnenuntergang über Dubai. Bildquelle: Flickr

Chemikalien werden in den kommenden Jahren voraussichtlich einer der wichtigsten Exportbereiche bleiben. Das Auswärtige Amt nennt neben Fahrzeugen, Maschinen und elektrischen Geräten chemische Produkte als einen der vier wichtigsten Sektoren für Exporte in die VAE.[148] Die Exporte von Chemikalien stiegen in den letzten fünf Jahren um 135 %, wobei der Wert 2013 1,3 Milliarden USD betrug.[149]

Deutschlands hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovation und technisches Fachwissen in Kombination mit dem weiteren Wirtschaftswachstum der VAE wird voraussichtlich die Nachfrage der emiratischen Chemiebranche nach deutschen Chemikalien steigern. Darüber hinaus werden Investitionen deutscher Chemieunternehmen durch finanzielle Anreize (insbesondere in den Freihandelszonen), niedrige Handelsbarrieren der VAE mit anderen Ländern der Golfregion, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und ein stabiles politisches und rechtliches Umfeld weiterhin gefördert.[150]

Da die VAE ein wichtiger Standort für die Wiederausfuhr in andere Märkte der Golfregion und dem Nahen Osten sind, werden die deutschen Chemieexporte voraussichtlich weiter steigen. Die Präsenz mehrerer deutscher Chemiekonzerne, insbesondere BASF und Merck, sind ein Indiz der Stärke der Chemiebranche in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Fortlaufendes Risiko für die Verwendung von Chemikalien für unethische Zwecke

In die VAE exportierende Firmen können der Mitschuld bezichtigt werden, wenn ihre Produkte für unethische Zwecke eingesetzt werden. Deutsche Chemieunternehmen können mit der Verwendung ihrer Produkte für unethische Zwecke, z. B. dem Einsatz von Tränengas gegen Demonstranten, assoziiert werden. Auch wenn Unternehmen keinen direkten Einfluss auf die Endverwendung ihrer Produkte haben, so besteht dennoch ein Risiko von Reputationsschäden sowie eines möglichen Rückgangs von Investitionen durch Geschäftspartner oder Investoren.

Abgesehen von Verletzungen oder Todesfällen aufgrund der in solchen Situationen benutzten Chemikalien kann der unverantwortliche Einsatz dieser durch emiratische Behörden oder andere Sicherheitskräfte dauerhafte Umweltschäden zur Folge haben, die sich negativ auf den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung, insbesondere den der Bauern und Fischzüchter in den ärmeren östlichen Emiraten, auswirken.

Fallstudie

Tränengas in Bahrain: Die VAE und deutsche Unternehmen

Wenn die Sicherheit und Gesundheit von Zivilisten durch den Einsatz deutscher Chemieprodukte gefährdet wird, kann dies negative Medienbericherstattung zur Folge haben. Zum Beispiel berichtete die Deutsche Welle im Februar 2014, dass Tränengaskanister des Munitionsfabrikanten Rheinmetall Denel, einem Unternehmen der Düsseldorfer Rheinmetall und der südafrikanischen Firma Denel, von den bahrainischen Sicherheitskräften zur Auflösung von Protesten der Opposition eingesetzt wurden.

Dem Artikel zu Folge hatten die VAE vorher aus Deutschland bezogene Tränengaskanister möglicherweise nach Bahrain exportiert. Obwohl die Herkunft des Tränengases nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte, kann sich die Nennung von Rheinmetall Denel in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen potenziell negativ auf den Ruf des Unternehmens auswirken.

Chemische Verschmutzung stellt ein Risiko für den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung dar

Die Umweltvorschriften in den Vereinigten Arabischen Emiraten machen es deutschen Chemieunternehmen schwer, internationale Normen im Bereich Umweltschutz einzuhalten. Die Vielzahl an sich überschneidenden und häufig widersprüchlichen Umweltschutzvorschriften entzieht Unternehmen, die umweltfreundlich agieren wollen, eine sichere Rechtsgrundlage. Umweltgesetze sind sowohl auf bundesstaatlicher als auch emiratischer Ebene vorhanden, wobei im Falle von Unklarheiten oder Konflikten die staatlichen Vorschriften Vorrang haben.

In der Praxis kann die mit der Durchsetzung der Umweltgesetze beauftragte Umweltagentur von Abu Dhabi (Environment Agency Abu Dhabi, EAD) Entscheidungen treffen, die Investoren darüber im Dunkeln lässt, was nun ihre genauen Umweltverpflichtungen sind. Auch wird die Einhaltung mancher Umweltgesetze oder Entscheidungen der EAD kaum kontrolliert, sodass verantwortungslose Unternehmen internationale Normen oder emiratische Vorschriften leicht umgehen können.

Aufgrund der schnellen Industrialisierung und städtischen Entwicklung, sowie der geophysikalischen Gegebenheiten in den VAE wird sich an der aktuellen Kontamination mit Schwermetallen zumindest mittelfristig nichts ändern. Dieser Umstand gibt deutschen Chemikalienexporteuren Grund zur Sorge, da ihre Produkte bei umweltschädlichen industriellen Prozessen benutzt werden können. Insbesondere in Küstenregionen besteht das Risiko fortlaufender Kontamination durch industrielles Schmutzwasser sowie Abwasser aus den Entsalzungsanlagen. Die Entsalzungsanlagen sind einer der Grundpfeiler der Pläne der VAE zur langfristigen Gewährleistung der Wasserversorgung (siehe Verzeichnis oben). Ein Beispiel der Umweltverschmutzung ist die hohe Bleibelastung der Mangrovenwälder von Abu Dhabi, die zumindest teilweise von Menschen verursacht wurde.

Die Kontamination wird noch durch die relativ lange Zeit, die das Wasser des Persischen Golfs zur Erneuerung braucht, verschärft. Laut einer Studie von 2013 kann es 3 bis 5 Jahre dauern, bis die Schwermetalle abgebaut sind.[151]

Neben dem Einsatz von Chemikalien für unethische Zwecke kann die unsachgemäße Verwendung kommerziell erhältlicher Chemikalien zu langfristigen und ernsthaften Gesundheitsschäden und einer Beeinträchtigung des Lebensunterhaltes der lokalen Bevölkerung führen. Auch wenn die Konzentration von Schwermetallen in Speisefischen nicht als ernste Gesundheitsbedrohung für die lokale Bevölkerung angesehen wird, so besteht durch sinkende Fischbestände und die Zerstörung natürlicher Lebensräume durch Schwermetallbelastungen ein Risiko für die von den Küstengebieten abhängigen Branchen. Darüber hinaus werden jedes Jahr hunderte Todesfälle in den Vereinigten Arabischen Emiraten direkt der Luftverschmutzung zugeschrieben.

Zwangsarbeit bei lokalen Geschäftspartnern bleibt weiterhin ein Problem

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit sehr gering ist, dass Unternehmen direkt mit Zwangsarbeit in Verbindung gebracht werden, so kann dies indirekt durch die Aktivitäten von Geschäftspartnern vor Ort geschehen. Zwangsarbeit ist aufgrund des Kafala-Systems in den VAE nach wie vor relativ weit verbreitet. Das System macht es für Wanderarbeiter schwer, den Arbeitgeber zu wechseln. Zusätzlich wird das Risiko der Assoziation mit Zwangsarbeit dadurch erhöht, dass Arbeitsgesetze oft nicht eingehalten werden. Zum Beispiel heißt es im „Trafficking in Persons"-Bericht des US-Außenministeriums von 2014 zu den VAE, dass die Regierung das Verbot für Arbeitgeber, Pässe von ArbeitnehmerInnen einzubehalten, nicht aktiv durchsetzt.[152]

Die WanderarbeiterInnen, eine der verletzlichsten Gruppen in den VAE, stellen 95 % der Arbeitskräfte in der emiratischen Privatwirtschaft. Die ArbeiterInnen kommen hauptsächlich aus Indien, Pakistan, Bangladesch und anderen südasiatischen Staaten. Diese Arbeitskräfte müssen unter extrem harten Bedingungen arbeiten und werden häufig in ihrem Heimatland unter Vertragsbedingungen angeworben, die dann entweder nach Ankunft in den VAE stark abgeändert oder nicht eingehalten werden. Dadurch besteht ein hohes Risiko von Zwangsarbeit.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Exporteure sollten Maßnahmen zur Sorgfaltspflicht bei ihren lokalen Geschäftspartnern durchführen, um das Risiko von Zwangsarbeit zu senken

Aufgrund des Potenzials von Zwangsarbeit in der Lieferkette sollten Investoren diese in Verträgen mit ihren Geschäftspartnern ausdrücklich verbieten. Deutsche Chemiefirmen können lokale Partner in den VAE dazu anhalten, schriftliche Verträge bezüglich der Rechte ihrer Arbeitskräfte vorzulegen. Diese Verträge sollten klar die Beschäftigungsdauer und Entlohnung, sowie die Kündigungsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen enthalten.

Es ist wichtig, dass Geschäftspartner die Bewegungsfreiheit ihrer MitarbeiterInnen achten, damit die exportierenden Chemieunternehmen ihre Verpflichtung bezüglich internationaler Arbeitsstandards einhalten. Es muss im Vertrag festgelegt werden, dass die Geschäftspartner ihren Angestellten erlauben, nach der Arbeit die Arbeitsstätte zu verlassen. Exportierende Firmen sollten auch auf eine Klausel bestehen, die verbietet, dass den ArbeitnehmerInnen wichtige Dokumente, wie z. B. Pässe, entzogen werden. Dies ist ein wichtiger Punkt, da die emiratischen Behörden das nationale Verbot der Einbehaltung von Pässen häufig nicht durchsetzen.

Zur Vermeidung der Assoziation mit Zwangsarbeit sollten ausländische Investoren generell bei potenziellen emiratischen Geschäftspartnern eine gründliche Prüfung der Sorgfaltspflicht durchführen. Solche Assoziationen bergen nicht nur die Gefahr von Reputationsschäden, sondern können auch im Land des Unternehmenshauptsitzes zu rechtlichen Konsequenzen führen.

Internationale Umweltnormen müssen befolgt werden, um die Bevölkerung zu schützen und Reputationsschäden zu vermeiden

Exportierende deutsche Chemieunternehmen müssen sich bemühen, die internationalen Umweltschutznormen einzuhalten, selbst wenn die emiratische Gesetzgebung dies nicht verlangt. Durch die Einhaltung höchster ethischer Standards in Bezug auf die Umwelt lässt sich auch vermeiden, dass internationale Geschäftspartner aufgrund von Negativschlagzeilen in Bezug auf Umweltschäden die Geschäftsbeziehung einschränken oder beenden.

Dadurch werden auch die durch chemische Verschmutzung am meisten gefährdeten Kommunen geschützt, einschließlich an den Küsten, wo bereits hohe Konzentrationen an Schwermetallen gemessen wurden. Ungeachtet der in der nationalen Gesetzgebung festgelegten Verpflichtungen ist es für deutsche Chemieunternehmen ratsam, ihre eigene unternehmensweite Richtlinie zum Umweltmanagement, einschließlich Anforderungen hinsichtlich sicheren Transports und sicherer Entsorgung chemischer Abfälle, einzuführen.

Potenzielle Partner

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Das 1972 gegründete UNEP-Programm fördert Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Es bietet Entwicklungsländern Hilfe bei der Formulierung und Umsetzung von Umweltrichtlinien. Darüber hinaus umfasst das Programm den Schutz der Erdatmosphäre sowie von Ökosystemen auf dem Land und in den Meeren.

Deutsche Chemieunternehmen können sich in den VAE am UNEP-Programm beteiligen, indem sie eine 2014 zwischen der Organisation und den emiratischen Behörden abgeschlossene Vereinbarung unterstützen. Die Vereinbarung umreißt die Kooperation der UNEP-Verantwortlichen mit der Regierung hinsichtlich einer Vielzahl von Umweltangelegenheiten, wobei der Umgang mit Schadstoffen und gefährlichen Abfällen von besonderem Interesse für Chemieunternehmen ist.[153]

http://www.unep.org

Nationales Komitee zur Bekämpfung des Menschenhandels

Das Komitee wurde 2007 auf Basis einer Verordnung des Kabinetts ins Leben gerufen, wodurch das Bundesgesetz 51 aus dem Jahr 2006, das eine Institution zur Koordination der Bekämpfung von Menschenhandel in den Emiraten verlangt, umgesetzt wurde. Das Komitee wird von dem Außenminister geleitet und ist mit Vertretern mehrerer strategischer Ministerien besetzt. Es überwacht die Umsetzung der Gesetzgebung gegen Menschenhandel und passt die Gesetze den internationalen Normen an.

Das Komitee organisiert außerdem Workshops und Sensibilisierungskampagnen, mit dem Ziel, die öffentliche Zusammenarbeit und das Verständnis von Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu steigern. Durch die Teilnahme an solchen Aktivitäten können ausländische Investoren zur Verbesserung des Schutzes und der Förderung von Arbeitsstandards in den VAE beitragen.

http://www.nccht.gov.ae/en/home/index.aspx

5. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Maschinen

Deutschlands fünf größte Exportmärkte für Maschinen waren im Jahr 2013 die USA, China, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Russland. Zu den Ländern, die seit 2009 verstärkt Maschinen aus Deutschland importiert haben, gehören Kanada (Wachstum von 107 % seit 2009), die Türkei (+86 %), Russland (+64 %), die Slowakei (+55 %) und die USA (52 %). Viele Länder, die wachsende Handelsmöglichkeiten für deutsche Maschinenexporteure bieten, stellen aber auch hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar. Darunter sind China, Mexiko, Saudi-Arabien, die Türkei und Südafrika.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Maschinen in folgende Länder exportieren:

1. Mexiko (Seite 72)

2. Saudi-Arabien (Seite 76)

3. Türkei (Seite 81)

Foto: Erntearbeiter in einem Weizenfeld, Türkei

5.1 Export von Maschinen nach Mexiko

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	33	↗	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	34	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	18	↗	Extrem
Rechte Indigener Völker:	12	↗	Extrem
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	123	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	64	→	Extrem
Rechtsstaatlichkeit:	112	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	51	↗	Mittel
Innere Unruhen:	54	↗	Hoch
Energiesicherheit:	101	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	113	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	51	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die rasante Entwicklung des mexikanischen Fertigungssektors sorgt für eine starke Nachfrage nach importierten Maschinen. Dadurch wird Mexiko für deutsche Exporteure attraktiv. Insbesondere die Automobilindustrie erlebt eine rapide Expansion. Das Land war 2009 der zehntgrößte Automobilproduzent der Welt; 2013 stieg es auf den siebten Platz auf. Außerdem tätigen Unternehmen wie Kia, Nissan und BMW weitere Investitionen im Land.[154] Das erhöht die Nachfrage nach importierten Maschinen, wodurch Mexiko aktuell weltweit der siebtgrößte Markt für Werkzeugmaschinen ist.[155]

Dank der bereits vorhandenen starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mexiko und Deutschland können deutsche Unternehmen die steigende Nachfrage zu ihrem Vorteil nutzen. Deutschland ist Mexikos wichtigster Handelspartner in der EU, und der bilaterale Handel hat sich von 2003 (7,9 Milliarden USD) bis 2013 (17 Milliarden USD) mehr als verdoppelt.[156] Ungefähr 17 % aller mexikanischen Maschinenimporte kommen aus Deutschland, und deutsche Lieferanten werden für die Qualität und Bandbreite ihrer Produkte hoch geschätzt. [157] Die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Mexiko stieg zwischen 2009 (2 Milliarden USD) und 2013 (3 Milliarden USD) um 51 %.[158]

Das Unvermögen der Behörden, die Arbeitsrechte im Fertigungssektor angemessen zu schützen, bedeutet für Unternehmen ein Risiko aufgrund der potentiellen Assoziation mit Verstößen, einschließlich der Diskriminierung von Gewerkschaften und des Einsatzes von Kinderarbeit. Die größten Risiken für deutsche Maschinenexporteure entstehen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen bei den primären Abnehmern der Maschinen, also Montagebetrieben (Maquilas) und Automobilwerken. Wenn Exporteure keine sorgfältige Prüfung und beständige Überwachung ihrer Geschäftspartner durchführen, laufen sie Gefahr, aufgrund der Assoziation mit Verletzungen der Arbeitsrechte, wie z. B. niedrige Löhne, Schikane und Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern sowie mit Kinderarbeit, Reputationsschäden zu erleiden.

Foto: Automobilfabrik in Mexiko. Bildquelle: Jesus Martinez/Excelsior

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Niedrige Löhne verschlimmern die Armut und führen zu unzureichenden Lebensstandards

Im letzten Jahrzehnt konnten die Lohnerhöhungen im Fertigungssektor nicht den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgleichen, wodurch ein erhöhtes Risiko von Arbeit trotz Erwerbstätigkeit besteht. Importierte Maschinen werden eine wichtige Stütze des mexikanischen Fertigungssektors und insbesondere der rapide wachsenden Automobilindustrie sein. Eine im August 2014 veröffentlichte Studie besagt, dass die Löhne im Fertigungssektor um weniger als 50 % (in USD gerechnet) gestiegen sind, während sich der Preis grundlegender Güter verdoppelt hat.[159]

Trotzdem liegt das monatliche Durchschnittsgehalt bei 6.431 MXN (472 USD) und somit weit über der vom staatlichen Nationalrat zur Evaluierung von Richtlinien zur sozialen Entwicklung (CONEVAL) genannten Armutsgrenze von 2.563 MXN (188 USD).[160,161] Jedoch besteht das Risiko, dass durch die Stagnation der Löhne in Verbindung mit den stetig steigenden Lebenskosten die Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen im Fertigungssektor langfristig sinken werden.

Die niedrigen Löhne in der Automobilbranche haben die Expansion der letzten Zeit gefördert, aber diese hat im Gegenzug nicht den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen verbessert. Eine im März 2014 veröffentlichte Studie besagt, dass in Mexikos Automobilindustrie einer der niedrigsten Durchschnittslöhne der Branche gezahlt wird. Tatsächlich liegt der durchschnittliche Stundenlohn von 3,60 USD für Fließbandarbeiter sogar unter dem des mexikanischen Fertigungssektors.[162] Darüber hinaus sank der Durchschnittslohn seit 2010 stetig. Damals lag er bei 3,95 USD.

Durch den Rückgang der Gehälter und die gleichzeitig steigenden Lebenskosten besteht das Risiko, dass sich die ArbeitnehmerInnen keine grundlegenden Güter mehr leisten können. Generell können die fallenden Löhne und die sinkende Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen in der Automobilindustrie zu Unzufriedenheit und Unruhen führen.

Die durch die geringen Löhne verursachten Risiken werden durch den weit verbreiteten Einsatz von illegalem durch den Arbeitgeber gesteuerten Freizeitausgleich zur Umgehung der rechtlich festgelegten Bezahlung von Überstunden noch verschärft. Dem Gesetz nach beträgt die normale Arbeitszeit acht Stunden pro Tag und alle darüber hinaus geleisteten Stunden gelten als Überstunden, die doppelt bezahlt werden müssen.[ii] Laut NGOs werden die Arbeitszeiten der ArbeitnehmerInnen jedoch bei geringer Auftragslage gekürzt, damit die angesammelten Überstunden nicht bezahlt werden müssen. Zum Beispiel wurde der US-amerikanische Hersteller Johnson Controls von Menschenrechtsorganisationen dafür kritisiert, in seinen Montageanlagen im Bundesstaat Puebla den durch den Arbeitgeber gesteuerten Freizeitausgleich einzusetzen.

Weit verbreitete Kinderarbeit im Herstellungssektor führt zu Reputationsrisiken für Lieferanten

Kinderarbeit ist in Mexiko nach wie vor weit verbreitet und stellt für Unternehmen ein wesentliches Reputationsrisiko dar. Laut offizieller Statistiken ist die Kinderarbeit seit 2000 um ein Drittel zurückgegangen.[163] 2012 trat ein Gesetz in Kraft, das die Beschäftigung von Minderjährigen unter 14 Jahren verbietet. 14- bis 17-Jährigen ist es nicht erlaubt, nachts oder in gefährlichen Berufen zu arbeiten. Trotz dieser Zeichen des Fortschritts ist Kinderarbeit nach wie vor eine große Herausforderung. Laut der letzten umfassenden Umfrage unter den mexikanischen Behörden von 2011 sind ungefähr drei Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren in Beschäftigung.[164]

Diese Risiken bestehen auch im Fertigungssektor, wo Kinderarbeit häufig eingesetzt wird, insbesondere in kleinen und mittelgroßen Anlagen. Laut einer Studie des Nationalen Instituts für Statistik, Geographie und Informatik (INEGI) aus dem Jahr 2011 arbeiten 12 % der Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren im Fertigungssektor.[165] Das bedeutet, dass im ganzen Land etwa 360.000 Kinder in dieser Branche beschäftigt sind.

Kinder werden meistens in kleinen bis mittelgroßen Fertigungsanlagen beschäftigt, da dort keine umfassenden Richtlinien gegen den Einsatz von Kinderarbeit vorhanden sind, wie es in großen Montagebetrieben ausländischer Unternehmen der Fall ist. Außerdem werden diese Betriebe nur selten von Arbeitsinspektoren überprüft. Wegen der mangelnden Kontrolle dieser Anlagen sind die Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen häufig unangemessen und die Kinder sind ernsten Gefahren ausgesetzt, insbesondere bei der Bedienung großer Maschinen.

Häufige Verletzungen der Gewerkschaftsrechte steigern die Risiken in Bezug auf das Arbeitsrecht

Die weite Verbreitung von sogenannten, durch Unternehmen kontrollierte „Schutzgewerkschaften" im mexikanischen Fertigungssektor untergräbt die Fähigkeit der ArbeitnehmerInnen, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Auch wenn das mexikanische Gesetz das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen generell schützt, so schränkt es doch das Recht auf Kollektivverhandlungen auf eine Gewerkschaft pro Arbeitsstätte ein. Darüber hinaus muss diese Gewerkschaft nicht zwangsläufig die Mehrheit oder einen gewissen Prozentsatz der ArbeitnehmerInnen vertreten. Dies hat dazu geführt, dass viele Unternehmen Schutzgewerkschaften gründen und auf diese Weise Verhandlungen mit den ArbeitnehmerInnen umgehen.

Laut dem Internationalen Gewerkschaftsbund IGB sind Schutzgewerkschaften vor allem in der Fertigungsindustrie verbreitet, insbesondere in den Automobil- und Montagesektoren.[166] Aufgrund des Mangels an Gewerkschaften, die von ArbeitnehmerInnen getragen werden, können ArbeitnehmerInnen keine Beschwerden vorbringen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen fordern, wodurch die Risiken in Verbindung mit Verstößen gegen die Arbeitsrechte steigen. Arbeitsrechtverletzungen entstehen beispielsweise durch unzureichende Entlohnung und schlechte Gesundheits- und Sicherheitsstandards.

Automobilhersteller und andere Fertigungsunternehmen werden auch für die Schikane und Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern verantwortlich gemacht. Dadurch entstehen Reputationsrisiken für Lieferanten und andere Geschäftspartner. Der finnische multinationale Hersteller von Automobilteilen PKC entließ 2012 in seinem Werk in Ciudad Acuña (Coahuila) 122 Gewerkschaftsmitglieder. Der globale Gewerkschaftsverband IndustriALL bezeichnete die Entlassungen als Vergeltungsmaßnahme gegen ArbeitnehmerInnen, weil diese einer Gewerkschaft beigetreten waren, die nicht vom Unternehmen abgesegnet war.[167] Dieser Fall erhielt beträchtliche Aufmerksamkeit von Gewerkschaften und NGOs, die sich für Arbeitsrechte einsetzen. Dies zeigt das Risiko für Fertigungsunternehmen und eventuell auch für deren Lieferanten, mit Vorwürfen wegen der Beteiligung an Verletzungen von Gewerkschaftsrechten konfrontiert zu werden.

Sektorspezifische Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Koordinierung der Anstrengungen für Lohnerhöhungen unter Lieferanten, Geschäftspartnern und Unternehmen

Die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern zur Erhöhung der Gehälter hilft dabei, Risiken in Zusammenhang mit Armut trotz Erwerbstätigkeit zu senken. Unternehmen, die Maschinen in den mexikanischen Fertigungssektor exportieren, können von der Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, Lieferanten und anderen Unternehmen profitieren. Das Ziel dabei ist, ein ausgewogenes Gehälterniveau zu schaffen. So können Arbeitgeber höhere Löhne zahlen und die Unternehmensleistung verbessern, ohne befürchten zu müssen, von anderen Unternehmen durch niedrigere Löhne unterboten zu werden. Durch die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Initiative für ethischen Handel (Ethical Trading Initiative, ETI) können Unternehmen Daten austauschen und auf diese Weise ihre Anstrengungen zur Einführung eines Mindestlohns, der den Lebensunterhalt deckt, koordinieren.

Förderung von Due-Diligence-Mechanismen zur Identifizierung und Lösung von Risiken in Bezug auf Kinderarbeit

Wirksame Überwachung und proaktive Einbeziehung der Interessengruppen kann Unternehmen dabei helfen, Kinderarbeit im Vertriebsnetz zu eliminieren. Um internen und externen Interessengruppen ihre Richtlinien zur Kinderarbeit überzeugend darzulegen, sollten Unternehmen sicherstellen, dass ihr Verhaltenskodex oder Ethikkodex Verpflichtungen zur Vermeidung von Kinderarbeit enthält. Die Kodizes sollten sich im Einklang mit den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) festgelegten bewährten Verfahren zum Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (Übereinkommen Nr. 138) und dem Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (Nr. 182) befinden.

Es ist ratsam für Unternehmen, sorgfältige Prüfungen potenzieller Geschäftspartnern, einschließlich Distributoren, durchzuführen, um sicherzustellen, dass sie die vorgegebenen Standards einhalten. Außerdem ist es ratsam, Partner zu bevorzugen, die ähnliche ethische Verpflichtungen eingegangen sind. Des Weiteren können zur Risikobewertung Distributoren im Land identifiziert und kategorisiert, sowie Besuche vor Ort oder Audits in Montagebetrieben mit hohem Risiko durchgeführt werden.

Unternehmen, die die mit Kinderarbeit verbundenen Risiken senken wollen, können Strategien zur Einbindung der Bevölkerung einsetzen und davon profitieren. Armut, Einkommensinstabilität und niedriger Bildungsgrad der Eltern, sowie mangelnder Zugang zum Bildungswesen sind die Hauptgründe, aus denen Kinder in die Beschäftigung getrieben werden. Aus diesem Grund müssen die Anstrengungen zur Lösung des Problems über die Beendigung von Kinderarbeit in den Lieferketten einzelner Unternehmen hinausgehen und die grundlegenden Ursachen von Kinderarbeit behandelt werden. Wenn beispielsweise sichergestellt wird, dass erwachsene ArbeitnehmerInnen einen Lohn erhalten, der den Lebensunterhalt abdeckt, kann dies verhindern, dass deren Kinder die Schulausbildung abbrechen und in die Beschäftigung gehen.

Potenzieller Partner

UNICEF

UNICEF ist eine der bekanntesten Organisationen, die sich mit Kinderarbeit in Mexiko befassen. Sie arbeitet eng mit den Behörden, der Zivilgesellschaft und Unternehmen zusammen, um Kinderarbeit zu beenden und die Rechte von Kindern zu fördern. Die UNICEF verfolgt bei Kinderarbeit einen zweifachen Ansatz. Sie arbeitet an der effektiven Abschaffung von Kinderarbeit und bietet jungen Menschen gleichzeitig gute Bildungs- und Beschäftigungschancen.[168]

UNICEF, Save the Children und der United Nations Global Compact (UNGC) veröffentlichten 2012 die Children's Rights and Business Principles (CRBP), die Unternehmen dazu anhalten, die Rechte von Kindern zu achten und zu unterstützen und vor allem zur Eliminierung von Kinderarbeit, sowohl bei ihren eigenen Tätigkeiten als auch im Allgemeinen, beizutragen. Unternehmen, die Maschinen nach Mexiko exportieren, können die Arbeit von UNICEF unterstützen und zur Beendigung von Kinderarbeit beitragen, indem sie die CRBPs einhalten und diese Prinzipien in die Verträge mit Geschäftspartnern im gesamten Vertriebsnetz aufnehmen.

http://www.unicef.org/mexico/spanish/17044.htm

Stärkung der Gewerkschaftsrechte durch Entwicklung von Beschwerdemechanismen

Exporteuren von Maschinen nach Mexiko bietet sich eine Gelegenheit zur Förderung besserer Arbeitsbeziehungen. Maschinenexporteure können Reputationsrisiken durch die Assoziation mit Verletzungen von Gewerkschaftsrechten auf folgende Arten senken:

- Verfassen einer Richtlinie zu den Menschenrechten, die das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen schützt.
- Schulung von Prüfern, damit diese die nationalen Gesetze und Richtlinien kennen. Die Schulungen können auch Warnmechanismen beinhalten, die darauf hinweisen, dass die Einschränkung von Gewerkschaften weiter betrieben wird.
- Abschluss von Rahmenvereinbarungen mit Gewerkschaften zur Achtung der Vereinigungsfreiheit bei allen Geschäftstätigkeiten und in allen Lieferketten. Dies können Vereinbarungen auf lokaler, branchenweiter oder internationaler Ebene sein.
- Schaffung von Beschwerdemechanismen für ArbeitnehmerInnen, die keinen Zugang zu Gewerkschaften oder Arbeitnehmervertretungen haben.

Unternehmen können in Mexiko Alternativen zu den „Schutzgewerkschaften" bieten, indem sie unabhängige Beschwerdemechanismen für ArbeitnehmerInnen schaffen. Die Beeinträchtigung von Kollektivverhandlungen durch Arbeitgeber schränkt die Möglichkeit der ArbeitnehmerInnen ein, Beschwerden vorzubringen und kollektive Verhandlungen zu führen. Unternehmen, die in diesem restriktiven Umfeld tätig sind, können einen vertraulichen Beschwerdemechanismus, möglicherweise unter Einsatz externer Überwachungsagenturen, entwickeln. Diese Drittparteien können vorgebrachte Beschwerden untersuchen, Betriebsstätten von Lieferanten inspizieren und Lösungen für Beschwerden implementieren.

5.2 Export von Maschinen nach Saudi-Arabien

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	4	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	18	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	48	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	114	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	103	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	44	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	50	→	Mittel
Innere Unruhen:	67	→	Hoch
Energiesicherheit:	110	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	92	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	15	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Überblick

Aufgrund des durchschnittlichen BIP-Wachstums von 5,5 % seit 2009 wird erwartet, dass der Export deutscher Maschinen in das Königreich weiter steigen wird.[169] Trotz eines leichten Rückgangs der Maschinenexporte im Jahr 2013 bleibt Saudi-Arabien der größte und vielversprechendste Absatzmarkt im Nahen Osten für deutsche Hersteller von Baugeräten und Baustoffmaschinen. In 2013 machten Heizkessel, Maschinen und Kernreaktoren 14,3 % der saudi-arabischen Importe aus. Der bilaterale Handel hatte einen Wert von ungefähr 14 Milliarden USD.[170,171] Das gesteigerte Umweltbewusstsein in der Region erfordert einen zunehmenden Fokus auf Nachhaltigkeit und Effizienz. Aus diesem Grund besteht ein Bedarf an spezialisierten Geräten und Dienstleistungen. Es wird deshalb erwartet, dass die Nachfrage nach Deutschlands fortschrittlichen Maschinen und Systemen in der Region im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre stark steigen wird.

Deutschland hat durch bilateralen Handel und Investitionsvereinbarungen eine enge wirtschaftliche Beziehung mit Saudi-Arabien entwickelt. Am 1. Juli 2014 trat das Freihandelsabkommen zwischen dem Golf-Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) und der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA) in Kraft, wodurch besserer Marktzugang gewährleistet wird, Zölle für industrielle Produkte abgeschafft werden und sich neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten für deutsche Exporteure ergeben.[172] Angesichts des starken Wirtschaftswachstums, der starken privatwirtschaftlichen Aktivitäten, hohen Staatsausgaben und neuen Handelsabkommen wird erwartet, dass der Maschinenexport nach Saudi-Arabien steigt. Darüber hinaus wird durch das Fehlen von lokalem Wettbewerb und dem beständigen Wirtschaftswachstum der Bedarf an Maschinen in Saudi-Arabien weiter steigen.

Die schlechte Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens steigert das Risiko für Unternehmen, mit Verletzungen des Arbeitsrechts, einschließlich geschlechtsspezifischer Diskriminierung, assoziiert zu werden. Viele der Risiken für deutsche Exporteure entstehen durch die Lieferung von Maschinen an saudi-arabische Hersteller. Spezifische Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards in Verbindung mit der Schwerindustrie beruhen auf dem Verbot der Gründung von Gewerkschaften, der Ausbeutung von Wanderarbeitern und der systemischen geschlechtsspezifischen Diskriminierung.

Foto: Ansicht des Kingdom Tower in Riad, Saudi-Arabien. Bildquelle: Sam DeLong/Flickr

Ausländische Unternehmen laufen in diesem Umfeld Gefahr, durch den Export ihrer Produkte weitere Menschenrechtsverletzungen mit zu verursachen. Das Risiko der Beteiligung an solchen Verletzungen der Menschenrechte ist besonders hoch, wenn ausländische Unternehmen mit Auftragnehmern vor Ort arbeiten, da diese sehr häufig WanderarbeiterInnen einsetzen. Dadurch entsteht ein ernst zu nehmendes Reputationsrisiko.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Risiko, mit der Verletzung der Arbeitsrechte von Wanderarbeitern in Verbindung gebracht zu werden

Außergewöhnlich schlechte Arbeitsbedingungen für WanderarbeiterInnen stellen für Investoren und in Saudi-Arabien tätige Unternehmen Risiken dar. Saudi-Arabiens Bau-, Erdöl- und Erdgas- sowie Dienstleistungssektor sind auf WanderarbeiterInnen angewiesen, die hauptsächlich aus Südasien stammen. Es arbeiten ungefähr neun Millionen WanderarbeiterInnen im Königreich. Das sind ein Drittel aller Arbeitskräfte und macht ungefähr 90 % des Arbeitsmarktes in der Privatwirtschaft aus.[173]

In Saudi-Arabien beschäftige WanderarbeiterInnen werden aufgrund des Bürgschaftssystems in Saudi-Arabien stark ausgenutzt. Dazu gehört auch Zwangsarbeit. Unter dem aktuellen Bürgschaftssystem (Kafala) wird den Wanderarbeitern der Pass abgenommen, sodass sie ausbeuterischen Arbeitsbedingungen nicht entfliehen können. Das Kafala-System bewirkt niedrige Löhne und gefährliche Arbeits- und Sicherheitsbedingungen. In vielen Fällen sind die Bedingungen denen von Zwangsarbeit gleich. In der saudischen Bauindustrie, die aus Deutschland importierte Maschinen benutzt, ist Zwangsarbeit allgemein verbreitet.

Trotz der Anstrengungen von 2012, die Handhabung der Visavergabe und Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften den individuellen Arbeitgebern abzunehmen und offiziell beauftragten Privatagenturen zu übertragen, wird dies nicht national und branchenübergreifend implementiert. Saudi-Arabien hat 2014 individuelle Verträge mit Indonesien, Sri Lanka und Indien abgeschlossen, aber diese bieten nur einen Rahmen für den Schutz von inländischen Wanderarbeitern. Angesichts der fehlenden Reform in den industriellen Sektoren Saudi-Arabiens ist es wahrscheinlich, dass WanderarbeiterInnen weiterhin unter schlechten Bedingungen oder in Zwangsarbeit arbeiten müssen, wodurch das kontinuierliche Risiko eines Reputationsschadens durch die Assoziation mit diesen Menschenrechtsverletzungen besteht. Wenn jedoch der internationale Druck und die Lobby-Anstrengungen aufrechterhalten werden, wird Saudi-Arabien möglicherweise in den nächsten fünf bis zehn Jahren Reformen in Bezug auf WanderarbeiterInnen in anderen Branchen umsetzen.

Die Lokalisierung des Arbeitsmarktes und die Ausweisung von nicht ordnungsgemäß registrierten Wanderarbeitern steigern den Bedarf an automatisierten Maschinen, um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Dadurch entstehen weitere Möglichkeiten für deutsche Exporteure. Die Regierung ging 2013 hart gegen illegale WanderarbeiterInnen vor. Infolgedessen verließ etwa eine Million WanderarbeiterInnen das Land. Durch diese Ausweisung entstand ein wesentliches Qualifikationsdefizit in den Bau-, Transport- und nachgelagerten Öl- und Gassektor – Bereichen, die traditionell von saudi-arabischen Bürgern gemieden werden. Aufgrund der Lokalisierung des Arbeitsmarktes entsteht ein stärkerer Bedarf an automatisierten Systemen und fortschrittlichen Maschinen, wodurch sich neue Marktchancen für deutsche Maschinenbauunternehmen öffnen.

Gewerkschaftsverbot schränkt die Fähigkeit der ArbeitnehmerInnen ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und Kollektivverhandlungen zu führen.

Gewerkschaften sind in Saudi-Arabien gesetzlich verboten, und es gibt keine wirklichen Möglichkeiten für Kollektivverhandlungen, wodurch Unternehmen dem Vorwurf ausgesetzt sind, schlechte Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Das saudi-arabische Gesetz schränkt die Vereinigungsfreiheit, einschließlich des Organisations- und Streikrechts sowie des Rechts auf Kollektivverhandlungen, ein. Das saudi-arabische Arbeitsgesetz (1969) sieht Strafen für ArbeitnehmerInnen, die versuchen, eine Gewerkschaft zu gründen, vor. Die einzige Form von Arbeitnehmervertretung sind sogenannte „Komitees“, allerdings sind deren Möglichkeiten extrem eingeschränkt. Zum Beispiel haben diese Komitees nicht das Recht, Streiks zu organisieren oder Lohnverhandlungen durchzuführen; Komitees sind nur für Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten erlaubt und der Arbeitgeber und ein Vertreter des Arbeitsministeriums müssen ebenfalls Mitglieder sein.

Darüber hinaus sind ausländische ArbeitnehmerInnen völlig von diesen Komitees ausgeschlossen, obwohl WanderarbeiterInnen in fast jeder saudi-arabischen Branche sehr stark vertreten sind. Die Komitees und eine Liste ihrer Mitglieder müssen vom Arbeitsministerium genehmigt werden, das sich auch das Recht vorbehält, Komitees auflösen zu können. Der fundamentale Mangel an grundlegendem Schutz des Arbeitsrechts stellt für Unternehmen, die nach Saudi-Arabien exportieren, ein Reputationsrisiko dar, da sie an Verletzungen des Arbeitsrechts beteiligt werden könnten.

Das Gewerkschaftsverbot beschneidet die Fähigkeit der ArbeitnehmerInnen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Gewerkschaften agieren im Falle eines Arbeitskampfes normalerweise als der wichtigste Kommunikationskanal zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne Zugang zu diesen grundsätzlichen Rechten steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ArbeitnehmerInnen an illegalen Streikmaßnahmen teilnehmen. Unternehmen, die Maschinen ausführen, werden daher möglicherweise mit ausgedehnten Arbeitskämpfen, rechtlichen Maßnahmen und Betriebsunterbrechungen konfrontiert. Solange es keine wesentlichen Änderungen an den Gewerkschaftsgesetzen und dem Staatsmonopol bei der Arbeitnehmervertretung gibt, werden die ArbeitnehmerInnen auch in den kommenden Jahren weiterhin wenig oder keine Verhandlungsstärke haben.

Risiko eines Reputationsschadens durch Assoziation mit systemischer geschlechtsspezifischer Diskriminierung

Es ist wahrscheinlich, dass die mangelnde Gleichberechtigung von Frauen, insbesondere die Diskriminierung am Arbeitsplatz, in den nächsten fünf Jahren im Fokus internationaler Menschenrechtsgruppen bleibt. Trotz der Verbesserungen in den letzten Jahren ist die Diskriminierung von Frauen im Gesetz und auch im täglichen Leben endemisch und wird durch das Vormundschaftssystem praktiziert. Dieses System erfordert, dass jede Frau einen männlichen Vormund hat, der seine Zustimmung geben muss, damit die Frau (in einem getrennten Büro) arbeiten, auf öffentliche Dienste zugreifen, ins Ausland reisen und Ausweispapiere erhalten kann.

Demzufolge laufen ausländische Maschinenbauunternehmen mit Verbindungen zu saudi-arabischen Lieferketten Gefahr, mit institutionalisierten diskriminierenden Praktiken gegen Frauen assoziiert zu werden und ihre eigenen Richtlinien zur Chancengleichheit zu verletzen. Unternehmen sollten darum sicherstellen, dass Frauen einfachen Zugang zu Beschwerdeverfahren haben und dass diese sowohl für Angestellte des Unternehmens als auch in der Lieferkette verfügbar sind. Darüber hinaus ist es ratsam, an multilateralen Initiativen zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen teilzunehmen, um die geschlechtsspezifische Diskriminierung anzugehen.

Auch wenn die Diskriminierung von Frauen fest in der Gesellschaft verwurzelt ist, so gibt es doch allmählich Veränderungen bei der Einstellung in Bezug auf Frauen am Arbeitsplatz, was geringere Verbesserungen der Frauenrechte zeigen. 2012 wurde in Hofuf, einer Großstadt im Osten Saudi-Arabiens ein Industriegebiet mit für weibliche Arbeitskräfte reservierten Bereichen geschaffen. Das Arbeitsministerium gab 2013 auch bekannt, dass geplant ist, in den kommenden drei Jahren mehr Frauen ein Beschäftigungsverhältnis zu ermöglichen, indem die Definition von geeigneten Berufen angepasst wird. Diese Pläne sehen aber keine Beschäftigung im Maschinenbau- und Fertigungssektor vor.

Die tief verwurzelte geschlechtsspezifische Diskriminierung und der eingeschränkte Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt verhindert im Land die Möglichkeit wirtschaftlicher Diversifizierung. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) leidet der saudi-arabische Arbeitsmarkt schon lange unter einer Vielzahl von strukturellen Ungleichgewichten.[174] Die hohe Abhängigkeit von ausländischen ArbeitnehmerInnen, eine tiefe Kluft zwischen den Geschlechtern beim Arbeitskräfteangebot und die hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen stellen wesentliche Herausforderungen für den saudi-arabischen Arbeitsmarkt dar. Laut der Weltbank betrug 2014 der Anteil von weiblichen Beschäftigen gerade einmal 24 % – im Vergleich zu 42 % in der Türkei, 32 % in Ägypten und 52 % in Katar.[175] Wenn sich das Land von einer rein auf Erdöl basierenden Wirtschaft wegbewegen und die Gesamtproduktivität der saudi-arabischen Wirtschaft steigern will, muss es Investitionen in inklusive Beschäftigungsziele tätigen. Diese beinhalten vor allem den vereinfachten Zugang zum und die Teilnahme am Arbeitsmarkt für Frauen.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Zusammenarbeit mit NGOs, um die Einhaltung der Sozialstandards und der Menschenrechte zu gewährleisten

Strenge Vorschriften in Bezug auf WanderarbeiterInnen behindern Unternehmen, die die Rechte dieser ArbeitnehmerInnen verbessern wollen. Eine bessere Überwachung der Lieferkette kann solche Risiken jedoch mindern. Das saudi-arabische Bürgschaftssystem (Kafala) reguliert alle Arbeitsverträge, Löhne, Visa, Urlaubsanträge und die Rückführung von WanderarbeiterInnen. Diese Macht wird oft von Arbeitgebern missbraucht, und Unternehmen haben wenig Spielraum, um Praktiken zur Sorgfaltspflicht zu implementieren und einen ausreichenden Arbeitsschutz für die WanderarbeiterInnen zu gewährleisten.

Auch wenn Saudi-Arabien 2014 Vereinbarungen zu den Arbeitsrechten von WanderarbeiterInnen mit Sri Lanka, Indien und Indonesien unterzeichnet hat, bleibt doch die Frage offen, ob die Regierung neue Arbeitsstandards in der Praxis durchsetzen kann. Im besten Fall werden diese langsam und sporadisch umgesetzt. Darum ist es am wahrscheinlichsten, dass ein verbesserter Schutz des Arbeitsrechts von internationalen Unternehmen vorangetrieben wird. Unternehmen sollten daher besondere Verfahren implementieren, um das Risiko von Arbeitsrechtsverletzungen zu mindern. Das sollte auch die Überwachung der Lieferkette durch externe Überprüfungen einschließen, um sicherzustellen, dass WanderarbeiterInnen über angesehene Arbeitsvermittlungsagenturen angestellt werden, dass angemessene Unterkunft bereitgestellt wird und dass Auftragnehmer entsprechenden Verhaltenskodizes zustimmen.

Potenzieller Partner

Adaleh Centre for Human Rights Studies

Das 2003 gegründete Adaleh Centre for Human Rights Studies ist eine jordanische Organisation zur Verbesserung der Menschenrechte in der arabischen Welt. Eines seiner Projekte beschäftigt sich mit dem Aufbau eines regionalen Dialogs zu den Rechten der WanderarbeiterInnen. Das Adaleh Centre for Human Rights Studies tritt auf dynamische Art und Weise für Rahmenpläne zum Schutz von Wanderarbeitern im Nahen Osten ein. Unternehmen können mit dem Adaleh Centre for Human Rights Studies an der Entwicklung von Rahmenplänen für bewährte Verfahren in Bezug auf die Rechte von Wanderarbeitern im Nahen Osten zusammenarbeiten.

http://www.adaleh-center.org/new/index.php

Entwicklung von Beschwerdeverfahren, um die Interessen von ArbeitnehmerInnen zu schützen

Unternehmen können unabhängige Beschwerdeverfahren für MitarbeiterInnen entwickeln, die eine legitime Alternative zu Gewerkschaften bieten. Das Verbot von Gewerkschaften und Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit nehmen den ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, sich für die Durchsetzung von verbesserten Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen. Unternehmen, die in diesem restriktiven Umfeld tätig sind, können Beschwerdeverfahren entwickeln – möglicherweise unter Nutzung einer externen Aufsichtsstelle –, wodurch die Untersuchung jeglicher von ArbeitnehmerInnen eingereichten Beschwerden, die Inspektion der Betriebsstätten des Lieferanten und die Implementierung von Lösungen als Antwort auf die Beschwerden ermöglicht wird.

Potenzieller Partner

Regionale Organisation am Persischen Golf, UN Global Compact (UNGC)

Als nicht unternehmerischer Unterzeichner des UNGC arbeitet die Emirates Environmental Group (EEG) seit 2006 an der Steigerung des Einflusses und der Mitgliederzahlen des UNGC am Persischen Golf. Die EEG lancierte 2007 erfolgreich das UNGC-Netzwerk für die Staaten des Gulf Cooperation Council, einschließlich Saudi-Arabien. Das Netzwerk zielt darauf ab, die Prinzipien des Global Compacts im GCC zu fördern, um die soziale Verantwortung von Unternehmen auf internationales Niveau zu heben und für Unternehmen Gelegenheiten zum Multi-Stakeholder-Dialog, Lernen und gemeinsamen Handeln zu schaffen. Unternehmen können mit dem UNGC-Netzwerk kollaborieren, um unter der Anleitung eines lokalen Kooperationsrates die soziale Verantwortung von Unternehmen zu verbessern und die Arbeitsrechte durch gemeinsame Initiativen zu fördern.

https://www.unglobalcompact.org/NetworksAroundTheWorld/local_network_sheet/AE.html

Beteiligung an lokalen Initiativen zur Verbesserung der Rechte der Frau

Die tief verwurzelte Diskriminierung von Frauen schränkt die Teilnahme am Arbeitsmarkt erheblich ein und erfordert die Entwicklung eines Rahmenwerks einheitlicher Unternehmensrichtlinien. Um Frauen in den nächsten fünf bis zehn Jahren stärker am Arbeitsmarkt teilnehmen zu lassen, sollten Unternehmen sich auf die Schaffung von frauenfreundlichen Arbeitsbedingungen, die der saudi-arabischen Gesetzgebung entsprechen, konzentrieren. Insbesondere ist der Transport von weiblichen Arbeitskräften relevant, da diese aufgrund des strengen nationalen Fahrverbots auf ihre Vormunde angewiesen sind. Unternehmen können sicheren Transport für ihre weiblichen Angestellten bereitstellen. Maschinenbauunternehmen, die in Saudi-Arabien tätig sind, können sich zur Implementierung von Unternehmensrichtlinien an Initiativen zur Gleichheit der Geschlechter beteiligen und mit NGOs zusammenarbeiten.

Potenzieller Partner

Selbstbestimmung für Frauen und die Pearl Initiative am Golf

Die Pearl Initiative ist eine unabhängige, gemeinnützige Institution in der Golfregion zur Verbesserung der Unternehmensverantwortlichkeit und Transparenz. Die Pearl Initiative führte 2013 das Programm „Good Governance in Family Firms“ ein. Das Programm dient dazu, Wirtschaftsführer darüber zu informieren, wie Frauen angeworben, gehalten und in Führungspositionen gehoben werden können. Es beleuchtet die individuellen Erfahrungen von Frauen in hohen Managementpositionen, um die allgemeine Entwicklung von Karrieremöglichkeiten für Frauen in der gesamten Golfregion zu fördern. Deutsche Unternehmen können mit der Pearl Initiative zusammenarbeiten und Anleitungen für Strategien zur Verbesserung interner Richtlinien erhalten, die sie befähigen, mit der tief verwurzelten Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz umzugehen. Des Weiteren können Anstrengungen zur beruflichen Entwicklung unternommen werden, damit mehr Frauen in ihren Lieferketten beschäftigt werden können.

http://www.pearlinitiative.org/

Fallstudie

General Electric (GE) bietet Schulungen für saudi-arabische Technikerinnen

Im Juli 2014 bot GE nach Besuchen von saudi-arabischen Universitäten fünf Technikerinnen On-the-Job-Training in verschiedenen Zweigstellen im Königreich an. Durch diese Initiative hofft GE, aufstrebende, talentierte Frauen aus Saudi-Arabien zu finden und das Bewusstsein von weiblichen Studenten in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten zu stärken. GE vergibt außerdem jedes Jahr 30 Stipendien an weibliche Studenten von verschiedenen Universitäten des Königreichs.[176]

5.3 Export von Maschinen in die Türkei

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	38	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	111	→	Hoch
Menschliche Sicherheit:	51	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	131	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	113	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	135	→	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	29	→	Hoch
Innere Unruhen:	37	→	Hoch
Energiesicherheit:	101	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	123	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	79	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Trotz der kürzlichen politischen Unruhen und der fortdauernden Sicherheitskrise in der Ost- und Südost-Türkei wird erwartet, dass sich die deutsch-türkischen Beziehungen weiter intensivieren. Die Türkei ist ein attraktiver Markt für Investoren. Mit ihren ungefähr 75 Millionen Verbrauchern und ihrem hohen Arbeitskräftepotenzial will die Türkei bis 2023 eine der 10 größten Volkswirtschaften der Welt werden.

Die Türkei ist ein lukrativer Exportmarkt für Deutschland, wobei der Wert der Exporte von 16 Milliarden USD im Jahr 2009 auf 29 Milliarden USD im Jahr 2013 gewachsen ist.[177] Jedoch sind die politischen und diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland aufgrund der sich verschlechternden Menschenrechtslage angespannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisierte 2013 die Vorgehensweise der türkischen Polizei bei den Unruhen in Istanbul aufs Schärfste. Die Beziehungen erlitten weiteren Schaden durch Vorwürfe, dass der BND die Türkei ausspioniere.

Maschinen stellten 2013 den größten Anteil der Exporte in die Türkei dar, und auch in Zukunft wird es weiterhin Geschäftspotenzial für deutsche Exporteure geben. Von Deutschlands 30 größten Exportmärkten für Maschinen verzeichnete die Türkei nach Kanada das zweitgrößte Wachstum. Die Exporte stiegen zwischen 2009 (3,75 Milliarden USD) und 2013 (7 Milliarden USD) um 86 %.[178] Durch die weitere Expansion der türkischen Fertigungsbranche bleiben die deutschen Maschinenexporte stark. Die türkische Fertigungsindustrie trägt mehr als 24 % zum BIP bei und das seit 2003 anhaltende, durchschnittliche Wachstum von 12 % pro Jahr zeigt die Stellung als wichtiger Exportmarkt.

Durch die zunehmend autoritäre Regierung und die schlechten Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen hat sich die Menschenrechtslage verschlechtert. Die Einschränkungen der Meinungsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung durch die Regierung bedrohen die zivilen und politischen Rechte in der Türkei. Im Vorfeld der lokalen Wahlen im März 2014 sperrte die Regierung Social Media-Anwendungen wie Twitter und YouTube und im April 2014 wurden durch neu eingeführte Rechtsvorschriften die Überwachungsbefugnisse des türkischen Nachrichtendienstes Milli Istihbarat Teskilati (MIT) ausgedehnt. Auch wenn das Verfassungsgericht im Oktober 2014 das Gesetz, wodurch die staatliche türkische Internetbehörde Websites sperren und Daten von Internetnutzern uneingeschränkt sammeln konnte, ohne dass ein Gericht angehört wird, aufgehoben hat, so wird nach wie vor Internetzensur stark durchgeführt.

Foto: Sultan Ahmet Moschee, Istanbul. Bildquelle: Glan Cornachini/Flickr

Katastrophen wie das Grubenunglück von Soma im Mai 2014 zeigen die starken Mängel bei Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit in der Türkei. Deutsche Unternehmen, die Schwermaschinen für den Bausektor und die Rohstoffbranche exportieren, haben dadurch ein gesteigertes Assoziationsrisiko mit Arbeitsrechtsverletzungen aufgrund von Fehlverwendung von Maschinen oder fehlenden Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit verschleiert die operative Transparenz

Die staatliche Repression von Journalisten nimmt zu und diese werden regelmäßig für Berichte zu politisch heiklen Angelegenheiten verfolgt. Journalisten werden regelmäßig inhaftiert, wobei sie meistens unter dem Antiterrorgesetz oder aufgrund der Verbindung zu „illegalen" Organisationen angeklagt werden. Ende 2013 wurden in der Türkei 40 Journalisten in Haft genommen, was weit mehr als im Iran oder China ist.[179] Journalisten, die über kurdische Themen berichten, werden aufgrund „der Aufhetzung zu Gewalt oder Separatismus" oder wegen angeblicher Komplizenschaft bei der Berichterstattung über politisch heikle Themeninhaftiert. Dadurch kommt es häufig zu Selbstzensur der Journalisten, die durch die Angst vor rechtlichen Maßnahmen oder Ermittlungen durch Behörden bei Kritik an der Regierung, verursacht wird.

Trotz Aufhebung der Zensur der sozialen Medien wird die generelle Internetzensur weiter ausgeweitet werden, da die Regierung an der Unterdrückung von unabhängigen Informationsquellen interessiert ist. Internetzensur wurde in der Türkei generell zur Bekämpfung der kurdischen Separatistenbewegung oder von wahrgenommener Kritik am Gründer der türkischen Republik, Mustapha Kemal Atatürk, eingesetzt. Jedoch hat die Regierung 2014 die Kontrolle des Internets und der Inhalte durch Überwachungsaktivitäten ohne unabhängige Aufsicht sowie der Sperrung von Websites und der Strafverfolgung von Social Media-Nutzern ausgeweitet. Die Sperre der Social Media-Seiten vor den lokalen Wahlen am 30. März 2014 führte zu ausgedehnten Protesten und rechtlichen Maßnahmen.

Die Einschränkungen der Meinungsfreiheit erschweren Maschinenexporteuren die Geschäftstätigkeiten und erhöhen das Risiko, mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht zu werden. Die einschränkenden Maßnahmen in Bezug auf soziale Medien und die laufende Verfolgung von Journalisten vermindern unter Umständen den Zugang zu operative relevanten Informationen für ausländische Unternehmen (insbesondere hinsichtlich des Zugriffs auf Informationen über Geschäftspartner). Dadurch können vor dem Export nur erschwert Sorgfaltsprüfungen von Zwischenhändlern von Deutschland aus durchgeführt werden. Wenn die Medien nicht über lokale Demonstrationen, Zusammenstöße mit Sicherheitskräften oder Korruptionsvorfälle berichten, kann dies zur Folge haben, dass Maschinenexporteure aufgrund fehlender Informationen mit den Verstößen von Dritten assoziiert werden.

Die schlechten Gesundheits- und Sicherheitsstandards können zur Fehlverwendung von Produkten führen und so die Sicherheitsstatistik von Unternehmen verschlechtern

Die große Zahl an Arbeitsplatzunfällen reflektiert die schlechten Gesundheits- und Sicherheitsstandards und zeigt das gesteigerte Risiko von Todesfällen aufgrund der Fehlbenutzung von Maschinen. Arbeitsunfälle sind in der Türkei an der Tagesordnung und das türkische Statistikamt schätzt, dass 2013 2,3 % der Arbeitskräfte einen Arbeitsunfall hatten.[180] 2010 wurden 1444 ArbeitnehmerInnen bei Berufsunfällen getötet, wobei sich die meisten Todesfälle im Bergbausektor sowie Versorgungs- und Bauwesen ereigneten.[181] Die Unfallzahlen der Türkei sind im internationalen Vergleich hoch, so ist beispielsweise die Unfallrate bei „Handwerks- und verwandten Berufen" mit 4,8 % mehr als doppelt so hoch wie der internationale Durchschnitt von 2,3 %.[182]

Durch die schlechte Kontrolle der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften wird die Umsetzung der neuen Gesetzgebung erschwert. Aufgrund der unzureichenden Anzahl an Prüfern und dem relativ geringen Strafmaß (Geldstrafen für Nichteinhaltung reichen von 1000 TRY/471 USD bis maximal 80.000 TRY/37.682 USD) werden die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften oft missachtet.[183] Die neuen, im Gesetz für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz festgelegten Vorschriften treten zwischen 2014 und 2016 in Kraft, allerdings wird die Wirksamkeit bereits jetzt angezweifelt.[184] Die Vorschriften unterscheiden zwischen Arbeitsplätzen mit hohem, mittlerem und geringem Risiko, wobei diese Kriterien für Verwirrung sorgen. Aufgrund dieser Umstände besteht für Maschinenexporteure weiterhin das Risiko, mit der unsicheren Verwendung ihrer Produkte assoziiert zu werden.

Durch Korruption, unzureichende Schulungen und inadäquate Kontrollen ist eine Verbesserung bei der Sicherheit am Arbeitsplatz unwahrscheinlich. Die weit verbreitete Korruption in Kombination mit unzureichenden Ressourcen der Behörden bewirken, dass die Sicherheitsvorschriften nur selektiv durchgesetzt werden. Eine substanzielle Verbesserung der Situation kann nur durch Anpassung der Ausbildung und einer veränderten Beschäftigungskultur erzielt werden. Arbeitgeber und Investoren müssen sich auf langfristige Probleme einstellen, da es einige Zeit dauern wird, die türkische Führungskultur, die Gesundheits- und Sicherheitsstandards und die Schulungen in Einklang mit den Rechtsvorschriften zu bringen.

Die mögliche unsachgemäße Bedienung von exportierten Maschinen und daraus resultierende Verletzungen von ArbeiternehmerInnen bedeutet für Hersteller, dass sie potenziell haftbar gemacht werden können. Diese Gefahr besteht besonders in den Branchen, die intensiv Maschinen nutzen, wie beispielsweise im Bergbau, in der Produktion und in der Landwirtschaft, da den Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen nicht immer nachgekommen wird, was zu Arbeitsunfällen führen kann. Durch Unfälle, die in der Öffentlichkeit bekannt werden, können dem Maschinenhersteller Reputationsschäden entstehen, oder sogar Haftungsansprüche, falls die türkischen Behörden zum Schutz der eigenen türkischen Gesundheits- und Sicherheitsorgane den Unfall auf einen Defekt der Maschine zurückführen.

Risiko von Kinderarbeit für Unternehmen, die Maschinen für Landwirtschaft und Kleinunternehmen exportieren

Kinderarbeit ist in einer Anzahl von Branchen, die intensiv Maschinen nutzen, wie beispielsweise die Landwirtschaft, weit verbreitet, wodurch Exporteuren ein Reputationsrisiko entsteht. Laut amtlichen Zahlen arbeiten fast 900.000 Kinder, wovon ein Drittel zwischen fünf und vierzehn Jahre alt ist.[185] Der Großteil der Kinderarbeit findet in der Landwirtschaft (57,1 %) statt, gefolgt vom Dienstleistungssektor (27,1 %) und der Produktion(14,3 %).[186] Das stetige Wirtschaftswachstum der Türkei hat durch die damit verbundene gesteigerte Arbeitskräftenachfrage die starke Zunahme von Kinderarbeit gefördert.

Das Problem von Kinderarbeit kann durch den Flüchtlingszustrom aus Syrien noch verschärft werden, insbesondere aufgrund der fehlenden Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Demzufolge ist zu erwarten, dass Kinderarbeit weiterhin weit verbreitet bleibt. Das trifft besonders auf die Landwirtschaft zu, wo Kinder beispielsweise für die Ernte von Baumwolle und Haselnüssen eingesetzt werden.

Die Anstrengungen der Behörden, Kinderarbeit einzuschränken, waren nur begrenzt erfolgreich, und so wird die Situation voraussichtlich auch in den nächsten fünf Jahren bestehen bleiben. Die starke Verbreitung von Kinderarbeit reflektiert die mangelnden Kapazitäten der Arbeitsaufsichtsbehörden. Zusätzlich gelten die türkischen Arbeitsgesetze, die ein Mindestalter von 15 Jahren festlegen, nicht für Landwirtschaftsbetriebe mit weniger als 50 MitarbeiterInnen und Geschäfte mit bis zu drei Angestellten. Kinder von in der Landwirtschaft tätigen WanderarbeiterInnen sind ein besonderes Problem in Bezug auf Kinderarbeit und der Teilnahme am Schulunterricht. Aufgrund des fehlenden Verständnisses von grundlegenden Sicherheitsanweisungen sind Kinder besonders durch Unfälle mit Maschinen gefährdet. Es gibt Programme, die sich auf die schlimmsten Formen von Kinderarbeit in der Landwirtschaft konzentrieren, jedoch wird in der Produktionsbranche und dem informellen Sektor kaum etwas gegen Kinderarbeit unternommen.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Due-Diligence-Prüfungen vor Ort können größere Transparenz schaffen

Durch die Medienzensur sind die üblichen Formen der Due-Diligence-Prüfung von externen Distributoren und Kunden nur eingeschränkt möglich. Deutsche Exporteure können aber mit vor Ort agierenden Organisationen (Menschenrechts-NGOs oder Due Dilligence-Fachfirmen), zusammenarbeiten, um angemessene Due-Diligence-Prüfungen von Drittfirmen, beispielsweise Zwischenhändlern, durchzuführen. Dies kann notwendig sein, wenn einem Zwischenhändler Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden oder er beispielsweise durch Verwandtschaftsverhältnisse oder politische Beziehungen damit in Verbindung gebracht wird. Durch die aktuellen Einschränkungen der freien Meinungsäußerung und den möglichen Mangel an Informationen zu Fehlverhalten werden Due-Diligence-Prüfungen immer notwendiger.

Prüfungen vor Ort stellen sicher, dass man sich auf Geschäftspartner und wichtige Kunden verlassen kann. Außerdem senken sie auch das Risiko, mit Unternehmen in Verbindung gebracht zu werden, die die Menschenrechte verletzen. Die Regierungspartei AKP hat weitreichende Verbindungen zu der von ihr unterstützten aufsteigenden Unternehmerschaft,[187] wodurch die Möglichkeit besteht, dass die Behörden an direkter oder indirekter Zensur von Vorwürfen gegen diese Firmen beteiligt sind. Daher sollte die Due-Diligence-Prüfung besonders gründlich durchgeführt werden, wenn Verbindungen zur Politik bekannt sind, da ein erhöhtes Potenzial für die Zensur von Vorwürfen besteht.

Schulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit sowie Inspektionen können die Risiken senken

Standardschulungen zur beruflichen Gesundheit und Sicherheit in Kombination mit gelegentlichen Inspektionen stellen sicher, dass angemessene Verfahren eingehalten werden. Im Gegensatz zu Importeuren, die Kontrolle über ihre Lieferketten haben, können Exporteure beim Vertrieb in andere Länder den Überblick über die Wertschöpfungskette leicht verlieren. Die Schulung von Arbeitskräften, die exportierte Maschinen bedienen, bietet eine Gelegenheit zur Beeinflussung der Arbeitsstandards, insbesondere wenn dabei sichergestellt wird, dass die Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden. Verantwortungsvolle Unternehmen können Wartungsarbeiten an den Maschinen durch den Hersteller mit neuen Gesundheits- und Sicherheitsschulungen kombinieren. Diese Schulungen in Kombination mit gegenseitig vereinbarten Prüfungen der Maschinennutzung senken Risiken in Zusammenhang mit der schlechten Kontrolle der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften durch die türkischen Behörden.

Potenzielle Partner

Fair Labor Association (FLA)

Die FLA ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in den USA, die auf die Prüfung von Arbeitsstandards spezialisiert ist. Seit ihrer Gründung im Jahr 1999 hat sie verschiedene umfangreiche Analysen von Lieferketten in Bezug auf Arbeitsstandards durchgeführt, unter anderem auch für den Elektronikkonzern Apple. Die FLA hat eigene, auf der ILO beruhende Standards entwickelt; ihren Berichten wird große Beachtung geschenkt und sie haben auch schon zu Ermittlungen in der Türkei geführt (siehe Fallstudie). Unternehmen, die Maschinen in die Türkei exportieren, können sich an die FLA wenden, damit diese Prüfungen von Distributoren durchführt und so das Risiko der Beteiligung an Verletzungen der Arbeitsstandards gesenkt wird.

Insan Haklari Dernegi (IHD)

Der Menschenrechtsverein IHD mit Sitz in Ankara hat 34 Zweigstellen und 16.000 Mitglieder in der Türkei. Als Teil seines Mandats zur Förderung der Menschenrechte überwacht und untersucht die NGO die Menschenrechtssituation in der Türkei. Der IHD wurde 1986 gegründet, um die nach dem Militärputsch von 1980 durchgeführten Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Die Organisation hat folgende Schwerpunkte: Bekämpfung von Folter in Gefängnissen; Lobbying für die Rechte von Häftlingen; Förderung einer friedlichen Lösung des Kurdenproblems; Bildungsprogramme über Menschenrechte; und die Förderung von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gerechtigkeit in der Türkei. Der IHD veröffentlicht eine Vielzahl von Berichten zu diesen Themen. Die Organisation kann fundierte Informationen zu Geschäftspartnern und Kunden vor Ort geben und Risiken hinsichtlich der Assoziation mit Verstößen aufzeigen.

Verein für die Menschenrechtsagenda (Human Rights Agenda Association - HRAA)

Der HRAA, auf Türkisch Insan Haklari Gundemi Dernegi, hat seine Zentrale in Izmir und vereint Menschenrechtsaktivisten aus verschieden Teilen der Türkei. Die NGO kämpft gegen alle Formen der Gewalt und verurteilt Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure/bewaffnete regimekritische Gruppen.

Darüber hinaus führt der HRAA Kampagnen gegen Verletzungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und des Minderheitenrechts durch. Die Organisation fördert die kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rechte, bewertet die Menschenrechtssituation in der Türkei und schlägt internationalen Organisationen Lösungen vor. Diese Bewertungen und Empfehlungen werden auch der türkischen Regierung bereitgestellt. Der HRAA kann Maschinenexporteure zu Verstößen in den Gebieten, in die exportiert wird, beraten.

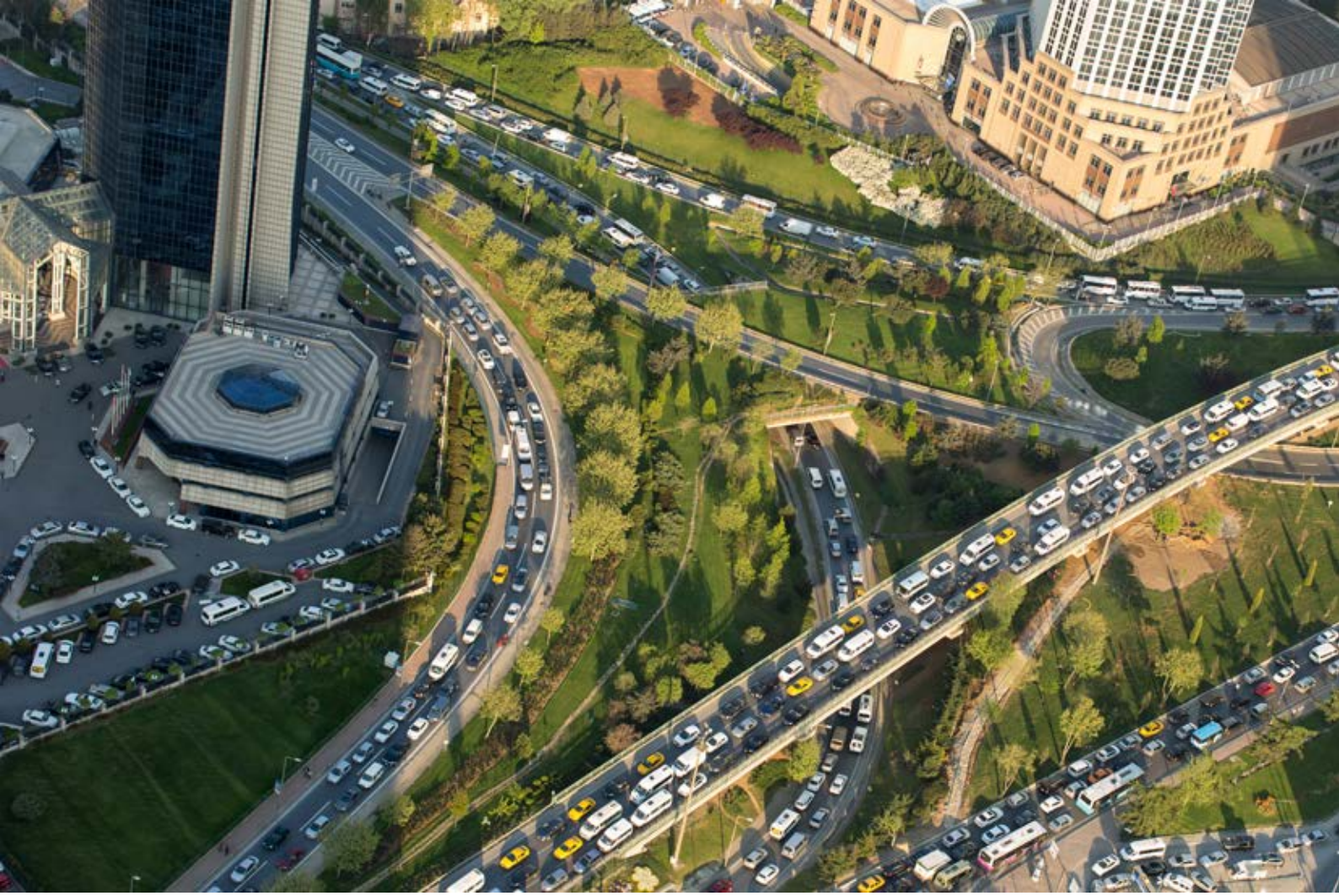
Fallstudie

Die Fair Labor Association (FLA) bewertet Kinderarbeit in der türkischen Lieferkette von Haselnüssen

Die FLA führte auf Anfrage von Nestlé im August 2011 eine Bewertung der Arbeits- und Menschenrechtssituation in der türkischen Lieferkette für Haselnüsse des Unternehmens durch. Beruhend auf der Bewertung der FLA entwickelte Nestlé einen Maßnahmeplan, der im Februar 2012 umgesetzt wurde. Zur Bewertung und Überwachung der Einhaltung des Maßnahmeplans zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Lieferkette von Nestlé führte der FLA im August 2013 unangemeldete Besuche bei Haselnusserzeugern, die das Unternehmen beliefern, durch.

Diese Besuche ergaben, dass in den Anbaubetrieben an der Schwarzmeerküste (Ordu-Giresun und Akçakoca) Kinderarbeit nach wie vor weit verbreitet ist. Die Organisation berichtete, dass fast jeder der in Ordu und Giresun besuchten Anbaubetriebe Kinder beschäftigte, wovon die Mehrheit Kinder von Wanderarbeitern waren, die ihre Eltern begleiten, um ein zusätzliches Familieneinkommen zu generieren. Als Antwort auf die vom FLA festgestellten Verstöße hat der Konzern einen Maßnahmeplan zur Lösung des Problems entwickelt, der auch die Einrichtung eines Systems zur Überwachung und Beendigung von Kinderarbeit umfasst.[188]

Deutsche Exporteure von Maschinen können ähnliche Studien durchführen, um zu bewerten, ob ihre Produkte im Einklang mit den internationalen Arbeitsstandards benutzt werden. Damit können wesentliche Gesundheits- und Sicherheitsrisiken in Zusammenhang mit Fehlbenutzung und Kinderarbeit, beispielsweise in der Landwirtschaft, identifiziert werden.



6. Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards: Export von Fahrzeugen

Deutschlands fünf größte Exportmärkte für Fahrzeuge waren im Jahr 2013 die USA, das Vereinigte Königreich, China, Frankreich und Italien. Zu den Ländern, die seit 2009 verstärkt Fahrzeuge aus Deutschland importiert haben, gehören Russland (Wachstum von 242 % seit 2009), Südkorea (+200 %), China (+174 %), Türkei (+157 %) und Japan (+109 %). Viele Länder, die wachsende Handelsmöglichkeiten für deutsche Fahrzeugexporteure bieten, stellen aber auch hohe Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards dar. Darunter sind China, Mexiko, Saudi-Arabien, die Türkei und Südafrika.

In diesem Kapitel werden die Risiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards für Unternehmen geschildert, die Fahrzeuge in folgende Länder exportieren:

1. Saudi-Arabien (Seite 86)

2. Türkei (Seite 90)

Foto: Verkehr in Istanbul, Türkei

6.1 Export von Fahrzeugen nach Saudi-Arabien

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	4	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	18	→	Extrem
Menschliche Sicherheit:	48	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	124	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	111	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	45	→	Hoch
Konflikte und Politische Gewalt:	61	→	Mittel
Innere Unruhen:	67	→	Hoch
Energiesicherheit:	110	→	Mittel
Lebensmittelsicherheit:	196	↗	Niedrig
Wasserversorgungssicherheit:	20	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Das erwartete starke Wachstum des saudi-arabischen Fahrzeugmarkts in den nächsten fünf bis zehn Jahren wird ausländischen Unternehmen wesentliche und langfristige Investitionsmöglichkeiten bieten. Abgesehen vom Iran, wo die Fahrzeugproduktion aufgrund internationaler Sanktionen von inländischen Firmen dominiert wird, ist Saudi-Arabien der größte Fahrzeugmarkt in der MENA-Region (Nahost und Nordafrika). Dementsprechend stellen Autos und deren Ersatzteile nach Maschinen und Industrieausrüstungen den zweitgrößten saudi-arabischen Exportbereich für Deutschland dar.

Steigende Einkommen in Kombination mit dem mit deutschen Autos verbundenen Prestige werden weiterhin das Wachstum der deutschen Automobilexporte nach Saudi-Arabien antreiben. Etablierte deutsche Automarken wie BMW und Mercedes-Benz werden weiterhin hohe Verkaufszahlen im Golfstaat sehen. Der Grund dafür ist, dass deutsche Autos in Saudi-Arabien mit Wohlstand und hohem sozioökonomischem Status verbunden werden.

Die wachsende Mittelklasse wird wahrscheinlich die saudische Nachfrage nach günstigeren und erschwinglicheren Fahrzeugen antreiben. Das gibt deutschen Automobilherstellern, wie z. B. Opel, Gelegenheit zur Ausfuhr günstigerer Modelle und zur Ausweitung von Marktanteilen. Auch durch das Fehlen größerer inländischer Wettbewerber wird der deutsche Marktanteil an saudi-arabischen Autoimporten konsolidiert werden. Natürlich werden deutsche Exporteure weiterhin mit Automobilherstellern anderer Länder, insbesondere Japan, das aktuell den größten Marktanteil einnimmt, konkurrieren.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Deutsche Firmen riskieren durch den Verkauf gepanzerter Fahrzeuge Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen

Unternehmen, die Saudi-Arabien mit gepanzerten Fahrzeugen versorgen, laufen Gefahr, der Mittäterschaft an Menschenrechtsverletzungen bezichtigt zu werden und Reputationsschäden zu erleiden. Saudi-Arabien hat bereits in der Vergangenheit Kampfpanzer eingesetzt, um gesellschaftliche Proteste zu unterdrücken. Daher besteht die Möglichkeit, dass importierte Panzerfahrzeuge zur Unterdrückung der zivilen und politischen Rechte benutzt werden. Im März 2011 schickte Saudi-Arabien in Frankreich und den Vereinigten Staaten gefertigte Panzer nach Bahrain , um die Niederschlagung der Proteste der Opposition in der Hauptstadt Manama zu unterstützen.

Foto: Jaguar F-Type in Jeddah vorgestellt. Bildquelle: Jaguar MENA/Flickr

Die Bereitschaft Saudi-Arabiens, schwer gepanzerte Fahrzeuge zur Unterdrückung der Proteste in Bahrain einzusetzen, hat international die Befürchtung geschürt, dass diese Methoden auch im eigenen Land eingesetzt werden. Dieses Risiko besteht besonders in der östlichen Provinz Saudi-Arabiens. Dort überwiegt die sich ansonsten in der Minderheit befindliche schiitische Bevölkerung, und es kommt sporadisch zu Demonstrationen und Ausschreitungen, die häufig mit staatlicher Gewalt beendet werden.

Der potenzielle Einsatz schwer gepanzerter Fahrzeuge zur Unterdrückung von Protesten lässt die deutsche Regierung hinsichtlich des geplanten Verkaufs von Panzern an Saudi-Arabien zögern. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat im April 2014 den Verkauf von 800 deutschen Panzern des Typs Leopard 2A7+ an die saudische Regierung blockiert. Dieser Panzer ist auf die urbane Kriegsführung ausgelegt, ein Faktor, der wohl die Bedenken der Behörden hinsichtlich des möglichen Einsatzes gegen Protestanten in Städten geschürt hat.

Das Risiko, durch den Export gepanzerter Fahrzeuge mit Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien in Verbindung gebracht zu werden, ist für deutsche Firmen, die hauptsächlich mit Nutzfahrzeugen handeln, eher gering. Trotzdem sollten sich diese Unternehmen des Risikos bewusst sein, einen Reputationsschaden durch weniger offensichtliche Assoziationen, wie beispielsweise die Lieferung von Ersatzteilen, zu erleiden.

Die Korruption untergräbt die gerichtliche Unabhängigkeit und setzt exportierende Firmen illegalen Aktivitäten aus

Wesentliche Mängel der saudischen Anti-Korruptionsgesetze bedeuten für im Land tätige oder investierende Unternehmen das Risiko der Beteiligung an korrupten Praktiken. Auch wenn Saudi-Arabien im April 2013 das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) ratifiziert hat, erfüllt die nationale Gesetzgebung internationale Standards nicht auf zufriedenstellende Weise. Hinzu kommt, dass die andauernde Korruption in öffentlichen und privaten Sektoren weiterhin straffrei bleibt. Die Anti-Korruptionsgesetze werden nur selektiv angewendet, wobei der Großteil der als korrupt geltenden Mitglieder der königlichen Familie und ranghohe Politiker sich der Justiz entziehen können und straffrei ausgehen. Laut des Berichts zum Investitionsklima Saudi-Arabiens des US-Außenministeriums von 2014 gibt es „nur wenige Fälle, in denen prominente Bürger oder Regierungsbeamte der Korruption angeklagt wurden“.[189]

Das Versagen der Regierung im Kampf gegen die Korruption wirkt sich negativ auf die Menschenrechte aus und erschwert die sozioökonomische Entwicklung des Landes. Korruption hat eine lange Tradition in der politischen und wirtschaftlichen Elite Saudi-Arabiens, was zu einer ungleichen Verteilung des Vermögens im Land führt. Die Korruption führt zu unzureichender humaner Entwicklung und verschlimmert die bereits relativ weit verbreitete ‘unsichtbare Armut‘.

Es gibt kaum offizielle Daten zur Armut, aber laut Presseberichten und privaten Schätzungen müssen zwischen zwei und vier Millionen EinwohnerInnen mit weniger als 17 USD pro Tag (der geschätzten Armutsgrenze des Landes) auskommen. Auch sind die saudischen Ausgaben für das Gesundheitswesen sehr gering. Laut der Weltbank gibt Saudi-Arabien 4 % des BIP für das Gesundheitswesen aus. Zum Vergleich: In der Türkei liegt dieser Wert bei 7 %, in Jordanien bei 8,4 % und in Ägypten bei 5 %.[190]

Deutsche Firmen, die nach Saudi-Arabien exportieren, werden wahrscheinlich mit korrupten Praktiken in Berührung kommen, wenn sie direkt mit den Behörden und Dritten zu tun haben. Laut Aussagen von Führungskräften ist die Zahlung von Bestechungsgeldern zum Beschleunigen oder Abschließen von Geschäften relativ weit verbreitet. Die langsame und schwerfällige Bürokratie des Golfstaats erhöht das Korruptionspotenzial, da die Beamten die Möglichkeit haben, rechtswidrige Zahlungen für die Beschleunigung oder den Abschluss von Transaktionen anzunehmen.

Der Global Competitiveness Report 2014-2015 des Weltwirtschaftsforums (WEF) hält fest, dass 6,4 % der Führungskräfte Korruption als größtes Problem bei Geschäften in Saudi-Arabien betrachten. Damit nimmt Korruption hinter „Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten“ „unzureichende Bereitstellung von Infrastruktur“, und „einschränkende Arbeitsgesetze“ insgesamt den vierten Platz in der Umfrage ein.[191] Der hohe Grad an Korruption erfordert von den in Saudi-Arabien tätigen oder investierenden Unternehmen erhöhte Sorgfaltspflicht, um das Risiko der Assoziation mit korrupten Praktiken in der gesamten Lieferkette zu senken.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass deutsche Unternehmen, die Nutzfahrzeuge liefern, deutlich weniger mit Korruption in Berührung kommen als Firmen, die hauptsächlich mit der saudischen Regierung Geschäfte tätigen. Korruption in kleinem Maßstab kommt bei alltäglichen Geschäften, z. B. beim Erwerb von Lizenzen oder der Zahlung von Geldbußen, zum Tragen. Schwerwiegende Fälle von Korruption, bei denen es um hohe Geldsummen geht, sind im öffentlichen Auftragswesen üblich, wobei große Unternehmen der Waffen- und Rüstungsindustrie beteiligt sind.

Unzulängliche Durchsetzung von Verträgen bringt das Risiko von Arbeitsrechtsverletzungen mit sich

Die rechtlichen Rahmenbedingungen bieten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Schlichtung von Streitigkeiten, sodass Unternehmen und Einzelpersonen kaum Möglichkeiten haben, die Situation zu verbessern. Abgesehen von dieser Einschränkung des Handlungsspielraums haben Unternehmen auch wegen der mangelhaften Durchsetzung von Verträgen und der teilweise langwierigen Handelsstreitigkeiten die Möglichkeit, die in Saudi-Arabien ohnehin schlecht geschützten Rechte von Arbeitskräften zu verletzen. Dadurch erhöht sich das Risiko der Assoziation mit grundlegenden Verletzungen des Arbeitsrechts, da ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit genommen wird, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und Kollektivverhandlungen zu führen. Die Schaffung eines spezialisierten Handelsgerichts im Jahr 2007 brachte wenig Unterstützung bei der Lösung von Handelsstreitigkeiten. Im „Doing Business Report“ der Weltbank von 2014 liegt Saudi-Arabien unter 185 Wirtschaftsregionen weltweit auf Platz 127 in Bezug auf die Durchsetzung von Verträgen (je höher die Bewertung, desto einfacher die Durchsetzung).

Darüber hinaus ist aufgrund des extremen Mangels an Richtern zur Schlichtung von Streitigkeiten die Wahrscheinlichkeit andauernder Verzögerungen hoch. Saudi-Arabien hat zwar das Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche ratifiziert, aber die Regierung äußert sich nicht klar dazu, ob lokale Gerichte die Vertragsentscheidungen anderer internationaler Gerichtsbarkeiten anerkennen werden. Das saudische Rechtssystem ist aufgrund des Mangels an ausgebildeten Richtern mit wirtschaftlicher Erfahrung weiterhin in einem sehr schlechten Zustand. Der oberste Justizrat verlangt von Richtern eine Ausbildung in islamischem Recht, stellt aber keine angemessene Ausbildung in Bezug auf die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten sicher.

Zweideutigkeiten im saudischen Recht schaffen ein unübersichtliches rechtliches Umfeld für im Lande tätige oder investierende Unternehmen. Die Scharia ist schlecht kodifiziert und Fälle können aufgrund anderer Faktoren als Präzedenzfälle entschieden werden. Oft werden nur echte Schäden und nicht entgangene Möglichkeiten anerkannt. Diese rechtlichen Unklarheiten bedeuten für Unternehmen Instabilität und fehlende Vorhersagbarkeit bezüglich Geschäftsverträgen und Handelsstreitigkeiten. Abgesehen davon bestehen große Freiheiten beim Abschließen von Verträgen. Unternehmen bevorzugen aber im Allgemeinen, Verträge unter ausländischem Recht abzuschließen und sich internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu verpflichten.[192] Dadurch vermeiden die Unternehmen, den willkürlich angewandten Gesetzen Saudi-Arabiens ausgesetzt zu sein.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Die Einführung einer Anti-Korruptionsrichtlinie kann Firmen vor schädlichen Korruptionsvorwürfen schützen

Verantwortungsvolle Unternehmen sollten zur Vermeidung von Korruption ein maßgeschneidertes und umfassendes Rahmenwerk gegen Korruption entwerfen. Idealerweise sollte eine Richtlinie eingeführt werden, die alle MitarbeiterInnen einhalten müssen. Dieser Verhaltenskodex würde das Ersuchen oder die Annahme von Bestechungsgeldern sowie das Anbieten von Zahlungen an politische Organisationen zum Sichern von Geschäftsvorteilen streng verbieten.

Unternehmen sollten sich auch bemühen, internationale Richtlinien zu etablieren, die die umfassende Offenlegung aller Finanztransaktionen, transparente Beschaffungsverfahren und die Einrichtung streng vertraulicher Enthüllungsmechanismen erfordern.

Die Einführung interner Anti-Korruptionsrichtlinien würde nicht nur die Gefahr von Korruption im Unternehmen und bei MitarbeiterInnen senken, sondern Unternehmen auch vor Korruptionsvorwürfen schützen, die Reputationsschäden verursachen und die Möglichkeit von Ertragssteigerungen einschränken können.

Darüber hinaus kann die Einführung solcher Richtlinien Unternehmen dabei unterstützen, weitreichende Auswirkungen auf die Menschenrechte durch Korruption zu verhindern. Die unzulässige Beeinflussung der Entscheidungen öffentlicher Einrichtungen, beispielsweise durch Bestechung, bewirkt häufig eine Verletzung der Rechte von ArbeitnehmerInnen oder BürgerInnen. Beispielsweise können korrupte Praktiken ArbeitnehmerInnen oder BürgerInnen den Zugang zum Rechtsweg erschweren, insbesondere, wenn die Bestechung dazu dient, die Urteile lokaler Gerichte zu beeinflussen.

Potenzielle Partner

Nationale Anti-Korruptionskommission

Die Nationale Antikorruptionskommission wurde 2012 von König Abdullah gegründet und ist für die Untersuchung korrupter Praktiken, hauptsächlich in Bezug auf Regierungsverträge, aber auch auf „Verträge im Interesse der Öffentlichkeit und Bürger", verantwortlich.[193] Die Kommission bewertet die Gefährdung von Organisationen durch Korruption und bietet Beratung zur Einführung von Richtlinien zur Bekämpfung korrupter Praktiken.

Die Kommission sucht die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Korruption entgegenzuwirken. Unternehmen können sich direkt an die Kommission wenden, um regulatorische Verfahren zu implementieren und sicherzustellen, dass Verträge frei von Korruption sind und unter den Bedingungen und Bestimmungen der Scharia erstellt und umgesetzt werden.

http://www.nazaha.gov.sa/en/Pages/Default.aspx

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) in Saudi-Arabien

In den letzten Jahren wurden im Rahmen des UNDP mehrere humanitäre Programme implementiert, teils auch mit der Absicht, den Golfstaat zu befähigen, seine Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) bis 2015 zu erfüllen. Vergangene und aktuelle Programme im Königreich beschäftigen sich mit Energieeffizienz, der stärkeren Einbeziehung von Jugendlichen und der ländlichen Entwicklung.

In einem großen, von der saudischen Regierung finanzierten Projekt bietet das UNDP dem Ministerium für Gemeinde- und Landwirtschaftsangelegenheiten technische Beratung und Unterstützung, damit die ländlichen Regionen des Landes besser mit städtischen Diensten versorgt werden. Unternehmen können in Saudi-Arabien mit dem UNDP zusammenarbeiten und ein Rahmenwerk entwickeln, das den Aufbau nationaler Kapazitäten unterstützt und den Austausch bewährter Verfahren in Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen fördert.

http://www.sa.undp.org/content/saudi_arabia/en/home.html

Potenzielle Partner

Clarkson Centre for Business Ethics and Board Effectiveness (CBBE) der Universität Toronto

Das CBBE gab im Januar 2014 seine Beteiligung an einer neuen Initiative in Saudi-Arabien in Zusammenarbeit mit der Al faisal-Universität in Riyadh, dem Gulf Cooperation Council (GCC) Board Directors Institute und der Saudi Arabian General Investment Authority (SAGIA) bekannt.

Die Initiative will Kriterien entwickeln, die gute Unternehmensführung der Vorstände öffentlicher saudischer Unternehmen fördern sollen. Diese Kriterien werden sich voraussichtlich auf Unabhängigkeit der Direktoren, Zusammensetzung der Vorstände und Vergütungszahlungen konzentrieren. Das CBBE ist Teil der Rotman School of Management der Universität Toronto. Unternehmen können mit der Rotman School hinsichtlich der Entwicklung bewährter Verfahren und einer Unternehmensführung, die sich im Einklang mit den rechtlichen Anforderungen Saudi-Arabiens befindet, zusammenarbeiten.

http://www.rotman.utoronto.ca/

Die Unberechenbarkeit des saudischen Gerichtssystems kann durch internationale Schlichtungsverfahren größtenteils umgangen werden

Die schädlichen Auswirkungen der mangelhaften Durchsetzung von Verträgen auf die Arbeitsrechte können vermieden werden, indem Streitigkeiten hauptsächlich durch internationale anstatt lokale Schlichtung beigelegt werden. Investoren können relevante Klauseln in Verträgen mit lokalen Partnern festlegen, die besagen, dass Streitigkeiten ausschließlich durch internationale Schlichtung beigelegt werden. Damit können ausländische Firmen den häufig mühseligen und kostspieligen Prozess der Schlichtung durch das saudische Gerichtssystem vermeiden.

Darüber hinaus stellt eine internationale Schlichtung auch sicher, dass Streitigkeiten nach internationalen Standards und von Rechtsexperten, die von relevanten Institutionen wie der Internationalen Handelskammer in Paris zugelassen wurden, beurteilt werden, anstatt von saudischen Gerichten, die möglicherweise von lokalen Interessen beeinflusst sind. Darüber hinaus können Unternehmen, die in restriktiven Umfeldern tätig sind, einen vertraulichen Beschwerdemechanismus, möglicherweise unter Einsatz externer Überwachungsagenturen, entwickeln. Dieser Ansatz ermöglicht die Untersuchung von durch ArbeitnehmerInnen vorgebrachten Beschwerden, sowie die Inspektion der Betriebsstätten von Lieferanten und die Implementierung von Lösungen. Damit würden ArbeitnehmerInnen eine legitime Alternative, die ihnen einen besseren Zugang zur Abhilfe bietet, erhalten.

6.2 Export von Fahrzeugen in die Türkei

Risikokategorie	Rang	Tendenz	Risikoniveau
Zivile und Politische Rechte:	38	→	Extrem
Arbeitsrecht und Arbeitsschutz:	111	→	Hoch
Menschliche Sicherheit:	51	→	Hoch
Rechte Indigener Völker:	N/A		
Armut und Sozioökonomische Entwicklung:	131	→	Mittel
Korruptionsrisiko:	113	→	Hoch
Rechtsstaatlichkeit:	135	↗	Mittel
Konflikte und Politische Gewalt:	29	↗	Hoch
Innere Unruhen:	37	→	Hoch
Energiesicherheit:	146	→	Niedrig
Lebensmittelsicherheit:	123	→	Mittel
Wasserversorgungssicherheit:	79	→	Hoch

Legende:
Der Rang zeigt die Leistung eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern, wobei 1 das höchste globale Risiko darstellt und 198 das niedrigste. Trendpfeile zeigen an, ob das Risiko im Verlauf der nächsten 12 Monate eher zunnehmen, abnehmen oder gleich bleiben wird.
Risikostufen:

Extrem | Hoch | Mittel | Niedrig

Übersicht

Die Türkei und Deutschland verbindet eine starke Handelsbeziehung, die in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich weiter ausgebaut wird. Laut Statistiken des deutschen Außenministeriums ist der bilaterale Handel im Jahr 2013 um 5 % angestiegen und lag damit bei einem Wert von 42,5 Milliarden USD.[194] Der Wert der Importe aus Deutschland in die Türkei stieg 2013 um 7,1 % an, und der Wert der türkischen Exporte nach Deutschland um 1,4 %. Deutschland ist nicht nur innerhalb der EU der größte Handelspartner der Türkei, sondern auch weltweit. Der Handel mit der Europäischen Union im Rahmen der bestehenden, 1995 in Kraft getretenen Zollunion belief sich im Jahr 2013 auf 102,8 Milliarden USD.

Die Türkei und Deutschland sind zweifellos an der Stärkung der bilateralen Handelsbeziehung interessiert. Im August 2013 vereinbarten die Wirtschaftsministerien beider Länder die Gründung einer Wirtschafts- und Handelskommission (JETCO, Joint Economic and Trade Commission). Diese Kommission soll als branchenübergreifende Plattform dienen. Die erste Sitzung der Kommission ist für Frühjahr 2015 angesetzt.

Der Handel mit Kraftfahrzeugen und Ersatzteilen zwischen der Türkei und Deutschland war schon immer stark. Der Wert der deutschen Automobilexporte in die Türkei betrug im Jahr 2013 5,9 Milliarden USD (wovon 3,6 Milliarden USD auf Fahrzeugexporte zurückzuführen waren). Umgekehrt betrug der Wert der türkischen Automobilexporte nach Deutschland im Jahr 2013 1,7 Milliarden USD (wovon 503 Mio. USD auf Fahrzeugexporte zurückzuführen waren).

In Bezug auf die Menschenrechtslage in der Türkei ist zu erwarten, dass sich Minderheitsrechte im Laufe der nächsten Jahre eine Verbesserung erfahren werden. Dagegen ist im Hinblick auf die bürgerlichen und politischen Rechte aufgrund des zunehmend autoritären Regierungsstils von Präsident Erdogan mit einer Verschlechterung zu rechnen. Die türkische Regierung ließ verlauten, dass sie sich dazu verpflichtet sieht, die Friedensverhandlungen mit der bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) fortzusetzen. Wenn diese zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, würde dies die Rechte der kurdischen Minderheit in der Türkei weiter verbessern. Die Friedensverhandlungen gestalten sich allerdings weiterhin schwierig und drohen zu scheitern, was zu weiteren Einschränkungen der menschlichen Sicherheit und Menschenrechtsverletzungen führen würde.

Foto: Istanbul. Bildquelle: Christopher/Flickr

Regierungsvertreter denken momentan darüber nach, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, im Rahmen dessen Sicherheitskräfte leichter zu tödlicher Gewalt greifen könnten. Diese Maßnahmen würden eine größere Straflosigkeit unterstützen. Investoren und Exporteure können mit solchen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden, wenn diese mit Staatsbeamten und Geschäftsleuten zusammenarbeiten, die eng mit kontroversen Ministerien des Sicherheitsapparats in Verbindung stehen. Allerdings handelt es sich hierbei nur um ein indirektes, nicht sehr akutes Risiko.

Die Korruption scheint in den vergangenen Jahren keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf den Zustand der Sozialökonomie in der Türkei gehabt zu haben, da die regierende Partei das Pro-Kopf-BIP in den letzten zehn Jahren verdreifacht, Krankenhäuser und Schulen gebaut und die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut hat. Im Zusammenhang mit dem langsameren Wirtschaftswachstum könnte sich die öffentliche Wahrnehmung in Zukunft jedoch ändern, was möglicherweise strengere Kontrollen in Bezug auf Korruption mit sich bringt.

Risiken in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards

Richterliche Unabhängigkeit in der Türkei wird wahrscheinlich weiter abnehmen

Obwohl Unternehmen, die Fahrzeuge in die Türkei exportieren, nicht direkt in diese Vorgänge verwickelt sind, besteht ein geringes Risiko, einen Reputationsschaden zu erleiden. Exporteure und Investoren, die mit Unternehmen Geschäfte machen, die der politischen Elite nahestehenden Personen gehören oder eng mit ihnen verbunden sind, werden möglicherweise Kontrollen unterzogen, besonders wenn sie – zu Recht oder zu Unrecht – verdächtigt werden, Verträge oder Aufträge aufgrund solcher Verbindungen erhalten zu haben. Außerdem werden sie eventuell für die Zusammenarbeit mit Akteuren, die an Verletzungen der bürgerlichen und politischen Freiheit beteiligt waren, kritisiert.

Das Gerichtswesen der Türkei war noch nie vollkommen unabhängig. Die Regierung unter Präsident Erdogan versucht jedoch fortlaufend, das Gerichtswesen zunehmend unter den Einfluss der Regierung zu bringen. Dies hat das System von Kontrolle und Gegenkontrolle in der Türkei enorm geschwächt, wodurch gleichzeitig die persönliche Freiheit eingeschränkt wurde.

Inmitten des Kampfes um Einfluss und Macht zwischen der Regierung und der oppositionellen islamistischen Gülen-Bewegung wurde die Gesetzgebung am 15. Februar 2014 im Parlament angepasst, sodass der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK) nun über mehr Macht verfügt. Der HSYK leitet die gerichtlichen Termine und Ermittlungen sowie die verschiedenen Rechtsbereiche. Amnesty International ist eine der vielen internationalen NGOs, die Bedenken bezüglich der Änderungen an den Gesetzen zur (relativen) Unabhängigkeit des Gerichtswesens geäußert haben.

Maßnahmen, die die Unabhängigkeit des Gerichtswesens steigern sollte, waren bisher nur bedingt erfolgreich. Die Republikanische Volkspartei (CHP) bezog sich am 3. März 2014 vor dem Verfassungsgericht auf die zuvor genannte Gesetzgebung, woraufhin diese am 11. April teilweise verworfen wurde. Vor diesem Rechtsspruch (am 23. März) wurden jedoch über 250 Richter und Staatsanwälte vom HSYK an andere Stellen versetzt. Diese Entwicklung suggeriert, dass Gerichtsverfahren zukünftig politisiert und die Gegner von Erdogan und seinen Vertrauten ins Visier genommen werden sollen. Diese Gefahr könnte negative Auswirkungen für Geschäftspartner haben.

Menschenrechtsverletzungen durch türkische Sicherheitskräfte könnten zunehmen

Türkische Sicherheitskräfte begehen weiterhin Menschenrechtsverletzungen. Dieser Trend wird sich mittelfristig höchstwahrscheinlich fortsetzen oder gar verschärfen. Schuld an dieser Entwicklung ist vermutlich die Instabilität in den von Kurden dominierten östlichen und südöstlichen Teilen der Türkei. Viele der türkischen Kurden fühlten sich durch die Weigerung der Regierung, in Syrien zu intervenieren und die Kurden grenzüberschreitend zu schützen, vor den Kopf gestoßen. Dies führte im Oktober 2014 zu Straßenkämpfen zwischen Kurden und Sicherheitskräften in den südöstlichen Teilen der Türkei, sowie in Istanbul und Ankara. Investoren und Exporteure, die mit Vorstandsmitgliedern des Sicherheitssystems in Verbindung stehen, könnten verdächtigt werden, an Menschenrechtsverletzungen durch türkische Sicherheitskräfte beteiligt zu sein.

Das Risiko zunehmender Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte wird durch die Gesetzgebung der regierenden Partei erhöht. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) äußerte sich am 22. Oktober zu einer neuen, im Parlament vorgelegten Regierungsvorlage zur Erweiterung der polizeilichen Fahndungs- und Abhöraktivitäten. Die NGO äußerte sich außerdem besorgt zu Forderungen, polizeiliche Befugnisse zum Einsatz tödlicher Gewalt auszuweiten.

Nachdem im Oktober Kurden in der ganzen Türkei, aber vor allem nahe der syrischen Grenze gegen das Versagen der türkischen Regierung beim Schutz der Kurden vor dem Islamischen Staat in der Grenzstadt Kobanê protestiert hatten, wurden offiziell rigorosere polizeiliche Maßnahmen gefordert. Es kam zu Auseinandersetzungen der Kurden mit Sicherheitskräften, aber auch untereinander.

Während Auseinandersetzungen zwischen Kurden und türkischen Sicherheitskräften sich sehr wahrscheinlich weiterhin auf die östlichen und südöstlichen Teile der Türkei beschränken werden, ist es durchaus vorstellbar, dass neue Protestaktionen in der Zentraltürkei sowie den westlichen Teilen des Landes stattfinden werden. Dies kann heftige Reaktionen hervorrufen, wie es auch schon bei den Gezi-Park-Protesten der Fall war, die sich von Istanbul aus auf andere Ballungszentren in der Türkei ausweiteten. Die Ärztekammer der Türkei erfasste während der Gezi-Park-Proteste von Mai bis Juni 2013 insgesamt 8.163 Verletzte, von denen 63 schwer verletzt waren.[195]

Korruption wird in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich ein bedeutenderes Problem werden

Unternehmen, die in die Türkei importieren, werden sich zumindest mittelfristig damit auseinandersetzen müssen, dass sie mit korrupten Instanzen in Verbindung gebracht werden könnten. Die weite Verbreitung von Korruption und der damit verbundenen Risiken für Geschäftsaktivitäten in der Türkei wurde besonders deutlich, als die oppositionelle islamistische Gülen-Bewegung einen weitreichenden Korruptionsskandal enthüllte. Eine Reihe der wichtigsten Verbündeten von Präsident Erdogan sahen sich im Zuge der Enthüllungen mit schwerwiegenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert. In den Skandal waren 52 Personenn verwickelt, unter anderem die Söhne von drei Ministern, bekannte Geschäftsmänner und einige Regierungsberater, die daraufhin in Haft genommen wurden.

Obwohl Korruption ein bekanntes Problem in der Türkei ist, werden diese Praktiken von der Wählerschaft generell nicht missbilligt. Es ist beachtlich, dass die regierende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) trotz der Korruptionsermittlungen Ende 2013 im März 2014 fast 43 % der Wählerstimmen bei den Kommunalwahlen erhielt. Im Jahr 2009 hatten sie noch 38,8 % der Wählerstimmen erreicht hatte. Daraufhin wurde Erdogan im August 2014 in einer öffentlichen Abstimmung mit 52 % zum Präsidenten gewählt (zuvor war er Premierminister).

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Mehrheit der unterstützenden Basis der AKP Korruption toleriert, solange es die Regierung schafft, den Lebensstandard in der Türkei zu verbessern. Unterstützer der AKP weisen auf die Investitionen der AKP hin, die seit der ersten Wahl im November 2002 für den Bau von Schulen und Krankenhäusern sowie zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur getätigt wurden. Das nominale Jahreseinkommen verdreifachte sich unter der Regierung der AKP auf 10.000 USD pro Kopf. In Zukunft wird es jedoch schwieriger werden, diese positive Entwicklung beizubehalten. Während das Wachstum des BIPs zwischen 2005 und 2013 im Durchschnitt bei 4,2 % lag, erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) eine langsamere Wachstumsrate von 3 % für die türkische Wirtschaft in den kommenden Jahren 2014 und 2015. Unabhängige Anlagebanken schätzen das Wachstum im Jahr 2014 auf 3,4 % und im Jahr 2015 auf 4 %.

Ein langsameres Wirtschaftswachstum bedeutet, dass Korruption mittel- und langfristig einen größeren negativen Einfluss auf die Armut haben wird. Die Auswirkungen der Weltfinanzkrise von 2008/2009 sind immer noch deutlich zu spüren. Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2014 zeigt, dass die relative Armutsquote in der Türkei – das heißt, der Anteil der Bevölkerung, der die Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens verdient – zwischen 2007 und 2011 um 2 % angestiegen ist.

Empfehlungen für verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit

Deutsche Unternehmen, die Fahrzeuge in die Türkei exportieren, setzen sich generell keinem großen Risiko aus, in Menschenrechtsverletzungen involviert zu werden. Es ist auch unwahrscheinlich, dass sie sich der Verschärfung sozialökonomischer und auf Menschenrechte bezogener Risiken mitschuldig machen. Allerdings können sie Maßnahmen ergreifen, die die Einhaltung der Menschenrechte und die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei unterstützen.

Zusammenarbeit mit türkischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Es gibt in der Türkei eine Reihe von NGOs, die sich mit Menschenrechten beschäftigen, mit denen Exporteure und ausländische Investoren zusammenarbeiten können, um ihre Stellung in der Bevölkerung zu verbessern. Exporteure, die ihre Stellung innerhalb des Landes verbessern möchten, können die sozioökonomische Entwicklung fördern, was unter anderem den Zugang zu solider Bildung und Berufsausbildung beinhaltet.

Potenzielle Partner

Caritas Türkei

Caritas Türkei arbeitet mit schutzbedürftigen Gruppen zusammen. Dazu zählen: Migranten, misshandelte Frauen, Kinder, Senioren, Minderheiten und Menschen mit Behinderung. Die NGO bietet Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit, Erwerbstätigkeit, soziale Anpassung und Notfallversorgung an. Diese Dienstleistungen reichen von der Unterstützung bei der Beschaffung persönlicher Dokumente bis zur Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige. Außerdem hilft Caritas türkischen Bürgern bei der Arbeitssuche und der Gewährleistung von Bildung für Kinder.

Die NGO hilft auch in Notsituationen wie Überflutung, Erdbeben und Flüchtlingseinwanderung aus benachbarten Ländern. Sie war besonders bei der Flüchtlingskrise in den süd- und südöstlichen Teilen der Türkei aktiv, die aus den anhaltenden Konflikten im benachbarten Syrien entstanden ist. Zusätzlich zur humanitären Hilfe bietet Caritas auch rechtliche Beratung für Flüchtlinge an. Caritas Türkei arbeiten mit Caritas-Mitgliedern aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Italien und Spanien zusammen.

Potenzielle Partner

Türkische Stiftung für Freiwillige im Bildungsbereich (TEGV)

Die Türkische Stiftung für Freiwillige im Bildungsbereich mit Sitz in Istanbul bietet weiterführende Entwicklungs- und Schulungsprogramme an. Die NGO selbst sagt, sie möchte „Kinder darauf vorbereiten, gute Bürger zu werden“, die „vollständig an den Vorteilen von Demokratie und Globalisierung teilhaben können“. Die Organisation verfügt über acht Ausbildungsstätten, 62 Lernzentren und 14 mobile Lernzentren innerhalb der Türkei. Sie betreut ungefähr 245.000 Kinder und verfügt über finanzielle Fördermittel. Diese stehen unter anderem zur Ermöglichung handwerklicher Aktivitäten, für die Anschaffung von Büchern sowie zur Finanzierung weiterführender Bildung für Teenager zur Verfügung. Die Organisation ist Berichten zufolge finanziell gut aufgestellt, würde aber durchaus von neuen Partnerschaften profitieren.

Fallstudien

Potenzielle Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich mit Korruption beschäftigen

In der Türkei gibt es kein einziges Amt für Korruptionsbekämpfung zur Überwachung und Durchführung von Anti-Korruptionsmaßnahmen. Allerdings gibt es einige Institutionen, die sich mit Korruption beschäftigen. Dazu zählen der Ethikrat für den öffentlichen Dienst, die Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen (Public Procurement Authority, PPA), die Finanzstrafrechtsbehörde (MASAK), der Koordinierungsausschuss für die Bekämpfung von Finanzkriminalität (Coordination Board for Combating Financial Crimes, CBCFC), das Schutzamt des Premierministers und der türkische Rechnungshof (Turkish Court of Accounts, TCA). Im Folgenden werden diese Institutionen kurz beschrieben:

- Ethikrat für den öffentlichen Dienst: Der im Juni 2014 gegründete türkische Ethikrat für den öffentlichen Dienst ist damit beauftragt, die Transparenz in der öffentlichen Verwaltung innerhalb der Türkei zu fördern. Sein Fokus liegt auf der Verwaltung und Untersuchung von Beschwerden, die von Unternehmen und Einzelpersonen gegen öffentliche Ämter erhoben wurden. Üblicherweise befassen sich diese Beschwerden mit Misswirtschaft und unkorrekten Verhaltensweisen. Die Organisation verfügt allerdings nur über beschränkte Mittel und hat nur wenig Einfluss bei der Bestrafung unkorrekter Verhaltensweisen.
- Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen PPA: Die türkische Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen bezeichnet sich selbst als finanziell unabhängige, regulierende Institution. Sie ist für die Veröffentlichung von Ausschreibungen und die Festlegung von Richtlinien in diesem Zusammenhang verantwortlich. Allerdings wird die PPA eher als schwacher Apparat angesehen. Im Jahr 2008 sagte Freedom House, dass „die PPA weder in der Lage ist, eine einheitliche Politik in allen Bereichen des öffentlichen Beschaffungswesens zu gewährleisten, noch die Beschaffungsbestimmungen effektiv durchzusetzen."
- Die Finanzstrafrechtsbehörde (MASAK): Die 1996 vom Finanzministerium gegründete MASAK ist dafür verantwortlich, die Ermittlungen gegen Geldwäsche zu koordinieren. Sie sammelt Daten über illegale Transaktionen. Die MASAK wird nicht als unabhängig angesehen, und ihre Arbeit ist der anderer Regierungsbehörden untergeordnet.
- Der Koordinierungsausschuss für die Bekämpfung von Finanzkriminalität (CBCFC): Diese Organisation besteht aus Vertretern von Finanzinstituten und Regierungsministerien. Sie wird vom Unterstaatsekretär für Finanzen getragen. Der CBCFC ist dafür zuständig, Gesetzesentwürfe und Regulierungen zu Prävention von Geldwäsche zu überprüfen.
- Der Prüfausschuss des Premierministers: Diese Organisation überprüft und beaufsichtigt öffentliche Institutionen und Regierungsministerien. Sie ist außerdem für die Untersuchung schwerer Korruptionsfälle verantwortlich. Die Organisation ist jedoch im Prinzip eine Erweiterung der Staatskanzlei der es an Transparenz fehlt.
- Der türkische Rechnungshof (TCA): Der TCA ist das höchste Prüforgan und überwacht alle öffentlichen Institutionen. Der TCA überprüft die Einnahmen, Ausgaben und das Eigentum der öffentlichen Verwaltung. Außerdem überwacht er die Finanzen der Kommunen. Prüfungen der Rechnungsführung werden von der Regierung oft vollständig oder teilweise ignoriert.

Obwohl kein signifikantes Risiko besteht, sollten Exporteure ihre Käufer sorgfältig überprüfen, um sicherzustellen, dass diese nicht in Verdacht stehen, direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen durch Staatsbedienstete beteiligt zu sein. Bestimmten Unternehmen wird eine enge Verbindung mit der regierenden AKP nachgesagt. Die Entwicklung enger Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen könnte negative Medienberichterstattung zur Folge haben. Fahrzeugexporteure können das Risiko, in korrupte Praktiken involviert zu werden, einschränken, indem sie sich an bewährte Verfahren halten und darauf bestehen, dass Geschäftspartner internationale Unternehmensstandards berücksichtigen.

Auch wenn es diesen Institutionen oft an Einfluss oder Unabhängigkeit fehlt, kann es für deutsche Unternehmen, die in die Türkei exportieren, von Interesse sein, mit ihnen zusammenzuarbeiten und die Möglichkeiten zu überprüfen, die sich aus formellen Partnerschaften entwickeln können, um Erfahrungen bei Geschäften in anderen Märkten auszutauschen. Außerdem können bewährte Verfahren besprochen werden. Dadurch haben deutsche Unternehmen einen, wenn auch beschränkten, Einfluss auf die Gestaltung von Richtlinien. Nichtsdestotrotz sollten Unternehmen sich darüber im Klaren sein, dass viele der türkischen Spitzenbeamten keine ehrlichen Absichten bei der Bekämpfung von Korruption verfolgen. Sie könnten aus diesen Gründen auf Widerstand stoßen und/oder politisches Kapital verlieren.

Endnoten

1 Asia Monitor Resource Centre, January 2013, Electronics Industry in Asia: An Overview of the Growth of Samsung Group Malaysia, Available at: http://www.amrc.org.hk/system/files/Growth%20of%20Samsung%20Group%20Malaysia_0.pdf [Accessed 21 October 2014].

2 Federal Foreign Office, 2014, Malaysia, Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Malaysia_node.html [Accessed 21 October 2014].

3 Verité, September 2014, Forced Labor in the production of electronic goods in Malaysia: A comprehensive study of scope and characteristics, Available at: http://www.verite.org/sites/default/files/images/VeriteForcedLaborMalaysianElectronics2014.pdf [Accessed 22 October 2014]

4 SOMO, January 2013. Outsourcing Labour: Migrant labour rights in Malaysia's electronics industry. Available at: http://makeitfair.org/de/en/the-facts/reports/reports/outsourcing-labour [Accessed on 27 October 2014].

5 US Department of State, February 2014, Country Reports on Human Rights Practices: Malaysia. Available at: http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/#wrapper [Accessed 23 October 2014]

6 SOMO – Centre for Research on Multinational Corporations and theMakeITFair project, January 2013, 'Outsourcing Labour- Migrant labour rights in Malaysia's electronics industry', Available at: http://makeitfair.org/en/the-facts/news/reports/outsourcing-labour [Accessed 22 October 2014]

7 SOMO – Centre for Research on Multinational Corporations and theMakeITFair project, January 2013, 'Outsourcing Labour- Migrant labour rights in Malaysia's electronics industry', Available at: http://makeitfair.org/en/the-facts/news/reports/outsourcing-labour [Accessed 22 October 2014]

8 UN Committee on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families, 7 April 2014, 'Day of General Discussion on workplace exploitation and workplace protection commemorating the tenth anniversary of the entry into force of the Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their families', Available at: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---migrant/documents/statement/wcms_241477.pdf [Accessed 23 October 2014]

9 ILO CEACR, 2011, Observation (CEACR) - adopted 2010, published 100th ILC session (2011). Available at: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:13101:0::NO::P13101_COMMENT_ID:2334963 [Accessed on 23 October 2014].

10 The Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO), January 2013. Outsourcing Labour: Migrant labour rights in Malaysia's electronics industry. Available at http://makeitfair.org/en/the-facts/news/reports/outsourcing-labour [Accessed 22 October 2014].

11 Verite, March 2012, ManpowerGroup and Verité Release Ethical Framework to Combat Human Trafficking and Forced Labor in Cross-Border Recruitment. Available at: http://www.verite.org/vision/march2012/latestnews [Accessed 23 October 2014]

12 The Hague Process on Refugees and Migration, no date, Available at: http://thehagueprocess.org/ [Accessed 23 October 2014]

13 ILO, no date, Labour Migration Branch (MIGRANT), Available at: http://www.ilo.org/migrant/lang--en/index.htm [Accessed 23 October 2014]

14 Nikebiz, no date, Workers and Factories: Hytex, Malaysia, Available at: http://www.nikebiz.com/crreport/content/workers-and-factories/3-14-0-case-study-hytex.php [Accessed 22 October 2014]

15 Human Rights Business Dilemmas Forum, no date, 'Case Study: Non-discrimination and migrant workers', Available at: http://hrbdf.org/doc/UNGC_MigrantWorkers.pdf [Accessed 22 October 2014]

16 World Bank, 2014, Exports of goods and services (% of GDP). Available at http://data.worldbank.org/indicator/NE.EXP.GNFS.ZS [Accessed on 16 October 2014].

17 US-Mexico Chamber of Commerce, no date given, Business Development Center – NAFTA. Available at http://www.usmcoc.org/b-nafta2.php [Accessed on 16 October 2014].

18 European Commission, no date given, Bilateral relations – Mexico. Available at http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/mexico/ [Accessed on 16 October 2014].

19 Auswaertiges Amt, October 2013, Bilateral relations – Mexico. Available at http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Mexiko_node.html [Accessed on 16 October 2014].

20 HSBC, February 2012, Global Connections – Trade Forecast Update: Mexico. Available at https://www.hsbc.com.mx/1/PA_esf-ca-app-content/content/inicio/empresas/internacional/pdf/forecast_2012_eng.pdf [Accessed on 16 October 2014].

21 HSBC. February 2013, Global Connections – Mexico. Available at https://globalconnections.hsbc.com/downloads/hsbc-trade-forecast-mx-february-2013.pdf [Accessed on 16 October 2014].

22 International Trade Centre, no date given, Trade Competitiveness map. Available at http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 16 October 2014].

23 SOMO, May 2012, Temporary agency work in the electronics sector. Available at http://makeitfair.org/en/the-facts/reports/temporary-agnecy-work-in-the-electronics-sector [Accessed on 17 October 2014].

24 CEREAL, August 2013, Lo que la reforma se llevo. Available at http://www.fomento.org.mx/novedades/INFORME2013espanol.pdf [Accessed on 17 October 2014].

25 SOMO, May 2012, Temporary agency work in the electronics sector. Available at http://makeitfair.org/en/the-facts/reports/temporary-agnecy-work-in-the-electronics-sector [Accessed on 17 October 2014].

26 National Minimum Wage Commission (CONASAMI), 14 January 2014, Nuevos salarios minimos 2014, por area geografica generales y profesionales. Available at: http://www.conasami.gob.mx/nvos_sal_2014.html. [Accessed on 17 October 2014].

27 US Department of State, 26 February 2014, County Reports on Human Rights Practices for 2013: Mexico. Available at: http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm?year=2013&dlid=220457#wrapper. [Accessed on 17 October 2014].

28 CEREAL, August 2013, Lo que la reforma se llevo. Available at http://www.fomento.org.mx/novedades/INFORME2013espanol.pdf [Accessed on 17 October 2014].

29 Goodelectronics, 2011, The crisis that never went away. Available at http://goodelectronics.org/news-en/the-crisis-that-never-went-away-report-on-labour-conditions-in-the-mexican-electronics-industry [Accessed on 17 October 2014].

30 CEREAL, August 2013, Lo que la reforma se llevo. Available at http://www.fomento.org.mx/novedades/INFORME2013espanol.pdf [Accessed on 17 October 2014].

31 Maquila Solidarity Network, 5 November 2013, Protection contracts widespread in Mexico's electronics sector. Available at http://en.maquilasolidarity.org/node/1159 [Accessed on 17 October 2014].

32 CEREAL, August 2013, After the reform. Available at http://cerealgdl.org/images/informes/CEREAL_report_2013.pdf [Accessed on 15 October 2014].

33 Metal Workers Alliance of the Philippines, March 2014, Republic Act 7615 brought nothing but depressed wages and destruction of jobs. Available at http://goodelectronics.org/news-en/philippine-metalworkers2019-alliance-calls-for-scrapping-of-2018herrera-law2019 [Accessed on 30 October 2014].

34 National Wage and Productivity Commission, February 2014, Minimum Wage Rates by Sector and Region, Philippines: As of October 1, 2014. Available at http://www.bles.dole.gov.ph/PUBLICATIONS/Current%20Labor%20Statistics/STATISTICAL%20TABLES/PDF/Tab24.pdf [Accessed on 30 October 2014].

35 Partido ng Manggagawa, April 2013, Cost of living in NCR at P1,200/day – Partido ng Manggagawa estimate. Available at http://partidongmanggagawa2001.blogspot.co.uk/2013/04/cost-of-living-in-ncr-at.html [Accessed on 3 November 2014].

36 Philippines Department of Labor and Employment, no date, Labor Code of the Philippines: Book III – Conditions of Employment. Available at http://www.dole.gov.ph/labor_codes/view/4 [Accessed on 3 November 2014].
37 Note, the website does not appear to be in use but continues to be the provided web address for the organisation. Additional contact information: http://panpages.ph/listings/ph163285-philippine-metalworkers-alliance-pma. Email: mwap_phils@yahoo.com.ph
38 IMI, 2010, Code of Conduct. Available at http://www.global-imi.com/media/IMIs-Code-of-Conduct.pdf [Accessed on 30 October 2014].
39 IMI, no date, Ethical standards and guidelines. Available at http://www.global-imi.com/media/IMI-Ethical-Standards_English-version-_3_.pdf [Accessed on 30 October 2014].
40 Electronic Industry Citizenship Coalition, 2012, Code of Conduct. Available at http://www.eiccoalition.org/media/docs/EICCCodeofConduct4_English.pdf [Accessed on 30 October 2014].
41 HP, 2013, Audit Findings. Available at http://www8.hp.com/us/en/hp-information/global-citizenship/society/auditresults.html#asia-pacific [Accessed on 30 October 2014].
42 Vietnam, 10 July 2014. FDI companies boost electronics industry. Available at: http://en.vietnamplus.vn/Home/FDI-companies-boost-electronics-industry/20147/52614.vnplus [Accessed on 20 October 2014].
43 Vietnam General Confederation of Labour Institute for Workers and Trade Unions, December 2012, A study on trade union strategies on minimum wage determination and setting in Vietnam. Available at http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---actrav/documents/meetingdocument/wcms_209160.pdf [Accessed on 20 October 2014].
44 Vietnam Briefing, 3 July 2014, Vietnam Debates Case for Higher Minimum Wage. Available at: http://www.vietnam-briefing.com/news/vietnam-debates-case-higher-minimum-wage.html/ [Accessed on 6 October 2014]
45 DTI News, 21 November 2013, Minimum wage increases fails to meet living costs, Available at: http://www.dtinews.vn/en/news/018/32099/minimum-wage-increase-fails-to-meet-living-costs.html [Accessed 8 October 2014]
46 Thanhniem News, 15 June 2014, Employers want low minimum wage increase in Vietnam, Available at: http://www.thanhniennews.com/business/employers-want-low-minimum-wage-increase-in-vietnam-27098.html [Accessed 17 October 2014]
47 OECD, 2013, Structural Policy Country Notes for Emerging Asia. Available at: http://www.oecd.org/site/seao/Viet%20Nam.pdf [Accessed on 17 October 2014]
48 Vietnam Investment Review, 17 September 2014. Vietnam suffers support industry shortcomings. Available at: http://www.vir.com.vn/vietnam-suffers-support-industry-shortcomings.html [Accessed on 22 October 2014].
49 AmCham Vietnam, Vietnam's Engineering Talent Pipeline. Available at: http://www.amchamvietnam.com/30445297/intels-vietnam-engineering-talent-pipeline/ [Accessed on 22 October 2014].
50 Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), 2014, Democratic Republic of Congo. Available at http://eiti.org/DRCongo [Accessed on 23 October 2014].
51 Germany Federal Foreign Office, May 2014, Democratic Republic of the Congo. Available at http://www.auswaertiges-amt.de/sid_88B5576EF3F1A64BD2E773617F86E775/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/KongoDemokratischeRepublik_node.html#doc355954bodyText3 [Accessed on 20 October 2014].
52 International Trade Centre, 2014. Bilateral trade between Germany and DR Congo. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 29 October 2014].
53 UNEP, 2011, The Democratic Republic of the Congo: Post Conflict Environmental Assessment Synthesis for Policy Makers. Available at http://postconflict.unep.ch/publications/UNEP_DRC_PCEA_EN.pdf [Accessed on 23 October 2014].
54 UN Security Council, 23 January 2014, Final report of the Group of Experts on the Democratic Republic of Congo. Available at http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2014/42 [Accessed on 23 October 2014].
55 UN Security Council, 23 January 2014, Final report of the Group of Experts on the Democratic Republic of Congo. Available at http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2014/42 [Accessed on 23 October 2014].
56 World Vision, 2013, Child Miners Speak – Key Findings on Children and Artisanal Mining in Kambove DRC. Available at www.worldvision.org/resources.nsf/main/press-reports/$file/201303_Child-Miners-Speak_REPORT.pdf [Accessed on 20 October 2014].
57 US Department of State, 2014, 2014 Trafficking in Persons Report – Democratic Republic of Congo. Available at: http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/ [Accessed on 23 October 2014].
58 International Alert, November 2010, Land, Power and Identity: Roots of violent conflict in Eastern DRC. Available at http://www.international-alert.org/sites/default/files/DRC_LandPowerIdentity_EN_2010.pdf [Accessed on 23 October 2014].
59 Amnesty International, 2013, Profits and loss – Mining and human rights in Katanga, Democratic Republic of the Congo. Available at http://www.amnesty.org/ar/library/asset/AFR62/001/2013/en/7052e03b-89db-43b3-b607-7f0c8e11f18d/afr620012013en.pdf [Accessed on 23 October 2014].
60 USAID, October 2010, Property Rights and Resource Governance: Democratic Republic of Congo. Available at http://usaidlandtenure.net/sites/default/files/country-profiles/full-reports/USAID_Land_Tenure_Democratic_Republic_of_Congo_Profile_0.pdf [Accessed on 23 October 2014].
61 Business &Human Rights Resource Centre, undated, UN "Protect, Respect and Remedy" Framework and Guiding Principles. Available at http://business-humanrights.org/en/un-secretary-generals-special-representative-on-business-human-rights/un-protect-respect-and-remedy-framework-and-guiding-principles [Accessed on 19 October 2014].
62 OECD, 2013, Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas. Available at http://www.oecd.org/daf/inv/mne/GuidanceEdition2.pdf [Accessed on 18 October 2014].
63 Solutions Network, undated, Conflict-Free Tin Initiative. Available at http://solutions-network.org/site-cfti/ [Accessed on 18 October 2014].
64 Philips, 2014, Conflict Minerals. Available at http://www.philips.com/about/company/businesses/suppliers/conflict_minerals.page [Accessed on 18 October 2014].
65 OECD, 2013, Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas. Available at http://www.oecd.org/daf/inv/mne/GuidanceEdition2.pdf [Accessed on 18 October 2014].
66 Apple, 2014, Supplier Responsibility. Available at http://www.apple.com/uk/supplier-responsibility/labor-and-human-rights/ [Accessed on 17 October 2014].
67 IFC, January 2012, Performance Standard 5: Land Acquisition and Involuntary Resettlement. Available at http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/3d82c70049a79073b82cfaa8c6a8312a/PS5_English_2012.pdf?MOD=AJPERES [Accessed on 17 October 2014].
68 Overseas Development Institute, July 2013. Shaping policy for development. Available at: http://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/projects-documents/270.pdf [Accessed on 13 October 2014].
69 Friends of the Earth, 2010. Mining for smartphones: the true cost of tin. Available at: http://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/tin_mining.pdf [Accessed on 13 October 2014].
70 IM4DC, March 2013. Mining and development in Indonesia: An overview of the regulatory framework and policies. Available at: http://im4dc.org/wp-content/uploads/2013/09/Mining-and-Development-in-Indonesia.pdf [Accessed on 13 October 2014].

71 The Guardian, 30 May 2014. Campaign against tin mining in Bangka island targets Microsoft. Available at: http://www.theguardian.com/environment/2014/may/30/tin-mining-bangka-island-microsoft-indonesia [Accessed on 13 October 2014].
72 World Economic Forum, September 2013, The Global Competitiveness Report 2013-2014. Available at http://reports.weforum.org/the-global-competitiveness-report-2013-2014/#section=countryeconomy-profiles-indonesia [Accessed on 13 October 2014].
73 Jakarta Post, 7 August 2014. Tackling mining sector mismanagement in Indonesia. Available at: http://m.thejakartapost.com/news/2014/08/07/tackling-mining-sector-mismanagement-indonesia.html [Accessed on 14 October 2014].
74 Lenovo, March 2014. Lenovo's policy on tin from Indonesia. Available at: http://www.lenovo.com/social_responsibility/us/en/Policy_on_Indonesian_Tin.pdf [Accessed on 15 October 2014].
75 Statistisches Bundesamt, 1 September 2014, Foreign Trade – Ranking of Germany's trading partners in foreign trade. Available at https://www.destatis.de/EN/FactsFigures/NationalEconomyEnvironment/ForeignTrade/TradingPartners/Tables/OrderRankGermanyTradingPartners.pdf?__blob=publicationFile [Accessed on 14 October 2014].
76 International Trade Centre, no date given, Trade Competitiveness Map. Available at http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 14 October 2014].
77 Turkish Statistical Institute, 24 December 2013, Results of the research on accidents at work and work-related health problems, 2013. Available at http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=16118 [Accessed on 14 October 2014].
78 Ceylan, Hüseyin (2012). 'Analysis of Occupational Accidents According to the Sectors in Turkey' Gezi University Journal of Science 25(4): 909-918.
79 International Metalworkers Federation, no date given, Sinter Metal. Available at http://www.emf-fem.org/About/IMF/Sinter-Metal [Accessed on 15 October 2014].
80 European Bank for Reconstruction and Development, 8 April 2014, Alpaslan II Dam Hydro Project. Available at http://www.ebrd.com/pages/project/psd/2014/45474.shtml [Accessed on 15 October 2014].
81 International Trade Centre, undated, Trade Map – International Trade Statistics. Available at http://www.trademap.org/tradestat/Bilateral_TS.aspx?nvpm=1%7c276%7c%7c024%7c%7cTOTAL%7c%7c%7c2%7c1%7c1%7c1%7c2%7c1%7c1%7c1%7c1 [Accessed on 28 October 2014].
82 Federal Foreign Office, March 2014, Angola. Available at http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Angola_node.html [Accessed on 28 October 2014].
83 DW, July 2013, Germany seeks to boost trade ties with Angola. Available at http://www.dw.de/germany-seeks-to-boost-trade-ties-with-angola/a-16872305 [Accessed on 28 October 2014].
84 DW, July 2013, Germany seeks to boost trade ties with Angola. Available at http://www.dw.de/germany-seeks-to-boost-trade-ties-with-angola/a-16872305 [Accessed on 28 October 2014].
85 DW, July 2013, Germany seeks to boost trade ties with Angola. Available at http://www.dw.de/germany-seeks-to-boost-trade-ties-with-angola/a-16872305 [Accessed on 28 October 2014].
86 Ministry of Finance, December 2012, Relatorio De Fundamentacao Do Orcamento Geral Do Estado Para O Ano De 2013. Available at http://www.minfin.gv.ao/fsys/Relatorio_de_Fundamentacao_do_OGE_2013.pdf [Accessed on 28 October 2014].
87 International Trade Centre, undated, Trade Map – International Trade Statistics. Available at http://www.trademap.org/tradestat/Bilateral_TS.aspx?nvpm=1%7c276%7c%7c024%7c%7cTOTAL%7c%7c%7c2%7c1%7c1%7c1%7c2%7c1%7c1%7c1%7c1 [Accessed on 28 October 2014].
88 World Bank, 2011, World Development Indicators. Available at http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?page=2 [Accessed on 30 October 2013].
89 ITUC, August 2011, Survey of violations of Trade Union Rights: Angola. Available at http://survey.ituc-csi.org/Angola.html?lang=en#tabs-2 [Accessed on 28 October 2014].
90 International Trade Union Conference, 6 June 2012, '2012 Annual Survey of Violations of Trade Union Rights – Angola', Available at: http://www.unhcr.org/refworld/docid/4fd8896828.html [Accessed on 28 October 2014].
91 US Department of State, 2013, Country Reports on Human Rights Practices for 2013. Available at http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/#wrapper [Accessed on 28 October 2014].
92 ITUC, October 2012, Survey of violations of Trade Union Rights. Available at http://survey.ituc-csi.org/Angola.html?lang=en#tabs-3 [Accessed on 28 October 2014].
93 US Department of State, Country Reports on Human Rights Practices for 2013 – Angola, Available at: http://www.dol.gov/ilab/reports/child-labor/angola.htm#enforcement [Accessed on 28 October 2014].
94 The World Bank, undated, School enrolment, tertiary (% gross). Available at http://data.worldbank.org/indicator/SE.TER.ENRR/countries/AO-ZF?display=graph [Accessed on 28 October 2014].
95 BP, undated, BP in Angola. Available at http://www.bp.com/en/global/corporate/about-bp/bp-worldwide/bp-in-angola.html [Accessed on 28 October 2014].
96 Statoil, undated, Sustainability Case Studies. Available at http://www.statoil.com/annualreport2012/en/sustainability/casestudies/pages/eastafrica.aspx [Accessed on 28 October 2014].
97 Statoil, undated, Sustainability Reporting: Angola. Available at http://www.statoil.com/en/EnvironmentSociety/Sustainability/2007/Society/CountryCases/Angola/Pages/default.aspx [Accessed on 28 October 2014].
98 BP, 213, BP in Angola Sustainability Report 2013. Available at http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/sustainability/country-reports/BP_Angola_Sustainability_Report_2013.pdf [Accessed on 28 October 2014].
99 BP, 213, BP in Angola Sustainability Report 2013. Available at http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/sustainability/country-reports/BP_Angola_Sustainability_Report_2013.pdf [Accessed on 28 October 2014].
100 International Monetary Fund, October 2014, World Economic Outlook Database. Available at http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/02/weodata/index.aspx [Accessed on 30 October 2014].
101 German Federal Foreign Office, Colombia. Available at http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Kolumbien_node.html [Accessed on 30 October 2014].
102 US Energy Information Administration, 7 January 2014, Colombia report. Available at http://www.eia.gov/countries/analysisbriefs/Colombia/colombia.pdf [Accessed on 3 November 2014].
103 Federal Ministry of Economics and Technology, 2012, Germany's new energy policy. Available at http://www.bmwi.de/English/Redaktion/Pdf/germanys-new-energy-policy [Accessed on 3 November 2014].
104 Official Journal of the European Union, Volume 55, 21 December 2012, Trade Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and Colombia and Peru. Available at http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=OJ:L:2012:354:FULL&from=EN [Accessed on 3 November 2014].
105 Human Rights Council Working Group on the Universal Periodic Review for Colombia, 7 February 2013, Summary prepared by the Office of the High Commissioner for Human Rights, A/HRC/WG.6/16/COL/3. Available at http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/COSession16.aspx [Accessed on 31 October 2014].
106 The Center for Research and Popular Education/Peace Program, October 2012, 'Informe Especial: Minería, Conflictos Sociales y Violación de Derechos Humanos en Colombia', Available at: http://issuu.com/cinepppp/docs/ie_cinepppp_octubre_2012 [Accessed on 31 October 2014].

107 Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), December 2013, Colombia: Internal displacement in brief. Available at: http://www.internal-displacement.org/americas/colombia/summary/ [Accessed on 31 October 2014].
108 Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), January 2014, Colombia: Displacement continues despite hopes for peace. Available at: http://www.internal-displacement.org/americas/colombia/summary/ [Accessed on 31 October 2014].
109 US Department of State, 27 February 2014, Country Reports on Human Rights Practices for 2013: Colombia. Available at: http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm?year=2013&dlid=220431 [Accessed on 30 October 2014].
110 Equal Times, 10 January 2014, Anti-Trade Union Violence on the Rise in Colombia. Available at: http://www.equaltimes.org/in-depth/anti-trade-union-violence-on-the-rise-in-colombia [Accessed 30 October 2014]. US Labour Education Project in the Americas, Background: Violence Against Trade Unionists in Colombia. Available at http://www.usleap.org/usleap-campaigns/colombia-murder-and-impunity/more-information-colombia/background-violence-against-[Accessed on 4 November 2014].
111 Escuela Nacional Sindical, 11 December 2013, En 2013 aumento la violencia contra el movimiento sindical colombiano. Available at: http://www.ens.org.co/index.shtml?apc=Na--;1;-;-;&x=20168317 [Accessed 30 October 2014].
112 US House of Representatives, October 2013. The US-Colombia Labor Action Plan: Failing on the ground. Available at: http://democrats.edworkforce.house.gov/sites/democrats.edworkforce.house.gov/files/documents/Colombia%20trip%20report%20-%2010.29.13%20-%20formatted%20-%20FINAL.pdf [Accessed 13 October 2014]. Deutsche Welle, 27 August 2012, Nestle under fire over Colombian murder. Available athttp://www.dw.de/nestle-under-fire-over-colombian-murder/a-16195009 [Accessed on 4 November 2014].
113 Wire, 25 July 2014, U.S. Court Tosses Out Lawsuit Accusing Chiquita Bananas of Funding Death Squads. Available at http://www.thewire.com/business/2014/07/us-court-tosses-out-chiquita-lawsuit/375029/ [Accessed on 4 November 2014].
114 Bicentenario, 2013, Colombia readies first phase of bicentennial pipeline. Available at http://www.bicentenario.com.co/news.php?idnews=64 [Accessed on 3 November 2014]. Colombia readies first phase of Bicentennial Pipeline Colombia readies first phase of Bicentennial Pipeline
115 Platts McGraw Hill Financial, 3 April 2014, Colombia's oil-transporting Bicentennial Pipeline has been shut since Feb 20. Available at http://www.platts.com/latest-news/oil/cartagena/colombias-oil-transporting-bicentennial-pipeline-21424205 [Accessed on 3 November 2014].
116 University of Texas at Austin, 7 July 2014, Analysis: Colombia's oil industry. Available at http://www.jsg.utexas.edu/lacp/2014/07/analysis-colombias-oil-industry-government-facing-declining-output-investment/ [Accessed on 3 November 2014].
117 Argus media, 29 September 2014, Lifting of Colombia blockade frees up oil flow. Available at http://www.argusmedia.com/News/Article?id=931901 [Accessed on 3 November 2014].
118 Colombia Reports, 3 September 2014, Colombia's Interior Minister seeks additional millions for corrupt National Protection Unit. Available at http://colombiareports.co/interior-ministry-seeks-additional-funds-security-threatened-individuals/ [Accessed on 3 November 2014].
119 Talisman, 2011, Talisman Colombia and Block 8: engaging with indigenous communities ain a conflict-affected environment. Available at https://www.unglobalcompact.org/docs/issues_doc/human_rights/Business_Practices/TalismanCaseStudy.pdf [Accessed on 3 November 2014].
120 Federal Foreign Office, October 2014, Bilateral relations: Kazakhstan. Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_A2393440B58FA4DBD6F8F2EFF57DA205/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Kasachstan_node.html [Accessed on 20 October 2014].
121 Deutsche Welle, 29 March 2014, Germany's Russian energy dilemma. Available at: http://www.dw.de/germanys-russian-energy-dilemma/a-17529685 [Accessed on 20 October 2014].
122 Foreign and Commonwealth Office, 30 July 2014, Overseas Business Risk – Kazakhstan. Available at: https://www.gov.uk/government/publications/overseas-business-risk-kazakhstan/overseas-business-risk-kazakhstan [Accessed on 20 October 2014].
123 World Bank, 2014, World Bank Data: GDP per capita (current US$). Available at: http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD [Accessed on 20 October 2014].
124 Ministry of National Economics of the Republic of Kazakhstan, 2013, Statistical Committee: Population standard of living. Available at: http://www.stat.gov.kz/faces/wcnav_externalId/homeNumbersLivingStandart [Accessed on 23 October 2014].
125 Forbes Kazakhstan, 5 May 2014, The 50 Richest Businessmen of Kazakhstan 2014. Available at: http://forbes.kz/leader/50_bogateyshih_biznesmenov_kazahstana [Accessed on 20 October 2014].
126 German Federal Foreign Office, May 2014, Brazil, Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Brasilien_node.html [Accessed 5 November 2014]
127 The Brazil Business, 20 May 2014, How to Import Chemical Products to Brazil, Available at: http://thebrazilbusiness.com/article/how-to-import-chemical-products-to-brazil [Accessed 5 November 2014]
128 Export.gov, 9 April 2014, Chemicals, Available at: http://www.export.gov/brazil/static/Chap4_Chemicals_Latest_eg_br_078152.pdf [Accessed 5 November 2014]
129 Ministerio do Trabalho e Emprego (MTE), June 2014, Resultados da Fiscalizacao em Seguranca e Saude no Trabalho – Brasil – 2014. Available at: http://portal.mte.gov.br/seg_sau/resultados-da-fiscalizacao-em-seguranca-e-saude-no-trabalho-brasil-2010.htm [Accessed 6 November 2014].
130 Reuters, 12 March 2013, Shell, BASF agree to pay-out over Brazil chemical contamination. Available at: http://uk.reuters.com/article/2013/03/12/shell-basf-payout-idUKL1N0C40IE20130312 [Accessed 5 November 2014].
131 Law-Now, undated. Investment opportunities in waste management in Brazil. Available at: http://www.law-now.com/DirectMail/%7B0B9E1B5A-8D45-4E0C-84F1-6A7F07D5CAFE%7D_investmentopportuntiesinwastemanagmentinbrazil050312.htm [Accessed 5 November 2014].
132 World Bank Group, 2009, Enterprise Surveys: Brazil. Available at: http://www.enterprisesurveys.org/Data/ExploreEconomies/2009/brazil [Accessed 4 November 2014].
133 Environmental Justice Atlas, 28 October 2014, Barra Grande Dam on River Pelotas, Brazil. Available at: http://ejatlas.org/conflict/barra-grande-dam-on-river-pelotas-brazil [Accessed 4 November 2014].
134 United Nations Environment Programme (UNEP), undated, UNEP Brazil Office. Available at: http://www.unep.org/about/Structure/UNEPBrazilOffice/tabid/130272/Default.aspx [Accessed 5 November 2014].
135 FICCI, 2013, India-Germany Bilateral Relations. Available at http://www.ficci.com/international/75179/Project_docs/India-Germany.pdf [Accessed on 06 November 2014].
136 FICCI, 2013, India-Germany Bilateral Relations. Available at http://www.ficci.com/international/75179/Project_docs/India-Germany.pdf [Accessed on 06 November 2014].
137 International Trade Centre, undated. Trade map – trade competitiveness map: Bilateral trade between Germany and India. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 6 November 2014].
138 German Missions in India, August 2011,Germany's exports to India. Available at http://www.india.diplo.de/Vertretung/indien/en/10__Economy/bilateral/Germany__Export__to__India.html [Accessed on 06 November 2014].
139 International Trade Centre, undated, Trade map – trade competitiveness map. Available at http://www.intracen.org/country/india/ [Accessed on 06 November 2014].

140 Ministry of Environment and Forests, 2011-12, Performance Audit of Water Pollution in India. Available at http://saiindia.gov.in/english/home/our_products/noddy/union/report_21_12.pdf [Accessed on 06 November 2014].
141 Environmental Monitoring and Assessment, December 2013, Water pollution of Sabarmati River—a Harbinger to potential disaster. Available at http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10661-013-3532-5 [Accessed on 06 November 2014].
142 Shodhganga, undated, Impact of chemical industries on aqueous environment. Available at http://shodhganga.inflibnet.ac.in/bitstream/10603/2196/7/07_chapter1.pdf [Accessed on 06 November 2014].
143 Edugreen, undated, Health impacts of water pollution. Available at http://edugreen.teri.res.in/explore/water/health.htm [Accessed on 06 November 2014].
144 The World Bank, undated, Health expenditure, public. Available at http://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.PUBL/countries [Accessed on 06 November 2014].
145 The World Bank, undated, Physicians. Available at http://data.worldbank.org/indicator/SH.MED.PHYS.ZS [Accessed on 06 November 2014].
146 ILO, August 2011, Report of the working group on occupational safety and health. Available at http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---safework/documents/policy/wcms_211795.pdf [Accessed on 06 November 2014].
147 The Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC), UAE facts and figures. Available at: http://www.opec.org/opec_web/en/about_us/170.htm [accessed on 23 October 2014].
148 Federal Foreign Office of the Federal Republic of Germany, United Arab Emirates. Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/VAE_node.html[accessed on 23 October 2014].
149 Federal Foreign Office of the Federal Republic of Germany, United Arab Emirates.
150 International Trade Centre, 2014. Trade map: Trade competitiveness map – Germany. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx?nvpm=1%7c276%7c%7c682%7c%7c29%7c%7c%7c4%7c1%7c1%7c2%7c2%7c1%7c1%7c1%7c1 [Accessed on 3 November 2014].
151 https://www.kpmg.com/CN/en/IssuesAndInsights/ArticlesPublications/Documents/inv-uae-O-0611.pdf
152 Naser, Hummod A., 2013, Assessment and management of heavy metal pollution in the marine environment of the Arabian Gulf: A review. Available at: http://www.researchgate.net/publication/236948298_Assessment_and_management_of_heavy_metal_pollution_in_the_marine_environment_of_the_Arabian_Gulf_A_review/links/02e7e520a7217a5c75000000 [accessed on 23 October 2014].
153 The United States Department of State, Trafficking in Persons Report 2014, 'United Arab Emirates'. Available at: http://www.state.gov/documents/organization/226849.pdf [accessed on 23 October 2014]
154 United Nations Environment Programme (UNEP), 5 March 2014, 'UNEP and UAE Agree to Cooperate on Environmental Issues'. Available at: http://www.unep.org/newscentre/Default.aspx?DocumentID=2764&ArticleID=10734 [accessed on 23 October 2014].
155 PricewaterhouseCoopers, May 2013, Doing Business in Mexico: Automotive Industry. Available at: http://www.pwc.com/mx/es/publicaciones/archivo/2013-05-doing-business-automotriz.pdf. [Accessed on 6 November 2014].
156 Camara Mexicano-Alemana de Comercio e Industria (CAMEXA), undated, Simposios para la industria de herramientas en Mexico. Available at: http://mexiko.ahk.de/es/servicios/otros-sectores/industria-maquinas-herramienta/. [Accessed on 6 November 2014].
157 Secretaria de Economia, November 2013, Balanza comercial de Mexico con Alemania (Republica Federal). Available at: http://187.191.71.239/sic_php/pages/estadisticas/mexicojun2011/A4bc_e.html. [Accessed on 6 November 2014].
158 Camara Mexicano-Alemana de Comercio e Industria (CAMEXA), undated, Simposios para la industria de herramientas en Mexico. Available at: http://mexiko.ahk.de/es/servicios/otros-sectores/industria-maquinas-herramienta/. [Accessed on 6 November 2014].
159 International Trade Centre 2014. Trade Competitiveness Map. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Product_SelCountry_TS.aspx [Accessed on 7 November 2014].
160 Boston Consulting Group, 19 August 2014, The Shifting Economics of Global Manufacturing: How Cost Competitiveness Is Changing Worldwide. Available at: https://www.bcgperspectives.com/content/articles/lean_manufacturing_globalization_shifting_economics_global_manufacturing/. [Accessed on 6 November 2014].
161 National Institute of Statistics and Geography (INEGI), July 2014, Remuneraciones reales por persona ocupada en establecimientos manufactureros con programa INMEX. Available at: http://www.inegi.org.mx/sistemas/bie/cuadrosestadisticos/GeneraCuadro.aspx?s=est&nc=824&c=25679. [Accessed on 6 November 2014].
162 National Council for the Evaluation of Social Development Policy (CONEVAL), September 2014, Lineas de Bienestar Mexico, enero de 2004 a septiembre de 2014. Available at: http://www.coneval.gob.mx/Medicion/Paginas/Lineas-de-bienestar-y-canasta-basica.aspx. [Accessed on 6 November 2014].
163 Friedrich Ebert Stiftung, March 2014, Explosion de la Industria Automotriz en Mexico: De sus encadenamientos actuales a su potencial transformador. Available at: http://www.fesmex.org/common/Documentos/Libros/Paper_AP_Explosion_dela_Ind_Automortriz_AlexCovarrubias_Mar2014.pdf. [Accessed on 6 November].
164 US State Department, 27 March 2014, Country Reports on Human Rights Practices for 2013: Mexico. Available at: http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm?year=2013&dlid=220457. [Accessed on 6 November 2014].
165 Understanding Children's Work (UCW), September 2012, La experiencia mexicana en la reduccion del trabajo infantil: evidencia empirica y lecciones politicas. Available at: http://www.ucw-project.org/attachment/reduc_trabajo_infantil20121105_111231.pdf?guardian-download=1409167726,5125,0,23fadf8c9dc10c707fa8028ae871d9a409070bbe. [Accessed on 6 November 2014].
166 Understanding Children's Work (UCW), September 2012, La experiencia mexicana en la reduccion del trabajo infantil: evidencia empirica y lecciones politicas. Available at: http://www.ucw-project.org/attachment/reduc_trabajo_infantil20121105_111231.pdf?guardian-download=1409167726,5125,0,23fadf8c9dc10c707fa8028ae871d9a409070bbe. [Accessed on 6 November 2014].
167 INEGI, 2011, Modulo de Trabajo Infantil: MTI 2011. Available at: http://www.inegi.org.mx/est/contenidos/proyectos/encuestas/hogares/modulos/mti/mti2011/default.aspx?_file=/est/contenidos/espanol/metodologias/encuestas/hogares/resultados_mti11.pdf. [Accessed on 6 November 2014].
168 Fair Labor Association (FLA), 14 February 2012, Op Memo: Freedom of Association: Monitoring against Protection Contracts in Mexico. Available at: http://www.fairlabor.org/sites/default/files/freedom_of_association__mexico.pdf. [Accessed on 6 November 2014].
169 IndustriALL, 31 January 2013, During his visit to Uruguay, unions call on the Mexican president to respect freedom of association. Available at: http://www.industriall-union.org/during-his-visit-to-uruguay-unions-call-on-the-mexican-president-to-respect-freedom-of-association. [Accessed on 6 November 2014].
170 United Nations Children's Fund (UNICEF), undated, Child Labor. Available at: http://www.unicef.org/mexico/spanish/17044.htm [Accessed on 6 November 2014].
171 The World Bank, undated. GDP growth (annual %). Available at http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG [Accessed on 24 October 2014]
172 International Trade Centre. Trade Competitiveness Map, 2013. Available at http://legacy.intracen.org/appli1/TradeCom/TP_IP_CI.aspx?RP=682&YR=2013 [Accessed on 21 October 2014].

173 German Federal Foreign Office, June 2014. Saudi Arabia. Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_702C128A7C9009CD6C19A2615CD341D6/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/SaudiArabien_node.html [Accessed on 23 October 2014].
174 PricewaterhouseCoopers. Free Trade Agreement enters into force on 1 July 2014. Available at: https://www.pwc.ch/wordpress/wp-content/uploads/2014/06/gcc-efta-fta.pdf [Accessed on 21 October 2014].
175 United Nationals Eocnomi9c & Social Affairs, 2013. International Migration Report 2013. Available at: http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/migration/migrationreport2013/Full_Document_final.pdf [Accessed on 21 October 2014].
176 OECD, September 2011, The Saudi Employment Strategy, Available at http://www.oecd.org/els/emp/48724804.pdf, [Accessed on 21 October 2014].
177 World Bank, 2014, Ratio of female to male labour force participation rate (%), Available at http://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF. CACT. FM.ZS [Accessed on 21 October 2014] 178 http://www.arabnews.com/news/597631
179 International Trade Centre, 2014. Bilateral trade between Germany and Turkey. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 6 November 2014],
180 International Trade Centre, 2014. Bilateral trade between Germany and Turkey. Available at: http://www.trademap.org/countrymap/Bilateral_TS.aspx [Accessed on 6 November 2014],
181 Committee to Protect Journalists, 1 December 2013, 2013 Prison census: 211 journalists jailed worldwide. Available at: http://cpj.org/imprisoned/2013.php [Accessed 5 November 2014]
182 Turkish Statistical Institute, 24 December 2013, Results of the Research on Accidents at Work and Work-Related Health Problems, 2013. Available at: http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=16118 [Accessed 5 November 2014]
183 Ceylan, Hüseyin (2012). 'Analysis of Occupational Accidents According to the Sectors in Turkey' Gezi University Journal of Science 25(4): 909-918.
184 Turkish Statistical Institute, 24 December 2013, Results of the Research on Accidents at Work and Work-Related Health Problems, 2013. Available at: http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=16118 [Accessed 5 November 2014]
185 EU Commission, 16 October 2013, Turkey 2013 Progress Report. Available at: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/turkey_2013.pdf [Accessed 5 November 2014]
186 Turkish Review, 2012 Occupational Health and Safety Law. Available at: http://www.turkishreview.org/newsDetail_getNewsById.action?newsId=223468 [Accessed 5 November 2014]
187 US Department of Labor, 2014, Turkey - 2013 Findings on the Worst Forms of Child Labor. Available at: http://www.dol.gov/ilab/reports/child-labor/turkey.htm [Accessed 5 November 2014]
188 UNHCR, September 2012, 2011 Findings on the Worst Forms of Child Labour. Available at: http://www.unhcr.org/refworld/type,ANNUALREPORT,,TUR,5065942713,0.html [Accessed 5 November 2014]
189 Ilhan, 1 February 2014, Turkey's State-Business Relations Revisited: Islamic Business Associations and Policymaking in the AKP era. Available at: https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/en/theses/turkeys-statebusiness-relations-revisited-islamic-business-associations-and-policymaking-in-the-akp-era(f528e32f-4bdf-4f79-b9c5-5e2cdd83730a).html [Accessed 3 November 2014]
190 Fair Labor Association, 10 April 2014, Independent External Monitoring of Nestle's Hazelnut Supply Chain in Turkey. Available at: http://www.fairlabor.org/report/nestle-hazelnut-supply-chain-turkey [Accessed 5 November 2014]
191 US Department of State, June 2014. 2014 Investment |Climate Statement – Saudi Arabia. Available at http://www.state.gov/e/eb/rls/othr/ics/2014/230692.htm#13 [Accessed on 3 November 2014].
192 World Bank, 2014, Health expenditure, total (% of GDP), Available at http://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.TOTL.ZS [Accessed on 16 January 2014].
193 World Economic Forum, 2014. The Global Competitiveness Report 2014-2015. Available at http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2014-15.pdf [Accessed on 3 November 2014].
194 Foreign & Commonwealth Office, 21 October 2014. Guidance: Overseas Business risk – Saudi Arabia. Available at https://www.gov.uk/government/publications/overseas-business-risk-saudi-arabia/overseas-business-risk-saudi-arabia#commercial-disputes [Accessed on 3 November 2014].
195 National Anti-corruption Commission, undated. Available at http://www.nazaha.gov.sa/en/About/Pages/default.aspx [Accessed on 3 November 2014].
196 German Federal Foreign Office, Turkey (profile). Available at: http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes/Tuerkei_node.html [Accessed 03 November 2014]
197 US Department of State, 2014, Country Reports on Human Rights Practices for 2013. Available at: http://www.state.gov/documents/organization/220551.pdf [Accessed on 02 November 2014].

Herausgeber:

BMZ

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung